Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 14. Juli 2007 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Politik

Steine, die ins Gefängnis führen
Was man bei Reisen ins Ausland bedenken sollte 2

Preußen / Berlin

Zurück zum Glaskasten?
Berlins neue Senatsbaudirektorin setzt auf die Irrwege der abgelebten »Moderne« 3

Hintergrund

Aufgezwungene »Kunst«
Millionenschäden durch Graffiti – Szene wird immer brutaler 4

Deutschland

Es grünt so grün, wenn ...
CDU ist in der Frage um eine mögliche Koalition mit den Grünen gespalten 5

Aus aller Welt

China gehen die Kinder aus
Peking verabschiedet sich von Ein-Kind-Politik 7

Kultur

Poesie, Fiktionen und Visionen
Münchner Ausstellung jetzt in Hamburg 9

Geschichte

Kirchberg und Weißenhorn zum Pfand
Vor 500 Jahren verpfändete Kaiser Maximilian I Jakob Fugger auch die Grafschaft I



Knut aus feinstem Porzellan der Königlichen Porzellan Manufaktur KPM in Berlin: Der Eisbär ist zwar längst nicht mehr so niedlich, doch als bärenstarke Marke füllt er weiterhin die Kassen des Berliner Zoos.

Foto: pa

Schwach an der Front

SPD zieht nicht mit bei neuen Gesetzen gegen Terroristen

Von KLAUS D. VOSS

Die Reformblockade in der Großen Koalition wird jetzt auch auf dem heikelsten Feld ausgetragen – zu Lasten der Inneren Sicherheit. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will angesichts wachsender Gefahren alle Kompetenzen zur Terrorabwehr bündeln. Seit Bundeskanzlerin Angela Merkel und viele CDU-Länderchefs hinter ihm stehen, muß er mit nennenswertem Widerstand in der Union nicht mehr rechnen. Aber die Koalition bleibt handlungsunfähig.

Mit seiner harten Linie verfolgt Schäuble im wesentlichen zwei Ziele: Ausrüstung und Fähigkeiten der Bundeswehr sollen auch im Inland zum Schutz der Bevölkerung eingesetzt werden können, weil Terrorismus nicht an Grenzen oder Frontlinien haltmacht. Zum anderen geht es um eine Neubewertung der Bedrohung durch Ausländer, insbesondere die Überwachung und Abwehr islamistischer „Gefährder“. Dem Volk ist kaum noch klar zu machen, warum es im kritischen Moment gegen Haßprediger keine Handhabe geben sollte, Fußball-Hooligans aber in Unterbindungsgewahrsam genommen werden können.

Mit seinen plakativen Forderungen macht der Innenminister es seinen Gegner allzu leicht, mißverstanden zu werden. Für den Todesschuß in Notsituationen gibt es zum Rechtsschutz für eingesetzte Polizisten bereits eindeutige Regelungen, nicht aber für Soldaten im Anti-Terroreinsatz oder Zivilisten in Krisenstäben. Diese müßten in Sekunden schwerwiegende Entscheidungen treffen, ohne ausreichende Rechtsgrundlage.

Auf Zustimmung beim Koalitionspartner SPD setzt Schäuble nicht, dort wird dieses schwerwiegende Thema in eine „Lizenz zum Töten“ propagandistisch umgemünzt. Die Sozialdemokraten wollen Gesetzesänderungen und erst recht Eingriffe in das Grundgesetz nicht mittragen, jedenfalls solange nicht, wie „gravierende Veränderungen der Sicherheitslage“ nicht eingetreten sind.

Prinzip Hoffnung in der Terrorabwehr: Die SPD schmiegt sich an die verbreitete Wunschmeinung vieler Deutscher, sich von allem Terroristischen so weit wie nur möglich fernzuhalten. SPD-Chef Kurt Beck erließ mit seinem Satz „Wir dürfen die Freiheit nicht zu Tode schützen“ ein Generalverbot, mit Schäubles Sicherheitsplänen zu sympathisieren.

Die Bürger dürfen sich irren, die verantwortlichen Politiker nicht. Nach einem schweren Zwischenfall, das ist allen klar, wird die Stimmung sehr schnell kippen. Ausgerechnet SPD-Fraktionschef Peter Struck, vormals Verteidigungsminister, warnt vor der Falle, in die seine Partei geraten könnte. Schäuble dürfe die Sozialdemokraten nicht als „unsichere Kantonisten“ hinstellen. Struck: „Das gehört sich nicht in einer Koalition.“

Struck weiß nur zu genau, daß nach einem Terrorakt der SPD die Rechnung aufgemacht würde, denn im Koalitionsvertrag heißt es im Kapitel zur Entwicklung der Bundeswehr: „Soweit für besondere Gefährdungen der Sicherheit unseres Landes gesetzlicher oder verfassungsgemäßer Regelungsbedarf besteht, wird die Bundesregierung Initiativen vorlegen.“ Das ist seit 2005 vereinbart, paßt aber nicht mehr in die aktuelle Absprungsmentalität der SPD.

KLAUS D. VOSS:

Regentanz

Den Hopi-Indianern aus Arizona sagt man nach, mit ihrem Regentanz Wetter machen zu können. Soviel Zauberkraft hat Al Gore, der Klima-Guru aus Tennessee, nun wirklich nicht. Sein Einfluß auf das Weltklima ist eher bescheiden.

Wie bescheiden, das zeigte sich gerade beim „Live Earth“-Konzert. Al Gore hatte sich das Ereignis als Beginn einer „Revolution“ vorgestellt, die die Menschen mit besten Vorsätzen zum Schutz des Weltklimas beseelen sollte: zwei Milliarden, eingeschworen auf ein edles Ziel. Doch daraus ist nichts geworden.

Wenn eine Kampagne mißlingt, gilt die erste Frage dem Warum. Wer wollte, der konnte sich im reichen Teil der Welt wirklich für ein paar Stunden den Luxus gönnen, ein gutes Gewissen zu haben. Perfekt in Szene gesetzt von moderner Kommunikationstechnik, wie es die an Spaß und Spiel orientierte Gesellschaft eben mag.

Natürlich kann man die Erde mit Energiesparlampen retten, wenn man nur fest an Klimawandel, an die Katastrophe und an Al Gore glaubt.

Doch es ging anders aus. Das überzogene Öko-Spektakel hat das feine Gespür der Menschen geschärft – für echte Stars und falsche Propheten, für dicke Geschäfte und falsche Ziele.

Den Hüftschwung einer Shakira in allen Ehren, das Leben auf der Welt läuft eben nach anderen Regeln. Drei Milliarden Menschen haben weder Strom noch Fernseher, um sich „Live Earth“ anzusehen – aber den festen Willen, zur Wohlstandsliga aufzuschließen.

Man kann auch ohne Al Gore lernen, wo die Schwerpunkte liegen. Die erste Adresse für Umweltschutz muß China heißen, die zweite Indien – allen Energiesparlampen zum Trotz.

Urteil mit Spätwirkung

Bundesverfassungsgericht verlangt enge Regeln bei Staatsschulden

Dieses Urteil gefällt erst beim zweiten Lesen: Zunächst hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Normenkontrollklage von Union und FDP gegen den Bundeshalt von 2004 abgewiesen. Mit fünf zu drei Richterstimmen läßt das Gericht den Schröder-Eichel-Etat als „noch mit der Verfassung vereinbar“ durchgehen. Der Finanzbedarf für den Mogel-Haushalt von 2004 war fahrlässig eingeschätzt worden, schließlich mußte vor allem das Hartz-Reformen-Fiasko mit Nachtragsetats und Krediten von insgesamt 43 Milliarden Euro ausgebügelt werden. Damit lag die Neuverschuldung fast doppelt so hoch wie die nach Artikel 115 gebotene Begrenzung auf die Investitionssumme; nur in Ausnahmefällen darf der Etat diesen Wert übersteigen. Gemeint sind damit allerdings Wirtschaftskrisen, nicht Etat-Kunststücke.

Soweit klingt das Karlsruher Urteil wie eine Art Kapitulation vor mittlerweile 1500 Milliarden an Staatsschulden, doch es ist ein Schlußstrich eigener Art. Denn das Bundesverfassungsgericht macht eine Kehrtwende – auch gegen seine bisherige Entscheidungspraxis. Die seit 1969 angehäuften Staatsschulden von Bund und Ländern hätten „einen als bedrohlich bewerteten Stand erreicht“, heißt es im zweiten Teil des Urteils. Es sei aber nicht Sache des Bundesverfassungsgerichts, hier die Einzelheiten zu regeln. Das Grundgesetz biete auch keine ausreichende Handhabe, um die Staatsschulden einzudämmen.

Die höchsten deutschen Richter fordern den Gesetzgeber auf, endlich klare rechtliche Grenzen zur Schuldenaufnahme zu ziehen und auch die Begriffe wie „Investitionen“ zu definieren. Damit ist auch deutlich, daß Karlsruhe in Zukunft Formen einer „kreativen Haushaltsführung“ nicht mehr tolerieren will.

Drei Bundesrichter haben sich in Sondervoten gegen den „Freispruch“ gestellt. Merken muß man sich neben Herbert Landau vor allem die Namen Udo Di Fabio und Rudolf Mellinghoff, die vom Gesetzgeber präzise Vorgaben zum Abbau der Schulden verlangt haben. Beide Bundesrichter können noch bis ins nächste Jahrzehnt amtieren – und allen Finanzkünstlern auf die Finger sehen. *vs*

Neuwahlen mit Begleitmusik

Regierungskrise in Warschau – Neue antideutsche Vorwürfe

Zwischen Warschau und Berlin wird es noch ungemütlicher, und der Zeitplan zur EU-Reform gerät aus den Fugen. Der Grund: Polens Premierminister Jaroslaw Kaczynski ist mit seinen Koalitionspartnern so über Kreuz, daß nur noch Neuwahlen in Frage kommen dürften. Frühester Termin wäre der Spätherbst.

Die Ermittlungsergebnisse der Antikorruptionsbehörde CBA sind so zwingend, daß Kaczynski seinen Vize und Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper vor die Tür setzen mußte; es geht um Vergünstigungen beim Verkauf landwirtschaftlicher Flächen durch Leppers Ministerium. Lepper droht nun, seine Partei „Selbstverteidigung“ dieses Mal endgültig aus der Koalition abzuziehen.

Auch der zweite Koalitionspartner, die „Liga Polnischer Familien“ unter Roman Giertych, ist schon so gut wie aus dem Dreierbündnis ausgetreten. Giertych geißelt bei jeder Gelegenheit den EU-Gipfelkompromiß als eine Niederlage für Polen. Seine Partei will den von Kaczynski ausgehandelten Reformvertrag auf jeden Fall verhindern, weil EU-Recht über polnisches Recht gesetzt werde.

Giertych beschwört bei jedem Auftritt die Möglichkeit, daß sich Deutschland auf dem Umweg über die EU mehr Einfluß auf Entscheidungen in Polen sichern könnte.

Er verlangt weiter ein höheres Stimmengewicht für Polen nach dem Berechnungssystem der Quadratwurzel und überdies eine Volksabstimmung zum Reformvertrag.

Beobachter sehen darin auch den Themenkanon für den Wahlkampf: Giertychs „Liga Polnischer Familien“ und erst recht die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ der Zwillingsbrüder Kaczynski hatten ihre Wähler vorwiegend über antideutsche Parolen mobilisiert. Das ohnehin erschwerte Verhältnis der Warschauer Regierung zu Deutschland dürfte weiter belastet werden. Unrealistisch wird der Zeitplan für den Reformvertrag der Europäischen Union. Im Oktober sollten die Bestandteile des neuen Grundlagenvertrages einstimmig beschlossen werden – das ist chancenlos, denn der Reformgipfel fällt wohl in den heißen polnischen Wahlkampf. *vs*

Mega-Städte fördern Religiosität

Mit der Verstädterung der Weltbevölkerung geht ein Anwachsen der Religiosität einher. Das führt der jüngste Bericht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) aus. Dieser Trend strafe frühere Voraussagen Lügen, wonach eine schnelle Verstädterung eher zur Verweltlichung führe, heißt es. Vielmehr sei ein Wachstum religiöser Bewegungen gerade in Städten zu beobachten. Als Beispiele werden das Aufleben eines radikalen Islams in der arabischen Welt sowie die Ausbreitung von Pfingstkirchen in Lateinamerika und Teilen Afrikas genannt. Auch im kommunistisch regierten China, wo die Großstädte rasant wüchsen, schlössen sich immer mehr Menschen Glaubensbewegungen an. Schon im kommenden Jahr werde rund die Hälfte der Weltbevölkerung von 6,7 Milliarden Menschen in Städten leben.

Während die Mega-Städte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern weiter anwüchsen, lebten jedoch die meisten Menschen in Städten mit weniger als 500000 Einwohnern. Besonders in Asien und Afrika sei der Trend zur Verstädterung ausgeprägt. Wie die ökumenische Nachrichtenagentur ENI berichtet, führt George Martine, ein Hauptautor der UN-Studie, den Zulauf zu Religionen auch darauf zurück, daß viele Menschen Probleme hätten, sich in der großstädtischen Umgebung zurechtzufinden. Da nähmen sie Zuflucht zu starken, fundamentalistischen Religionen. Allerdings warnt der UN-Bericht davor, alle religiösen Phänomene unter der Rubrik „Fundamentalismus" einzuordnen. Vielmehr werde die religiöse Landschaft vielgestaltiger. *idea*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr: Im Budget

Die Hartz-IV-Reformen haben durch zahlreiche Fehlkalkulationen einen äußerst negativen Beigeschmack erhalten. Neben organisatorischen und logischen Fehlern zeigte sich auch schnell, daß die Macher sich in den Kosten verschätzt hatten: Was dem Bund Geld sparen sollte, wurde deutlich teurer. Für das Jahr 2007 sind 21,4 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II vorgesehen. 2006 schlug dieses mit 26,4 Milliarden Euro zu Buche, da jedoch Mitte dieses Jahres erst 11,8 Milliarden Euro ausgezahlt wurden, hofft der Bund, 2007 näher am eingeplanten Betrag zu liegen.

1.503.376.440.928 €

(eine Billion fünfhundertdrei Milliarden dreihundertsechsundsiebzig Millionen vierhundertvierzigtausend und neunhundertachtundzwanzig)

Vorwoche: 1.502.739.116.418 €
Verschuldung pro Kopf: 18.236 €
Vorwoche: 18.229 €

(Dienstag, 10.Juli 2007, 12 Uhr, Quelle: www.steuerzahler.de)

Steine, die ins Gefängnis führen

Andere Länder, andere Sitten – Was man bei Reisen ins Ausland bedenken sollte

Von Matthias Weimer

Für den 17jährigen Marco Weiss aus Uelzen endeten die Osterferien an der türkischen Riviera im Gefängnis, weil er Petting mit einer 13jährigen hatte, ihre Mutter Strafanzeige stellte – ein Vorfall, der aus deutscher Sicht als Urlaubsflirt unter Teenagern bewertet wird und hier vielleicht mit einer „Ermahnung" des Schülers schnell und ohne Aufsehen beendet gewesen wäre. Nicht so in der Türkei. Marco sitzt seit etwa zwei Monaten ohne Aussicht auf ein Ende. Schadenfroh beschäftigt sich in der Türkei die ganze Öffentlichkeit mit dem Vorfall. Islamisch angehauchte Zeitungskommentatoren rufen nach harter Bestrafung der „verdorbenen, westlichen Moral".

„Andere Länder, andere Sitten" – und ein anderes Rechtsempfinden. Damit muß man überall auf der Welt rechnen. Die westlichen, freizügigen kulturellen Normen sind nicht allerorten der Maßstab dessen, was erlaubt ist.

„Besonders in Ländern, deren Gesellschaften noch von einem starken Einfluß traditioneller oder religiöser Werte geprägt sind, kann das, was wir in Deutschland als „normal" bewerten, schnell unangenehme Folgen haben", so der Berliner Rechtsanwalt Leopold v. Carlowitz gegenüber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.

Doch nicht nur, was die „Moral" angeht, empfiehlt es sich für Reisende, lieber doppelt vorsichtig zu sein und zweimal zu überlegen: Schon ein Mitbringsel und Souvenir kann aus der Erholungsreise eine Fahrt ins Gefängnis machen. Besonders die Türkei greift hart durch. Lesen Sie einmal ein paar Beispiele, was in den vergangenen Jahren deutschen Urlaubern passierte:

Eine Amtsärztin aus Mühlheim (54) kam gleich vom Flughafen in die Haftanstalt, ebenfalls in der Türkei: Sie hatte in einem Souvenirladen die Nachbildung einer antiken Vase gekauft, aber den Kaufbeleg nicht mitgenommen! Zwei Monate dauerte es, bis der Irrtum erkannt, die Frau aus der Haft entlassen wurde.

Stefan Göttker (34) packte einen Stein ein, den sein siebenjähriger Sohn am Strand der türkischen Südküste fand – am Flughafen erkannten die Zöllner, daß es sich um ein „antikes Stück" handelt – und der Uni-Dozent aus Münster landete zwischen Mördern und Drogendealern der Haftanstalt von Antalya. Tatsächlich: Experten identifizierten den „Stein" als „Bruchstück eines griechischen Säulensockels", etwa 2000 Jahre alt! Der Mann aus Westfalen hatte Glück: Sang- und klanglos schoben ihn die türkischen Behörden nach vier Wochen ab. Die angedrohte Höchststrafe für den Schmuggel antiken Kulturgutes in der Türkei: bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug.

Fakt ist: Vor allem für die Mittelmeerländer (Türkei, Griechenland) inklusive Nordafrika (Marokko, Tunesien, Ägypten) ist der Schmuggel von antiken Stücken ein zunehmendes Problem. Wertvolle Fundstücke wandern auf dunklen Wegen in die Hände von Privatsammlern und gehen so der Wissenschaft unwiederbringlich verloren.

Christine Senol (60), Vorsitzende vom Deutschen Hilfsverein „Die Brücke" in Istanbul, rät deswegen: „Steine sollten dort liegenbleiben, wo sie liegen. Sonst kann es dramatisch werden. Eine lächerliche, aber bedrohliche Realität für Urlauber."

Aber es gibt noch mehr Regeln, die wir im Ausland beachten sollten. Hier ein paar Tips rund um den Globus:



Strandkontrolle: In Deutschland haben Lausebengel vor der Polizei nicht zu befürchten. Foto: ddp

USA: Wer in Amerika mit dem Auto unterwegs ist, sollte gerade bei der beliebten Tour von der Ost- zur Westküste beachten, daß im Mittleren Westen (Kentucky, Indiana, Missouri) in weiten Teilen nicht nur der Konsum von Alkohol für alle Insassen eines Fahrzeuges verboten ist, sondern sogar der Transport von Alkohol in Fahrzeugen an sich. In den sogenannten „Dry Counties" („Trockenen Landkreisen") kann schon die geschlossene Bierdose im Kofferraum auf der nächsten Sheriff-Station mit Gefängnis oder einer saftigen Geldstrafe enden.

Südamerika: Verdunkeln Sie in den Ländern Südamerikas niemals eine Scheibe im Auto – auch wenn die Sonne noch so heiß scheint! Die Polizei muß immer von außen klar ersehen können, wie viele Personen in einem Fahrzeug sitzen und braucht dafür klare Einsicht. Sonst darf sie auch ohne Warnung in ein Auto schießen!

Thailand: Eine Schweizerin wurde erst vor drei Monaten festgenommen – und sitzt immer noch, weil sie sich in einem Kneipengespräch abfällig über den König äußerte! Der König wird in Thailand wie ein Heiliger mit göttlichen Kräften verehrt – jede Beleidigung steht unter schwerer Strafe. Das geht soweit, daß es bei Androhung von Haft verboten ist, auf eine Münze mit dem Konterfei von König Buhmipol zu treten …

Singapur: Das Ausspucken von Kaugummi auf der Straße wird dort im Wiederholungsfall sogar mit Freiheitsentzug bedroht!

Arabische Staaten: Seien Sie „demütig", was Äußerungen über Religion angeht; in einigen extremen Ländern – Iran, Syrien, Saudi Arabien, aber auch schon in einigen Landesteilen Ägyptens – können sie den Zorn der Einheimischen bei verächtlichen Äußerungen leicht auf sich ziehen, was unangenehme Folgen haben kann.

Volle Urlaubsfreuden ohne böses Erwachen genießt, wer sich schon vor Urlaubsbeginn in einem Reiseführer über kulturelle Eigenheiten informiert – oder auf der Website des Auswärtigen Amtes (www.auswaertiges-amt.de) betreffend des Urlaubslandes kurz die „besonderen Hinweise" aufruft. Auch dort gibt es wertvolle, landestypische Information.

Der Geheimbefehl »Besinnung«

Die DDR-Staatssicherheit bespitzelte auch polnische Bürger

Von Joachim Görlich

Ein polnisches Magazin deckte es auf: Wer immer von den polnischen Bürgern mit der DDR etwas zu tun hatte, kann sich nun auch an die „Birthler-Behörde" in Berlin wenden. Denn die deutsche Stasi habe auch polnische Bürger beschattet. Hinzugefügt sei: auch ehemalige polnische Bürger, nicht nur Menschen im Exil, sondern auch Spätaussiedler mit Kontakten nach Polen. Das Ganze nahm zu in der Vor-Solidarnosc-Ära, als 1978 der Pole Karol Wojtyla den Thron Petri bestieg. Und in der Solidarnosc-Ära ging es dann richtig los, da Polen und sein Geheimdienst SB (Sicherheitsdienst) in der Berliner Normannenstraße als unsichere Kantonisten und Weichlinge galten.

Stasi hatte Netzwerk in Polen, um Umsturz zu verhindern

Zuerst warb die Staatssicherheit Gastarbeiter in der DDR an, die allerdings nur die untere Tastatur der Spitzelei bedienen konnten. Danach waren DDR-Bürger an der Reihe, die polnische Ehepartner hatten. Insbesondere die, die gar nach Polen umzogen und dort einem Job nachgingen. Das waren zumeist Leute aus der Intelligenz. Einige DDR-Bürger traten sogar der Gewerkschaft Solidarnosc bei, wurden zur Täuschung vom SB kurzfristig inhaftiert, hatten Führungspositionen inne.

Die erste Stasi-Operativ-Gruppe entstand in Warschau mit Führungsoffizieren aus der Warschauer DDR-Botschaft, wobei der Leiter stets diplomatischen Status hatte. Das war Herbst 1980. Danach folgten Breslau (Führungszentrale war das DDR-Generalkonsulat) sowie Danzig (Konsulat) und Kattowitz (Konsulat).

Gleich nach der Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen am 13. Dezember 1981 gab DDR-Staatssicherheitsminister Erich Mielke seinen Geheimbefehl „Besinnung" heraus, der den Aufbau eines eigenen Stasi-Netzes in Polen vorsah, daß hauptsächlich die Solidarnosc auseinanderdividieren sollte.

Auch Militärs wurden angeworben

Nun begann man für die Stasi auch polnische Genossen, Milizen, Militärs, hier primär Politoffiziere, anzuwerben, die den demokratischen Umsturz fürchteten, ihre bisherigen Pfründe davon schwimmen sahen. Ja, man warb als Stasi-Agenten sogar einige Offiziere des SB an.

Für Mielke war Polen überhaupt in Sachen Bespitzelung unterversorgt: Es kamen dort auf die damals 38 Millionen Einwohner „nur" 24000 SB-Leute. In der DDR war das Verhältnis 16 Millionen Einwohner zu 91000 Stasi-Mitarbeitern.

Im Jahre 1990 war die Operation „Besinnung" in Polen zu Ende. Die deutschen Stasi-Leute in Polen verschwanden meist hinter Oder und Neiße. In Polen machte der SB, wenn auch unter anderem Namen, bis 1995 weiter. Man hat sich kaum die Mühe gemacht, dieser DDR-Agenten habhaft zu werden.

Der militärische Informationsdienst WSI der Polen wurde erst Ende 2006 zerschlagen, weil nicht nur sehr viele Offiziere vom einstigen KGB und dem militärischen Pendant GRU ausgebildet worden waren, sondern auch weil es bis zur Zerschlagung weiterhin russische „Berater" gegeben hatte.

Jetzt allerdings müssen die polnischen Agenten der DDR-Stasi das polnische „Institut für nationales Gedenken" IPN und dessen Staatsanwälte fürchten, die ihnen den Prozeß wegen „Landesverrat" machen wollen.

Einige dieser Staatsanwälte haben schon die Reise nach Berlin gebucht, um dort in der „Birthler-Behörde" die entsprechenden Akten zu wälzen.

Immunität schützt Spion

Der in Österreich unter Spionageverdacht verhaftete Russe Wladimir Woschnow ist wieder auf freiem Fuß und wird nicht an Deutschland ausgeliefert. „Rettend eingesprungen" ist die Uno: Laut Gutachten des Rechtsdienstes in New York genoß Woschnow Immunität, weil er bei der Weltraumtagung in der Wiener Uno-City zwischen den 6. und 15. Juni akkreditiert war. Österreich akzeptierte diese Rechtsauffassung, drückte aber zugleich die Erwartung aus, daß die Uno bei künftigen Konferenzen eine Nominierung Woschnows nicht mehr zulassen werde. Österreichs Ansuchen an Rußland, Woschnows Immunität aufzuheben, wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Der österreichische Mittäter bleibt in Haft. Derzeit ist noch nicht geklärt, ob und in welchem Umfang Material über deutsches Radargerät oder den deutsch-französischen Kampfhubschrauber „Eurocopter Tiger" weitergegeben wurde. – Der Fall bestätigt wieder, daß internationale Fachkonferenzen auch ein ideales Umfeld für Spionage aller Art sind, vornehmlich für Industrie-Spionage. *RGK*

Mit einem Achselzucken

Von Harald Fourier

Schon mal von Jan Phillip Eißfeld gehört? Das ist ein mittelmäßiger Musiker, der mal diesen, mal jenen Künstlernamen trägt und mal diese, mal jene Stilrichtung vertritt. Sein bekanntester Name ist Jan Delay, und er macht zur Zeit Hiphop. Letztes Wochenende trat er in Hamburg bei Al Gores „Live-Earth"-Festival auf. Die Deutsche Welle (Etat: 260 Millionen Euro, finanziert aus Steuermitteln) findet Jan Delay „hochintelligent und grandios komisch".

Der Besitzer des Opel Astra, der am 28. Juni in Kreuzberg abgefackelt worden ist, findet Delay sicher nicht so komisch wie die Deutsche Welle es tut. Immerhin hat der „Musiker" vor dem G8-Gipfel in einem Interview über Gewalt erklärt: „Sonst wäre es doch langweilig. Ich hab' Bock auf Action, ich will, daß es Streß gibt. Da bin ich auch eher Hooligan." Später soll er auch noch erklärt haben, „brennende Autos helfen". Inzwischen hat er diese letzte Aussage dementiert.

Die geistige Nähe vieler Künstler zum gewalttätigen Untergrund ist erschreckend. In Berlin brennen regelmäßig Autos – bereits mehr als 70 Fälle in diesem Jahr, ohne daß davon groß Notiz genommen wird. Die Täter sind vermutlich gewalttätige Linksextremisten, denen der Heiligendamm-Gipfel nicht gereicht hat.

Es gibt sogar schon eine Internetseite, die alle Fälle dokumentiert: Auf www.brennende-autos.de kann der Nutzer nachlesen, welches Fahrzeug wo angezündet worden ist. Den Machern der Seite wurde jetzt vorgeworfen, sie unterstützten die linken Gewalttäter, sympathisierten mit ihnen. Das ist unfair. Im Gegenteil: Die Initiatoren dieser Internetseite haben eine stadtweite Diskussion ausgelöst und das Interesse auf ein Problem gelenkt, das andernfalls im allgemeinen Getöse über internationale Gipfel und El-Kaida-Terroranschläge untergeht.

Die ganz alltägliche, politische Gewalt von links richtet sich gegen den einfachen Bürger, den kleinen Mann, der unter Umständen seine Abfindung oder seine Lebensversicherung dazu genutzt hat, um sich einmal im Leben einen neuen Mercedes-Benz kaufen zu können.

Wenn ihm jener Wagen abgefackelt wird, dann ist das nur eine kleine Meldung im Lokalteil der Tageszeitung – für den Betroffenen aber ein echtes Unglück. Und dies nicht nur materiell: Die Erfahrung, daß der Staat das Gut seiner Bürger nicht schützen konnte und mit kaum mehr als einem Achselzucken auf die Vorfälle reagiert, stärkt nicht eben das Vertrauen der Opfer in Rechtsstaat und Demokratie. Deswegen ist die Seite www.brennende-autos.de so wichtig. Hoffentlich trägt sie auch dazu bei, potentielle Kunden vom Kauf von Jan-Delay-Platten abzuhalten!

Zurück zum Glaskasten?

Berlins neue Senatsbaudirektorin Lüscher setzt auf die Irrwege der abgelebten »Moderne«



Stählerne Kälte statt lebendiger Räume: Was am Potsdamer Platz noch imposant aussehen mag, kann auf gewachsene Strukturen zerstörerisch wirken.

Foto: pa

Von Peter Westphal

Vergangene Woche hat das Bundeskabinett grünes Licht gegeben für den Baubeginn zur formalen Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses ab 2010. Zwar muß der Bundestag den Beschluß im September noch bestätigen, doch Widerstand ist von dort nicht zu erwarten.

Anders sieht es da in Detailfragen aus, die vor allem durch den anstehenden Architektenwettbewerb im Spätherbst dieses Jahres beantwortet werden müssen. Denn während festgelegt ist, die Kuppel wieder aufzubauen, die Nord-, Süd- und Westseite des Stadtschoß-Neubaus nach dem Vorbild der von Andreas Schlüter entworfenen Barockfassaden wiederzuerrichten, ist offen, was mit der Ostseite, dem ursprünglichen Renaissanceflügel, geschehen soll. Dessen Wiederherstellung wäre zweifellos ein Glücksfall für Berlin.

Wahrscheinlicher scheint indes die Vision von DDR-Nostalgikern. Dann würde die Außenfront womöglich an den „Palast der Republik" erinnern. Denn laut Ausschreibung soll am 480 Millionen Euro teuren Bau auch die wechselvolle Geschichte des Ortes „ablesbar" sein. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) verwies diesbezüglich auf den Volkskammersaal, in dem 1990 das erste und letzte frei gewählte DDR-Parlament den Beitritt zur Bundesrepublik beschlossen hatte.

Zu entscheiden sein wird darüber hinaus die Frage, ob einzelne Innenräume des Schlosses wiedergewonnen werden können. Dazu zählt der „Weiße Saal", der Repräsentationsraum schlechthin des einstigen Stadtschlosses. Dieser war nach 1945 bis zur Sprengung durch die Sozialisten 1950 besser erhalten gewesen als das Charlottenburger Schloß.

Verknüpft mit dem Schicksal der wiedererstehenden Stadtschloß-Kubatur ist zudem das der „Langen Brücke". Diese, bekannt auch als Königs- oder Kurfürstenbrücke, verbindet das Nikolaiviertel mit dem Schloßplatz. Da sie zum integralen Bestandteil des Stadtschloß-Ensembles gehörte, läge die historische Rekonstruktion nahe.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die Geschichte des von Andreas Schlüter geschaffenen Reiterstandbilds des Großen Kurfürsten. Auf der Brücke thronend hatte dieser, der Kurfürst Friedrich Wilhelm, auf sein eigenes Schloß geblickt. Vor Kriegsende 1945 waren dann sämtliche Figuren der Schloßbrücke auf einen Kahn verladen worden, der – aus Schutz vor Splitterbomben – in der Havel auf Grund gelegt wurde. Dort, im Westteil der Stadt, hatte man das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten geborgen und schließlich vor dem Charlottenburger Schloß aufgestellt. Seiner Repatriierung nach Berlin-Mitte steht allerdings die Absicht des Berliner Senats entgegen. Dieser folgt der technokratischen Position des Wasser- und Schiffahrtsamtes des Bundes, der zufolge Brückenbauten in der Stadt ohne Mittelpfeiler auszukommen haben.

Indem der Senat gegenwärtig Verträge mit Firmen abschließt, um im Januar 2008 an dieser Stelle einen modernen Brückenbau zu errichten, ignoriert er das parlamentarische Votum zur Wiedergewinnung des historischen Schloßensembles. Denn dem Neubauvorhaben zugrunde liegt ein Wettbewerb von 1998/99, als der Bundestagsbeschluß zur Rekonstruktion des Berliner Schlosses noch nicht absehbar war.

Dagegen an kämpft mit einer Unterschriftensammlung der Verein „Forum Stadtbild Berlin" (www.Stadtbild-Berlin.de). Unterstützt wird es von der deutschen Sektion INTBAU e.V. (www.intbau.de), einem globalen Netzwerk, das sich für traditionelle Architektur einsetzt und das versucht, den Auswüchsen ideologischen Städtebaus entgegenzuwirken. Internationaler Schirmherr des Vereins ist Prinz Charles von England.

Dessen Landsmann, der Architekt David Chipperfield, ist indessen Prototyp der ideologischen „Moderne", die ja selbst inzwischen Geschichte ist. Gegen seinen Entwurf für den Eingangsbereich der Museumsinsel, vor dem Neuen Museum, hatte sich ein breites Bürgerbündnis mit dem Antrag auf ein Volksbegehren gewehrt (www.ahme.de) – und einen Teilerfolg erzielt. Denn der gescholtene Architekt mußte seinen ersten Entwurf, von Kritikern als „Schneewittchensarg" verspottet, durch einen zweiten ersetzen.

Für die Bürgerinitiative um Annette Ahme sind damit aber längst nicht alle Fragen beantwortet, im Gegenteil, sie fordert eine echte Bürgerbeteiligung und verlangt deshalb eine Eins-Zu-Eins-Simulation vor Ort. Diese, getragen von Gerüststangen, sei nicht teuer und schnell realisierbar. Dabei verweist sie auf das Vorbild Schweiz.

Und das Alpenland ist gar nicht so weit. Denn seit März dieses Jahres bekleidet das Amt des Berliner Senatsbaudirektors die eidgenössische Architektin Regula Lüscher. Eigentlich heißt sie Lüscher-Grüm. Doch klammheimlich hat sie den zweiten Namen, den ihres Ehemanns, getilgt. Mit diesem zusammen hatte sie ein Architekturbüro geführt.

Ein Blick auf dessen Entwürfe lehrt die Traditionalisten in Berlin das Fürchten. Sie befürchten einen Paradigmenwechsel, weg von der bewährten urbanen Blockrandbebauung des Senatsbaudirektors Hans Stimmann, der vergangenen Herbst in den Ruhestand ging, hin zur modernistischen Innenstadtzerstörung.

Denn unter Lüscher, die sich bemerkenswerterweise einen Berater aus der Schweiz geholt hat, wurde jetzt ein erster Architekturwettbewerb entschieden, für ein Stadthaus am Hausvogteiplatz in Berlin-Mitte. Gewonnen hat ein Schweizer Architektenbüro – und zwar mit einem Entwurf im Stile der von Stimmann bekämpften gesichtslosen Moderne.

»Wowereit übergeht Volksbegehren«

Berlins Senat hält verbissen an der Schließung von Tempelhof fest – FDP: Umgang mit Investoren »schäbig«

Von Peter Westphal

Diesen Freitag (13. Juli) endet die einmonatige Widerspruchsfrist gegen das vom Berliner Senat veranlaßte Entwidmungsverfahren zum Zentralflughafen Tempelhof. Sollte das Verfahren Bestandskraft erlangen, wäre nach dem 31. Oktober 2008 auf der „Mutter aller Flughäfen" (als den der englische Star-Architekt Norman Foster Tempelhof feierte) nie wieder Flugbetrieb möglich.

Um dies zu verhindern, kämpfen die Tempelhof-Befürworter immer noch auf verschiedenen Ebenen dagegen an – zunächst auf juristischem Weg. So wird erwartet, daß die vom Schließungsbescheid betroffene Fluggesellschaft Windrose Air vor dem Oberverwaltungsgericht gegen das Entwidmungsverfahren klagen wird. Warum der Bund, dem etwa drei Viertel des Areals und der Gebäude gehören, bislang keinen Widerspruch eingelegt hat, obgleich er von der Schließung unmittelbar betroffen wäre, ist für viele Beobachter schlechterdings nicht nachvollziehbar, zumal sich Kanzleramtsminister Thomas de Maizière erst Anfang dieser Woche erneut für die Offenhaltung ausgesprochen hatte. Dort verlangte er von Berlin, den Landesentwicklungsplan zu ändern, um einen eingeschränkten Flugbetrieb aufrechtzuerhalten. Dann beispielsweise könnten wenigstens Teile der Flugbereitschaft der Bundesregierung in Tempelhof stationiert werden.

Auch wenn es der Kanzleramtschef nicht ausdrücklich anspricht, ist offenkundig, daß dies nicht die einzige Möglichkeit des Bundes wäre, um Tempelhof durch einen Flugbetrieb offenzuhalten, der keine Konkurrenz zum neuen Großflughafen in Schönefeld darstellt. Letzterer wird womöglich ohnehin erst nach 2011 fertiggestellt sein, da die bisherigen Termine nicht gehalten werden konnten.

Neben der Flugbereitschaft wäre es auch möglich, das künftige Bundespolizeipräsidium mit den geplanten 700 Personalstellen in Tempelhof unterzubringen, schließlich gehört zu dieser Bundesbehörde eine Flugstaffel, und Räumlichkeiten sind in dem Riesenbau reichlich vorhanden. Zu Tempelhof gehört das – nach Brüssel – zweitgrößte zusammenhängende Bürogebäude Europas mit einer Bruttogeschoßfläche von 290 000 Quadratmetern. Dort wäre nicht zuletzt auch Platz für die bislang noch in St. Augustin bei Hangelar (NRW) stationierte Flugbereitschaft der GSG 9.

Doch bevor diese Optionen greifen können, gilt es zunächst, dem vom Berliner Senat betriebenen Entwicklungsverfahren Einhalt zu gebieten. Die Klägergemeinschaft für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof, die Bürgerinitiative ICAT (www.icat.de, International City Airport Tempelhof), erwägt eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht. Denn das laufende Volksbegehren für den Weiterbetrieb Tempelhofs, dessen rechtliche Zulässigkeit vom Berliner Senat am 8. Mai 2007 formal und inhaltlich bestätigt worden war, soll offenbar ad absurdum geführt werden: Mit dem Entwidmungsverfahren vollführt der Senat einen Verwaltungsakt, der dem Ziel und Inhalt des Volksbegehrens entgegensteht und damit laut ICAT gegen die Verfassung verstößt.

Damit verletze, so der Berliner Bundestagsabgeordnete Hellmut Königshaus (FDP), der Senat das Vertrauen in die Demokratie und die demokratischen Institutionen nachhaltig. In einer aktuellen Stunde des Bundestages zur Causa Tempelhof hatte er am Donnerstag vergangener Woche zusammen mit über 100 weiteren Parlamentariern einen Antrag eingebracht, der für die Offenhaltung des Flughafens Berlin-Tempelhof plädiert und eine Überprüfung des Flugverkehrskonzepts für den Großraum Berlin fordert. Königshaus nannte das Verhalten des Berliner Senats schlicht „unanständig". Wer mit renommierten Investoren wie Langhammer und Lauder so „schäbig" umgehe, brauche sich nicht zu wundern, wenn andere Investoren künftig einen großen Bogen um die Hauptstadt machten.

Zudem warf er dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) vor, immer noch wider besseren Wissens mit falschen Behauptungen zu argumentieren. Denn juristisch sei längst erwiesen, daß die Offenhaltung Tempelhofs den Bau des Großflughafens in Schönefeld nicht gefährde. Nicht die Rechtslage sei das Problem, sondern der mangelnde Wille des rot-roten Senats und der schwarz-roten Landesregierung in Brandenburg.

Moschee: Kein Gespräch

Ein Treffen der Berliner Polizeidirektion 1 mit Vertretern der moslemischen Ahmadiyya-Gemeinde in Berlin-Pankow wurde am Montag überraschend abgesagt. Die Gemeinde plant den Bau einer großen Moschee, was auf die entschiedene Ablehnung zahlreicher Bürger im betroffenen Ortsteil Heinersdorf stößt (*PAZ* berichtete). Von den zuständigen Lokalpolitikern wird das Projekt um so wohlwollender begleitet.

Ziel des Treffens mit Polizeivertretern war es, einen Dialogvertrag mit der Ahmadiyya-Gemeinde im Rahmen des Projekts „Transfer interkultureller Kompetenz" abzuschließen.

Aufgabe des „gegenseitigen Dialoges" sei die Vermittlung kultureller und geistiger Werte, hatte die Berliner Polizei drei Tage vor dem unvermutet geplatzten Termin mitgeteilt. Es wird vermutet, daß sich die Beteiligten nicht auf einen gemeinsamen Text verständigen konnten. Details waren von der Polizei bislang indes nicht zu erfahren. *M.S.*



Zeitzeugen



Hans Scholl – Verteidiger heutiger Wandschmierereien führen gern die alte Tradition des Widerstandes gegen Tyrannen an, der mit Wandparolen das Volk aufrütteln wollte. In der Tat nutzte auch die „Weiße Rose“ um Hans und Sophie Scholl dieses Mittel im Kampf gegen das NS-Regime. Allerdings illustriert ihr Beispiel kaum die Berechtigung heutiger Schmierer. Vielmehr zeigt es, zu welch absurden historischen Vergleichen in der Debatte bisweilen gegriffen wird.

Harald Naegeli – Der 1939 geborene Schweizer gilt als Pionier der „Sprühkunst“. Seit Ende der 70er Jahre wurde er als „Sprayer von Zürich“ bekannt. Zunächst unentdeckt, wurde er schließlich verhaftet, weil er seine Brille am Tatort vergessen hatte. Nach einer Verurteilung 1981 floh er aus der Schweiz, wurde später gefaßt, saß seine Strafe ab und sprühte anschließend weiter. Naegeli gilt heute als anerkannter Künstler.



Keith Haring – Der 1958 geborene und 1990 an Aids gestorbene US-Amerikaner begann Ende der 70er Jahre mit Kreidezeichnungen in der New Yorker U-Bahn. Bald darauf machte Haring in der internationalen Kunstszene Karriere, stellte 1982 auf der Documenta 7 in Kassel aus und bemalte Wände in allen Erdteilen, so auch in Berlin am Checkpoint Charlie 1986.

Walter Josef F. – Der bekannteste Sprüher von Hamburg ist besser geläufig unter dem Namen „OZ.“, gesprochen „O-Zett-Punkt“, nach seinem Zeichen („tag“, englisch gesprochen: täg), das er bereits über 120 000mal in der Hansestadt versprüht hat. Der 57jährige sprüht und malt dieses Zeichen seit 15 Jahren und kratzt es ebenso in Fensterscheiben. Mehrfach verurteilt und inhaftiert beginnt der scheinbar verwirrte „OZ.“ sein Treiben nach jeder Freilassung aufs Neue, leistete sogar heftigen Widerstand gegen seine Verhaftung. Der Schaden geht in die Hunderttausende.



Otto Schily – Als Bundesinnenminister der rot-grünen Koalition forderte der SPD-Politiker im Jahre 2005 öffentlich eine härtere Bestrafung für illegale Wandschmierereien. Der grüne Koalitionspartner verhinderte dies und warnte vor einer „Kriminalisierung“ der Sprüher-Szene.

Aufgezwungene »Kunst«

Millionenschäden durch Graffiti – Szene wird immer brutaler

Von Mariano Albrecht

Narrenhände beschmieren Tisch und Wände, lernen wir aus einem alten Kinderspruch, doch was in deutschen Großstädten auf S-Bahnen, Bussen und Häuserwänden prangt, hat mit Kinderschmierereien längst nichts mehr zu tun. Was uns Soziologen und sogenannte Street-Art-Aktivisten als Jugendkultur oder Kunst verkaufen wollen, ist alles andere als das. Es ist schlichtweg Sachbeschädigung. Gemeint sind Graffiti. Die kribbelbunten, mit Spraydosen allerorten angebrachten Bilder beschäftigen nicht nur die Polizei, die vermeintliche Straßenkunst verursacht bundesweit Schäden um die 500 Millionen Euro, die von Firmen oder Privatpersonen aufgebracht werden müssen, um die Machwerke von den Flächen wieder zu entfernen. Denn die Damen und Herren Künstler verrichten ihr Werk ungeachtet des Kunstverständnisses der Eigentümer von Flächen.

Die Sprayer von heute haben sich der allgemeinen Subkultur von Jugendbanden angepaßt und sich in schwerkriminelles Terrain begeben. In der Graffiti-Hauptstadt Berlin nimmt die Gewalt unter verfeindeten Sprayerbanden zu. Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Hip-Hop- und Rapper-Szene werden Reviere abgesteckt und mit sogenannten Tags (Namenskürzel) markiert.

Die Berliner Polizei hat gemeinsam mit der Bundespolizei die GE GiB, die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Graffiti in Berlin, gebildet. Dezernatsleiter Kriminaloberrat Andreas Grabinski bestätigt die Zunahme von Gewalt. „Hier hat sich eine gefestigte Szene gebildet, die untereinander sogenannte ‚Battles‘ (Schlachten) austrägt und auch vor unseren Leuten nicht zurückschreckt. Messer, Schraubendreher, Eisenstangen und Baseballschläger gehören zur Kampfausrüstung der Sprayer, die Szene ist knallhart geworden.“ Die GE GiB ist zirka 30 Mann stark. Trotz des Einsatzes modernster technischer Mittel wie Wärmebildkameras zur Überwachung von U-Bahn-Tunneln und Baustellen wird man kaum Herr der Lage. Die Täter sind organisiert, planen ihre Aktionen generalstabsmäßig. Es wird ausgespäht, abgesichert und zugeschlagen. Eine bestimmte Tätergruppe gibt es nicht, sagt Dezernatsleiter Grabinski, hauptsächlich sind die Sprayer Deutsche aus allen sozialen Schichten vom Schüler aus gutem Hause bis zum Studenten oder Arbeiter. Täter mit Migrationshintergrund sind eher selten. Jedoch hat sich in Berlin ein regelrechter Sprayertourismus etabliert, neben Paris und London ist Berlin ein „Hot Spot“, die Stars der Szene reisen zu Treffen. Die Illegalität von Graffiti auf öffentlichen Gebäuden wird von der Kunstszene ausgeblendet. Das Wiener Institut für Graffiti-Forschung nimmt es mit dem private Eigentum von Bürgern nicht so genau. Wo gesunder Menschenverstand Sachbeschädigung attestiert, verharmlosen vermeintliche Kunstkenner den Vandalismus: „‚Beschmieren‘ scheint uns nicht der richtige Ausdruck.“

Dezernatsleiter Grabinski betont jedoch, daß man auch gegenüber noch so kunstvollen Graffiti in der Öffentlichkeit „null Toleranz“ aufbringt. Auch die Bereitstellung von erlaubten Flächen habe zu nichts geführt. „Die Motivation der Täter ist nicht die Kunst, sondern die Provokation“, stellt Grabinski fest. „Ruhm und Ehre erlangt in der Szene der, der illegal sprayt.“

Der Berliner Verein „Noffiti“ organisierte in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam mit internationalen Graffiti-Gegnern die ersten Anti-Graffiti-Kongresse in der Hauptstadt, der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit übernahm die Schirmherrschaft. Ziel war es, Strategien gegen die illegalen Sprayer zu entwickeln, mit Erfolg. 2005 verschärfte die Bundesregierung den Strafrechtsparagraphen für Sachbeschädigung. Doch die linke Kultur- und Jugendszene läuft Sturm.

Arian Wendel, Mitglied des PDS/Linkspartei-nahen Jugendverbandes „[‘solid]“ stellt dazu in der „Jungen Welt“ fest: „In Deutschland drohen nicht nur hohe Geldstrafen. Seit der Gesetzesänderung vom letzten Sommer droht auch der Knast. Widerstand dagegen ist bitter nötig.“ In einer Presseerklärung des Verbandes heißt es dann dreist: „Statt für die Verfolgung von Sprayern, Graffitikongresse und die Reinigung von Hauswänden hunderte Millionen auszugeben, wäre das Geld in der Erweiterung des Jugendfreizeitangebotes und der Bereitstellung weiterer legaler Flächen sinnvoller verwendet.“ Logik á la Links, würde man die ausgegebenen Millionen nicht für das Bereinigen von Graffitischäden ausgeben müssen, könnte davon sicherlich der ein oder andere Topf für die Jugendarbeit gefüllt werden. Doch daran herrscht in der Szene „null Interesse“, ähnlich wie im autonomen Milieu wird privates und öffentliches Eigentum nicht geachtet, es wird gegen den politischen Gegner „vorgegangen“. Verleumdungskampagnen, Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen Mitglieder des Vereins „Nofitti“ sind an der Tagesordnung. Während man den Graffitigegnern ein Geklüngel mit der Reinigungsindustrie unterstellt, wird der Graffitiszene ganz offiziell tatsächlich gesponsert. Internationale Kongresse werden von der Farbenindustrie als Vermarktungsplattform benutzt. Von der Schablone bis zum reinigungsresistenten Farbspray werden alle Produkte beworben, die Sprayerherzen höher schlagen lassen.

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) mit ihren 900 Millionen Fahrgästen geben jährlich acht Millionen Euro für die Graffitibeseitigung aus, da die BVG ein Unternehmen der öffentlichen Hand ist, kommt der Steuerzahler für den Schaden auf.



Graffiti: Oft ist der Eigentümer der besprühten Fläche nicht einverstanden. Foto: ddp

Kein Kinderkram

Über acht Jahre dauerte die Diskussion um die Überarbeitung der Paragraphen 303 und 304 des Strafgesetzbuches im Bundestag. Die Paragraphen regeln den Umgang der Justiz mit dem Tatvorwurf „Sachbeschädigung“. Notwendig machte die „Runderneuerung“ der Strafvorschrift die bundsweit ausufernde Subkultur der Graffiti-Sprayerei auf Bussen, Bahnen und Gebäuden. Die bis 2005 gültige Formulierung hatte Gerichten kaum die Möglichkeit einer der Schadenshöhe angemessenen Bestrafung gegeben. Ein Schaden lag für das Gericht nur dann vor, „wenn die Substanz des Untergrundes einer Sache so beeinträchtigt wurde, daß eine Reinigung zwangsläufig zur Beschädigung führt“. Die Beweisaufnahme endete für die Geschädigten meist mit deprimierenden Resultaten und lapidaren Urteilen oder gar Freisprüchen für die Schmierer. Meist blieb den Gerichten nur die Möglichkeit der Verurteilung anderer in Strafeinheit begangener Delikte wie Hausfriedensbruch.

Geschädigte haben 30 Jahre Anspruch auf Schadenersatz

Die Änderung führt den Tatbestand der ‚Veränderung des Erscheinungsbildes einer fremden Sache, nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend‘, in den Gesetzestext ein. Neben den zivilrechtlichen Folgen wie Schadenersatzansprüchen von Geschädigten haben Sprayer eine Straferwartung von bis zu zwei Jahren Haft. Außerdem drohen weitere Strafen für zum Beispiel Eingriff in den Straßenverkehr, für das Besprühen von Verkehrsschildern oder Anklagen wegen des Verstoßes gegen die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung, wenn zum Beispiel Bahnanlagen betreten werden. Einen jugendlichen Lebenslauf können auch die finanziellen Forderungen der Geschädigten ruinieren. Ein 20jähriger Sprayer aus Süddeutschland sieht sich nach 66 nachgewiesenen Taten einer Schadenssumme von 65 000 Euro gegenüber. Der Schuldtitel, den der Geschädigte erwirkte, hat eine Gültigkeit von 30 Jahren und ist bei jedem Einkommen, welches der Täter erzielt, vollstreckbar. Für Geschädigte gilt es in jedem Fall, den Schaden durch die Polizei aufnehmen zu lassen und Anzeige zu erstatten. Die Aufklärungsquote ist in den letzten Jahren enorm gestiegen.

Günstig und massenwirksam

Wandmalerei ist prädestiniert für Information, Werbung und Propaganda

Von Manuel Ruoff

Bei der Wandmalerei werden die Farben entweder auf den noch feuchten Putz der Wand aufgetragen, das ist die sogenannte Freskomalerei oder auf den bereits trockenen Putz, Seccomalerei genannt. Da Graffiti meist illegal nach der Fertigstellung eines Baues und nicht währenddessen aufgetragen werden, haben wir es hier in der Regel mit der zweiten Form zu tun.

Im Gegensatz zu den Graffiti hat die Wandmalerei eine sehr lange Geschichte. Sie reicht zurück bis in die Zeit, als unsere Vorfahren noch in Höhlen lebten. Dank der Radiokarbonmethode wissen wir, daß Höhlenbilder bereits vor 31 500 Jahren entstanden sind.

Der Mensch erkannte im Laufe seiner Entwicklung, daß sich Wandmalerei nicht nur zur Verschönerung von Wänden eignet, sondern auch zum Transport von Botschaften und Handlungsanweisungen, was sie wiederum für Werbung und Propaganda interessant macht.

So ist es kein Wunder, daß die Wandmalerei in romanischer Zeit durch die Christianisierung einen großen Aufschwung erlebte, eignete sie sich doch dazu, in Kirchen Analphabeten die Frohe Botschaft zu vermitteln.

Wie das Christentum schon seit dem Mittelalter bediente sich in der Moderne auch der atheistische Marxismus dieses Mittels. Besonders zu Zeiten des stalinistischen Sozialistischen Realismus wurden in der Sowjetunion und später auch bei deren Verbündeten auf großen Flächen, etwa in Betriebskantinen oder öffentlichen Plätzen, plakative politische Aussagen vermittelt.

Auch das nachrevolutionäre Mexiko setzte auf Wandmalerei im öffentlichen Raum. Dort entstand in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts die Kunstform des Muralismo. Murales sind Wandmalereien mit sozialkritischem und nationalem Inhalten. Hauptwerkzeug ist dabei der Pinsel. Entstanden ist diese Kunstrichtung durch Aufträge von Seiten der Regierung, die durch große Wandbilder der größtenteils analphabetischen Bevölkerung ihr Geschichtsbild des Landes näherbringen wollte. Als berühmteste Künstler dieser Richtung gelten die sogenannten „Tres Grandes“, Diego Rivera, David Alfaro Siqueiros und José Clemente Orozco.

Der große Vorteil der Murales und der Wandmalerei überhaupt ist, daß man mit relativ geringem materiellen Aufwand relativ viele Menschen erreichen kann. Aus diesem Grunde ist dieses Mittel außer für arme Staaten auch für oppositionelle Widerstandsbewegungen besonders geeignet. Dieses wurde nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Europa erkannt, und so fanden die Murales ihren Weg auch in die Alte Welt.

Sowohl die gegen Rom gerichtete sardische als auch die gegen London gerichtete irische Unabhängigkeitsbewegung sind hier zu nennen. Auf Sardinien finden sich Murals vor allem in den rebellischen Bergdörfern. Insbesondere in Orgosolo, das als Hauptwiderstandsnest gilt, sind die Bildnisse allgegenwärtig. In Irland sind es vor allem die im Norden der Insel gelegenen und unter britischer Herrschaft stehenden Städte Belfast und Derry, die für ihre Murals bekannt sind. Dabei finden sich diese Wandmalereien nicht nur in den katholischen, sondern auch in den protestantischen Vierteln.

Es grünt so grün, wenn ...

Die CDU ist in der Frage um eine mögliche Koalition mit den Grünen auf Länderebene gespalten

Von Hans Heckel

Die schwierige Suche der SPD nach Führung und Orientierung mag manchen treuen Unionsanhänger in der trügerischen Sicherheit bestärken, daß in seiner Partei die Dinge noch vergleichsweise gut stehen. In Wahrheit verdeckt der innere Zwist der Sozialdemokraten, der sich derzeit an der Frage nach möglichen Koalitionen mit den Linksradikalen festmacht, bloß, daß der künftige Kurs der CDU ebenfalls alles andere als ausgemacht ist.

Dabei treten auch bei der Union die innerparteilichen Unstimmigkeiten öffentlich mehr und mehr mit der Frage eines möglichen neuen Koalitionspartners zutage. Seit 2003 ist das früher Undenkbare in etlichen Großstädten bereits Wirklichkeit geworden. In den Rathäusern von Frankfurt am Main, Duisburg und Essen etwa geben schwarz-grüne Koalitionen den Ton an. Das erste derartige Rathausbündnis erlebte Köln Anfang 2003. Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im September 2004 erlitt die Union allerdings eine derbe Niederlage. Ein böses Omen für kommende Schwarz-Grün-Phantasien?

Erst dieser Tage pfiff CDU-Chefin Angela Merkel ihren Bundesinnenminister zurück: Wolfgang Schäuble hatte seinen Gedanken über ein mögliches Bündnis mit den Grünen freien Lauf gelassen, Merkel widersprach. Allerdings ließ sich die Taktikerin dabei eine Hintertür offen: „In erster Linie“, so formulierte es die Kanzlerin sibyllinisch, strebe man eine Verbindung mit der FDP an. Wo es eine ausdrücklich erwähnte „erste Linie“ gibt, da steht auch ein Plan B bereit. Schwarz-Grün ganz ausschließen will die CDU-Vorsitzende also auf keinen Fall. Damit sichert sie ihre eigene Position als Machtzentrum und Mittelpunkt aller Parteiflügel, für inhaltliche Klarheit sorgt sie, wie schon so häufig, aber keineswegs.

Schwarz-Grün: Was für Ole von Beust (l.) denkbar ist, lehnen seine Kollegen Koch und Wulff ab. Foto: keystone

Mancherorts ist das Buhlen der CDU um schwarz-grüne Bündnisse auf Landesebene bereits in vollem Gange. Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger stand Anfang 2006 in Koalitionsverhandlungen mit den Grünen, am Ende scheiterte die Liaison indes an unüberbrückbaren Gegensätzen.

Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust steht am 24. Februar 2008 zur Wahl. Noch regiert seine CDU allein, SPD und GAL bilden im Drei-Parteien-Parlament die Opposition (die FDP verfehlte den Einzug und dümpelt laut Demoskopen weiterhin bei drei Prozent). Nach Umfragen liegen die CDU und die beiden Oppositionsparteien mehr oder minder gleichauf. Sollte jedoch die Linkspartei in die Hamburger Bürgerschaft einziehen (die neueste Befragung sieht sie bei fünf Prozent), wäre Beusts Mehrheit nach den Umfragezahlen dahin.

Vor wenigen Tagen beschloß die Hamburger Bürgerschaft einstimmig (!), die Einführung einer City-Maut, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit, die Reduzierung von Autoverkehrsflächen zugunsten von Fahrrädern und die Wiedereinführung einer Straßenbahn in den Fachausschüssen „prüfen“ zu lassen. Ins Auge gefaßt wird sogar die Neuauflage der „Stellplatzabgabe“ für Bau-Investoren. Rolle rückwärts: Die Abgabe war von der seit 2001 regierenden CDU als investorenfeindlich selbst abgeschafft worden.

Alles Punkte wie aus dem Wahlprogramm der Grün-Alternativen. Ohne Zweifel werben sowohl SPD als auch CDU an der Alster mit ihrer einhelligen Öffnung für derlei Beschlüsse um die Gunst der Grünen, in denen offenkundig beide einen interessanten Koalitionspartner sehen.

In Hannover sieht CDU-Landesvater Christian Wulff das Treiben seines Parteifreunds Beust mit Mißfallen. Niedersachsen wählt vier Wochen vor Hamburg, und Wulff will mit einer entschiedenen Anti-Rot-Grün-Kampagne seine schwarz-gelbe Koalition in die nächste Wahlperioden retten. Auch Hessens Roland Koch bleibt strikt bei der schwarz-gelben Option. Ihm hatten die Liberalen 1999 zur Macht verholfen, dann aber ab 2003 die absolute Mehrheit der CDU nicht mit einer „Pro-Forma-Koalition“ garniieren wollen. Mit seiner Forderung nach neuen Kernkraftwerken will Koch einen dicken Trennungsstrich zu den Grünen ziehen.

Die CDU verbucht derzeit noch einen parteipolitischen Pluspunkt gegenüber den Sozialdemokraten: Ihr sitzt nicht wie der SPD mit der Linkspartei eine rechte Neugruppierung im Nacken, welche die Union propagandistisch in die Zange nehmen könnte.

Doch der kurzfristige Vorteil birgt mittelfristig eine Gefahr: Unübersehbar dreht sich die Debatte über Rot-Rot(-Grün) bei der SPD nur noch um das Wann und gegebenenfalls Wie, nicht um das Ob. Letztlich werden die Sozialdemokraten dem Beispiel Klaus Wowereits folgen und das Linksbündnis in Betracht ziehen. Wenn dann noch treue CDU-Wähler aus Enttäuschung über die grünen Anbiedereien ihrer Partei zu Hause bleiben, ist eine stabile linke Mehrheit praktisch unvermeidlich.

Nicht undenkbar ist auch, daß die NPD im Grunde demokratisch denkende, aber frustrierte Wähler anzieht, die der Union einen „Denkzettel“ verpassen wollen. Da für CDU und CSU ein Bündnis mit der NPD nicht in Frage kommt, schwänden ihre Siegesaussichten auf diese Weise noch weiter.

Die Union steckt also wie die SPD in einem Dilemma, nur daß es bei den Schwarzen noch nicht jene von miesen Umfragewerten befeuerte Brisanz erreicht hat wie bei der SPD.

Wenn ein Ole von Beust indes sein Heil in einer linksgewendeten, grün angehauchten CDU sucht, hat er vom rasanten Aufstieg der kurzlebigen Schill-Partei (der er seinen Sieg 2001 verdankte) wenig gelernt. Die Lücke, in die Schill damals gestoßen war, könnte sich wieder auftun.

MELDUNGEN

Haus des Leidens

Potsdam – In Potsdam ist Anfang Juli der Grundstein zur ersten zentralen Gedenkstätte für die Opfer des sowjetischen Geheimdienstes KGB in Deutschland gelegt worden. Sie wird neben dem einstigen KGB-Gefängnis errichtet, das ebenfalls als nationaler Erinnerungsort renoviert wird. Dieses Gefängnis war einst ein großes Pfarrhaus, das 1945 von der Roten Armee beschlagnahmt und vom KGB benutzt wurde. Pfarrer Reinhart Lange, sagte bei dem Festakt, viele unschuldige – vor allem junge – Menschen seien in dem Gefängnis inhaftiert, gefoltert und danach nach Sibirien verschleppt worden. Viele seien nicht zurückgekehrt. Nach Worten der brandenburgischen Kultusministerin, Prof. Johanna Wanka (CDU), hätten viele Menschen in diesem Haus gelitten. Nach Jahrzehnten des Verschweigens des kommunistischen Unrechts sollten die, die es überlebt haben, noch erfahren, daß an sie erinnert werde. *idea*

Anreiz für Stifter

Berlin – Der Bundestag hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause ein Gesetz verabschiedet, das Stiftungsgründungen, Spenden und ehrenamtliche Aktivitäten erleichtert. Nach dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ können Stifter künftig eine Million Euro, verteilt auf zehn Jahre, zusätzlich zum allgemeinen Spendenabzug geltend machen. Der allgemeine Spendenabzug wird vereinheitlicht und erhöht auf 20 Prozent des jährlichen Einkommens. Die Abzugsmöglichkeit für Unternehmensspenden wird verdoppelt. „Unser Land braucht mehr privates Engagement. Damit es aus der Gesellschaft heraus wachsen kann, müssen die steuerlichen Rahmenbedingungen stimmen“, betont der Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Ost-Deutsch (23):

Feuerwerk

Von Wolf Oschlies

„Mosty v buduschtschee“ (Brücken in die Zukunft) heißt das „Internationale Feuerwerk-Festival“ in Königsberg, über dessen erfolgreichen Verlauf die *PAZ* Ende Mai berichtete. Zum Glück hat sie mir die sprachliche Pointe belassen, daß „Feuerwerk“ auf russisch „fejerverk“ heißt. Bei Russen hat das frühneuhochdeutsche „Feuerwerk“ sprachliche Karriere gemacht, beginnend mit der Doppeldeutigkeit des Begriffs: „Fejerverk ist die Bezeichnung für ein Schauspiel und für die Materialien, die dazu verwendet werden“. Den Umgang mit „fejerverocnyj“ (Adjektiv) Material versehen Experten wie der „oberfejerverker“, damit nichts schief geht. .

Seit heidnischen Zeiten haben Russen gern „poteschnye ogni“ (Freudenfeuer) abgebrannt, aber erst Peter der Große (1672–1725) führte 1697 Wort und Werk ein: „Meine große Leidenschaft sind Seefahrt und fejerverki“. Den Moskauern befahl er, in der Nacht zum 1. Januar 1699 „puskatj fejerverki“, Feuerwerke abzulassen, und seine höfischen „fejerverki“ waren in ganz Europa berühmt – nicht zuletzt, weil der Zar als sein eigener „fejerverker“ und Erklärer von Technik und Symbolik des bunten Feuerzaubers auftrat.

Peter war kein Pyromane, sondern ein guter Psychologe: Unter seiner Herrschaft war Rußland eigentlich ständig im Krieg, der Wehrdienst war „unbefristet“ und hart, Desertionen selbst in den privilegierten Garderegimentern häufig. Erst Peters „Triumphmärsche“ und „Siegesfejerverki“ schufen nationalen Stolz auf Armee und Militärmacht, den seine Nachfolger fortsetzten – vor allem Katharina die Große (1729–1796), die für „fejerverki“ auch den „Vater der russischen Wissenschaft“, den Chemiker Michail Lomonosov, einspannte.

1915 zündete das für lange Jahre letzte „fejerverk“ in Rußland, die 1917 an die Macht geputschten Bolschewiken kehrten erst im Zweiten Weltkrieg zu Peters des Großen Taktik zurück, und so erlebte Moskau in Kriegszeiten abgezählte 355 Sieges-„fejerverki“. Danach gab man sich bescheidener, zündete pro Jahr nur drei „fejerverki“, das größte zum Revolutionstag, dem 7. November. Heute gibt es „fejerverki“ überall, die spektakulärsten natürlich in Königsberg, russisch Kaliningrad, und „kaliningradskie Russkie“ sind eh' die Elite – sagt mein Freund Jurij von der Universität der Stadt.

Talentschmiede Deutschland

Erhöhte Zuwendungen des Bundes für Hochbegabtenförderung zeigt Folgen

Von Rebecca Bellano

Wenn das Thema Bildung in Deutschland zur Debatte steht, quälen sich die meisten Deutschen nur noch ein müdes Lächeln ab. Zwar versprechen Politiker jeglicher Couleur spätestens seit dem mittelmäßigen Abschneiden deutscher Schüler bei dem internationalen Pisa-Test immer wieder Besserung, doch die Realität sieht anders aus.

Da werden aufgrund von Lehrermangel Unterrichtsfächer gar nicht mehr angeboten, Unterrichtsausfall ist an der Tagesordnung, und Schulen werden aus Geldmangel zusammengelegt. Außerdem müssen viele Gebäude dringend renoviert und Lehrmaterialien erneuert werden. Gleichzeitig sollte die pädagogische Arbeit intensiviert werden, um auch Schüler mit Lernbehinderung und Migrationshintergrund besser einzugliedern. An den Universitäten sieht es nicht viel besser aus, auch wenn inzwischen einige Universitäten zu „Eliteuniversitäten“ erkoren wurden. Trotz Studiengebühren klagen Studenten vieler Hochschulen darüber, daß die Mängel die selben sind wie zuvor.

Stiftungen werben an Schulen um Stipendiaten

Doch für eine kleine Gruppe von Studenten gibt es jetzt Licht am Horizont. An Gymnasien werden gute und gesellschaftlich engagierte Schüler direkt umworben und sie erfahren eine Sache, von der sie gar nicht wußten, daß es sie auch in Deutschland gibt: Stipendien. Hatten Sie zuvor nur in ihren Lieblings-US-Serien davon gehört, informiert man sie jetzt darüber, daß es derartiges auch in Deutschland gibt.

Der Grund dafür, daß die entsprechenden Stiftungen ihre Bereitschaft, ausgewählte Studenten mit bis zu 525 Euro monatlich plus 80 Euro Büchergeld zu unterstützen, publik machen, ist die Tatsache, daß der Bund mehr Geld zur Verfügung gestellt hat.

„Damit Deutschland zu einer Talentschmiede wird, werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode die Zahl der Studierenden, die ein Stipendium erhalten, um die Hälfte erhöhen. Deshalb haben wir auch die Mittel für die Begabtenförderung deutlich angehoben“, erklärt die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan die Entscheidung, 2007 20 Millionen Euro mehr für Begabtenförderung zur Verfügung zu stellen.

Der Bund unterstützt elf Begabtenförderungswerke: das Cusanuswerk – Bischöfliche Studienförderung, die Evangelische Studienstiftung in Villigst, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die Hanns-Seidel-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Stiftung der Deutschen Wirtschaft und die Studienstiftung des deutschen Volkes.

Frauen und Migranten bevorzugt

„Sie sind hoch motiviert und wollen Verantwortung übernehmen? Ihre Leistungen in Schule und Studium sind überdurchschnittlich? Sie sind gesellschaftlich engagiert?“ wirbt die Begabtenförderung im Hochschulbereich, und angeblich haben auch Abiturienten mit einem Zweier-Durchschnitt eine Chance, gefördert zu werden, wenn sie nur motiviert und gesellschaftlich engagiert genug sind. Allerdings: „Wir haben wachsende Schwierigkeiten, Leute zu finden, die begabt und politisch engagiert sind“, klagt die Friedrich-Ebert-Stiftung. Außerdem würde man ja gerne benachteiligte Kinder aus Migrantenfamilien fördern, nur gibt es leider unter ihnen noch weniger, auf die diese Kriterien zutreffen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ merkt an, daß eine Studentin der Ingenieurwissenschaften mit türkischem Hintergrund trotz nur durchschnittlicher Note mit einem Stipendium rechnen dürfte, denn Frauen, Migranten sowie Natur- und Technikwissenschaftler liegen dort derzeit im Fördertrend.

Doch auch wenn sich die neue Spendierfreudigkeit des Bundes gegenüber Hochbegabten gebessert hat, so sollte man realistisch sein: Es handelt sich hier nur um eine kleine Gruppe, die in diesen Genuß kommt. So hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 2006 von rund 1300 Neu-Bewerbern 392 Personen ausgewählt, 2007 werden es über 400 sein. 2005, vor der erhöhten Förderung durch den Bund, waren es nur 255 Studenten. Kritiker befürchten, daß jetzt Masse statt Klasse dominiere, allerdings kann man bei dieser Größenordnung keineswegs von einer Masse sprechen.

MELDUNGEN

Familiennachzug reduziert

Paris – Frankreichs neuer Präsident steht in der Kritik zahlreicher Hilfsorganisationen. So würde das neue von Nicolas Sarkozy in Auftrag gegebene Einwanderungsgesetz Menschen das Recht rauben, mit ihren Familien zusammenzuleben. Grund für diese Behauptung ist die Tatsache, daß Sarkozy beabsichtigt, die Hälfte der ins Land gelassenen Zuwanderer nach „wirtschaftlichen Bedürfnissen“ des Landes auszuwählen, sprich mehr Facharbeiter ins Land zu holen. Derzeit beträgt der Anteil dieser Gruppe am Gesamtanteil der jährlichen Zuwanderer nur sieben Prozent, während der Familiennachzug 70 Prozent ausmacht. Einwanderungsexperten verweisen darauf, daß selbst im Kanada, das sehr streng nach volkswirtschaftlichem Nutzen auswählt, der Facharbeiteranteil nur bei 27 Prozent liege.

Simbabwe droht Hungersnot

Harare – Simbabwes Präsident Robert Mugabe versucht verzweifelt, Aufstände in der Bevölkerung zu verhindern, die ihn sein Amt kosten würden. Da die Lebensmittelpreise immer weiter steigen, die Preiserhöhung innerhalb einer Woche die 300-Prozent übertraf, ordnete Mugabe eine Preissenkung um 50 Prozent an und verbot weitere Erhöhungen. 1300 Geschäftsleute, die sich nicht an diese Anordnung hielten, wurden bereits verhaftet. Da die Nahrungsmittelhersteller jedoch nicht mehr zu den vorgeschriebenen Preisen liefern wollen, sind die Geschäfte jetzt leer, wer keine Vorräte hat, muß hungern. Die Politik des 83jährigen Despoten hat das Land in den wirtschaftlichen Ruin geführt. Die Enteignung der weißen Farmer in den letzten acht Jahren hat zu einer Nahrungsmittelknappheit geführt, die ungeahnte Preissteigerungen nach sich zog. Mugabe propagiert jedoch, der Westen würde sein Land sabotieren.

Der globale Acker

Deutsche Bauern zwischen Aufschwung und Gängelei

Von Mariano Albrecht

Obwohl in diesem Jahr der Spargel wegen Personalmangels auf den Feldern vergammelte, die Erdbeeren in der frühen Hitze verdorrten und nun auch noch die Apfelernte durch den wenigen Regen im April in Gefahr ist, ist die Stimmung in der deutschen Landwirtschaft optimistisch. Das sieht jedenfalls der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Gerd Sonnleitner so. „Schafft die Politik ein positives Klima und Verläßlichkeit, dann soll uns vor der Zukunft nicht bange sein. Unser Berufsstand ist eine gestalterische Kraft“, stellte Sonnleitner kürzlich auf dem Deutschen Bauerntag fest. Mit positivem Klima meint Sonnleitner wohl die Milliardensubventionen, die aus dem EU- und Bundeshaushalt in die Landwirtschaft fließen. Und das obwohl viele Zweige der Landwirtschaft hohe Zuwächse verbuchen können. Mittlerweile geht selbst vielen Bauern die Subventionswirtschaft zu weit. Auf der einen Seite zahlen sie Tausende von Euro in den sogenannten Absatzfonds, mit dem die CMA (Centrale Marketingesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft), die sich um das Gemeinschaftsmarketing für deutsche Agrarprodukte wie beispielsweise Fleisch, Milch, Geflügel, Eier oder Obst und Gemüse kümmert, Aktivitäten im In- und Ausland finanziert und Märkte erschließt, zum anderen wird die Produktion von Brüssel kontingentiert. Eigentlich sind nur sogenannte „Flaschenhalsbetriebe“, also marktnahe Großhändler, zu der Abgabe an den Fond verpflichtet, diese legen die Kosten jedoch über die Ankaufpreise auf die Landwirte um. Immerhin drei bis vier Prozent des Abgabepreises wird den Bauern da aus dem Kreuz geleiert, der moderne „Zehnte“. Für 1000 Kilogramm Milch fordert der Absatzfond 1,22 Euro für die Bewerbung des Produkts. Ein Stück aus dem Tollhaus, wenn man bedenkt, daß für die Milchproduktion nach wie vor die Quotenregelung gilt.

Trotz aller Gängelei blieb der durch die EU-Erweiterung befürchtete Supergau für deutsche Bauern durch die Öffnung der Märkte aus. Ganz im Gegenteil, bereits seit dem Beitritt der letzten zehn neuen Länder, unter anderem Bulgarien und Rumänien, stieg der Export in diese Staaten um 80 Prozent, denn obwohl deutsche Produkte im globalen Vergleich teurer sind, erfreut sich die hohe Qualität wachsender Beliebtheit. Die Marke „Bio“ hat sich etabliert und in deutschen Supermärkten wurden die Verkaufsflächen für biologisch erzeugte Produkte ausgeweitet, das kommt auch deutschen Landwirten zugute. Allerdings nur denen, die vor Jahren die Zeichen der Zeit erkannt haben und ihre Höfe und Agrarflächen auf biologischen Anbau umgestellt haben, denn der Umstieg auf Bio-Anbau und -Zucht kann bis zu vier Jahre dauern.

Auch die Zeiten von Milchseen und Butterbergen sind vorbei. Bauernverbands-Generalsekretär Dr. Helmut Born sieht „Verknappungstendenzen auf den Lebensmittelmärkten“. Das hat weniger mit der schlechten Ernte zu tun, sondern vielmehr damit, daß vor allem China und Indien als ganz starke Nachfrager auftreten. Doch auch im Reich der Mitte hat man den Trend erkannt. Mit 4,1 Millionen Hektar zertifizierter Bio-Fläche liegt China weltweit an zweiter Stelle nach Australien. Das Potential, biologische Lebensmittel herzustellen, scheint in China immens zu sein. Derzeit werden fast eine Million Hektar Ackerland biologisch bewirtschaftet, auf über zwei Millionen Hektar Fläche wird kontrollierte Wildsammlung betrieben, und rund 700 Farmen befinden sich in Umstellung. Etwa 1600 Verarbeitungsunternehmen sind nach den staatlichen Vorgaben zertifiziert. Über 30 anerkannte Kontrollstellen haben sich in China etabliert – ein Indikator für die enorme Dynamik. In Anbetracht dieser Entwicklung scheint es geboten, die europäische Agrarpolitik der Beschränkung und Subventionierung schnellstens zu überdenken.



Sieht außer dem Regen die EU als Behinderung: Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Foto: ddp

Augenblicklich können deutsche Landwirte noch von der Globalisierung profitieren. Das hat seit letzten Herbst die aus Sicht der Bauern positive Tendenz steigender Erzeugerpreise ausgelöst. Besonders bei Milch sieht Born zur Zeit Preissteigerungen. Während um die Jahrtausendwende die Bauern ihre Milch für ruinöse 25 bis 26 Cent pro Liter abgeben mußten, liegt der derzeitige Preis um die 30 Cent, Tendenz steigend. Die Milch macht's, dieser Slogan gewann auf dem Bauerntag eine neue Bedeutung. Die Mehrheit deutscher Bauern fordert die Abschaffung der Milchquote. Sie regelt, wie viele Liter Milch ein landwirtschaftlicher Betrieb produzieren darf. Jeder Liter, der die vorgeschriebene Menge überschreitet, kostet den Bauern sogar Strafe. Da kann Wachstum teuer werden, mangelnde Planungssicherheit wird zur Investitionsbremse. Wer heute in die Milchquote investiert, könnte ab 2015 auf den Kosten sitzen bleiben, denn dann soll die Quote ohnehin wegfallen. Bis dahin fließen auch aus EU-Kassen Millionen-Subventionen für Produktionsverzicht an deutsche Bauern. Andererseits könnte der Wegfall der Quoten zu einem Preisverfall führen und viele, besonders kleinere Betriebe ruinieren.

Bundespräsident Horst Köhler fordert mit Blick auf die bessere Lage der Bauern, die Senkung der Bezuschussung. Aus dem EU-Topf fließen 40 Prozent an die Landwirtschaft. Viele kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe haben sich mit neuen Erwerbszweigen den Brüsseler Beschränkungen entzogen und gehen neue Wege. Der Bauer wird zum Energielandwirt. Beschränkungen im Getreideanbau werden überwunden, indem das Getreide nicht für die regulierte Nahrungsmittelproduktion angebaut wird, sondern als Brennstoff.

Auch in der Viehzucht hat die Innovation deutsche Landwirte erreicht. Mußte in der Vergangenheit für die Entsorgung von Mist und Gülle viel Geld hingelegt werden, so kann der Landwirt nun damit Geld verdienen. Das Zauberwort heißt Biobrennstoff. So manche Gemeinde konnte sich durch den Bau kleiner und mittlerer Bioenergieanlagen vom örtlichen Stromversorger unabhängig machen. Um das Geschäft anzuschieben, versprach Bundesagrarminister Horst Seehofer auch hier eine verstärkte Förderung für den Bau von Energieanlagen. Offensichtlich wird hier der nächste Subventionstopf ausgeschüttet, noch ehe man das Kerngeschäft, die Nahrungsmittelerzeugung, liberalisiert hat. Der globale Acker ist angelegt, ob deutsche Landwirte in Zukunft davon ernten werden, liegt letztendlich an der Haltung des Bauernverbandes gegenüber der Agrarpolitik, der Regierung und der EU.

Ein brodelnder Hexenkessel

EU-Sondergesandter Christian Schwarz-Schilling verläßt Bosnien und die Herzegowina mit einem unguten Gefühl

Von Wilfried Böhm

Der Balkan wird auch nach einer möglichen Unabhängigkeit des Kosovo ein Problemgebiet für Europa bleiben“, stellte der kürzlich aus dem Amt des internationalen Bosnien-Beauftragten geschiedene deutsche Politiker Christian Schwarz-Schilling in Sarajevo fest. Die Europäische Union (EU) dürfe Bosnien und Herzegowina nicht vernachlässigen. Neben der Polizeimission und der Friedenstruppe Eufor müsse im Land auch politisch mehr Verantwortung übernommen werden. Bisher seien aber entsprechende Vorschläge abgelehnt worden.

Bei der Zusammensetzung der Bevölkerung – muslimische Bosniaken (48 Prozent), orthodoxe Serben (37 Prozent) und katholische Kroaten (17 Prozent) – spiegelt sich „wie in einer Nußschale“ das ehemalige Jugoslawien, das Tito einst mit eiserner Hand zusammenhielt und schließlich durch geschicktes Taktieren zwischen den Weltblöcken durch den Kalten Krieg lavierte.

Der frühere deutsche Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen Schwarz-Schilling war 1982 in die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung berufen worden. Sein politisches Engagement ging über dieses Amt hinaus. Unter seiner Leitung wurde in Deutschland das Kabelfernsehen eingeführt und das Privatfernsehen zugelassen. Als er 1992 von diesem Amt zurücktrat, begründete er diesen Schritt nicht fachlich, sondern als Regierungsmitglied mit seinem Protest gegen die Haltung dieser Bundesregierung im damaligen Jugoslawien-Konflikt.

Hatte ihn schon als jungen Mann die offensichtliche Hilflosigkeit des Westens gegenüber der Niederschlagung des Aufstands der Un-

Ausgewiesener Kenner des Balkan

garn im Jahr 1956 durch sowjetische Panzer betroffen gemacht, von dem obendrein Großbritannien die Weltöffentlichkeit durch sein Suez-Abenteuer ablenkte, so erregten ihn als Bundesminister die Hilferufe, die zwischen 1992 und 1995 aus dem von der damaligen Jugoslawischen Volksarmee eingeschlossenen Sarajevo kamen. In einer hitzigen Diskussion im Bundeskabinett erklärte der hessische Politiker aus Büdingen: „Ich schäme mich, diesem Kabinett anzugehören, wenn es beim Nichtstun bleibt“ und erklärte einige Tage danach seinen Rücktritt vom Ministeramt.

Später war er für ein Jahrzehnt als internationaler Vermittler zwischen den Völkern und Volksgruppen in dieser Balkanregion tätig, die er wie kaum ein anderer kennt.

Anfang 2006 schließlich wurde Schwarz-Schilling auf Vorschlag der Bundesregierung zum Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft für Bosnien und Herzegowina und Sondergesandte der EU ernannt mit der Aufgabe, die Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton aus dem Jahr 1995 zu überwachen und die Installation der Nachkriegsordnung zu beaufsichtigen.

Als zentrales Machtinstrument für diese Aufgabe wurde das „Office of High Representative“ (OHR) in Sarajevo eingerichtet. Grundlage sind die als „Bonner Befugnisse“ („Bonn-Powers“) bezeichneten außerdemokratischen Sondervollmachten, mit denen der Hohe Repräsentant jede gegen die Nachkriegsordnung verstoßende Entscheidung einheimischer Politiker aufheben und die Politiker selbst aus allen Ämtern entlassen kann.

Ende Juni 2007 endete das Mandat des deutschen Politikers. Schwarz-Schilling hatte bereits im Januar dieses Jahres angekündigt, er strebe keine Verlängerung seines Mandates über den 30. Juni 2007 nicht an, obwohl er sich gewünscht hätte, der letzte der Hohen Repräsentanten zu sein. Nun wurde der slowakische Diplomat Miroslav Lajcák sein Nachfolger.

Im Gegensatz zu seinem britischen Vorgänger Paddy Ashdown, der, wie man sagt, sein Amt „mehr im Stil britischer Kolonialherren“ mit immer neuen Dekreten und Entlassungen von angeblich kooperationsunwilligen Politikern ausgeführt hatte, nahm sich Schwarz-Schilling in der Ausübung seines Amtes bewußt zurück und forderte und förderte mehr die Initiative der gewählten Politikern des Landes, gewissermaßen als „demokratisches Lehrstück“ in der Praxis des politischen Geschehens.

Doch zum Abschluß seiner Amtsführung wurde auch der gutwillige und in seinem ständigen, geduldigen Bemühen in den Augen weiter Teile der Bevölkerung erfolgreiche Schwarz-Schilling von den Politgeistern der Vergangenheit eingeholt. Der Massenmord von Srebrenica, zum schrecklichen Symbol der postjugoslawischen Zeit geworden, wurde erneut zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen Bosniaken und bosnischen Serben. Schwarz-Schilling verfüg-

Sarajevo erlebt einen Aufschwung

te, daß die Gedenkstätte für die Opfer von Srebrenica, zu der auch der Friedhof der 8000 Opfer gehört und die wie der Ort selbst auf dem Gebiet der „Republika Srpska“ (RS) liegt, also der serbischen Teilrepublik, künftig unter der Kontrolle des Gesamtstaates stehen soll. Das Parlament der RS reagierte heftig. Dieser Entschluß sei verfassungswidrig und ein „Zugeständnis an die Extremisten“.

Die bosnisch-serbische Polizei solle alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Gemeinde Srebrenica ergreifen, um den geplanten Kontrollentzug zu verhindern. Schwarz-Schillings Nachfolger sieht sich mit einem gefährlichen innenpolitischen Konflikt konfrontiert.

Kommt man nach 15 Jahren wieder in die europäische Schicksalsstadt Sarajevo, dann meint man, diese Stadt nicht wieder zu erkennen. Der Weg vom Flughafen in die Stadt konnte 1992 nur über die berüchtigte „Sniperallee“, die Allee der serbischen Scharfschützen, nur im gepanzerten Fahrzeug zurückgelegt werden.

Im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens und des Endes des kommunistischen Einparteiensystems hatte ein blutiger Bürgerkrieg die Stadt ins Chaos stürzte. Jeder Tag brachte neue Opfer und neue Ruinen. Am 5. April 1992 hatte die Belagerung der Stadt durch die damalige Jugoslawische Volksarmee begonnen, der 14 000 getötete Menschen und 50 000 Verwundete zum Opfer fielen.

Heute pulsiert urbanes Leben in den Straßen der Stadt, unzählige Autos jagen sich in den Straßen, Fußgänger flanieren bis weit nach Mitternacht durch die engen Straßen und Fußgängerzonen der Innenstadt vorbei an unzähligen Restaurants mit südländischem Flair. Internationale Hotelketten haben ihre Bauten errichtet.

Wer genau hinsieht, entdeckt aber auch manche mehr oder weniger versteckten Kriegsruinen und viele notdürftig geflickte Einschußlöcher.

China gehen die Kinder aus

Peking verabschiedet sich von Ein-Kind-Politik, aber Chinesen steht nicht der Sinn nach Großfamilie

Von Albrecht Rothacher

Chinas Kinderpolitik gerät unter Druck. Mehr und mehr Städte und Provinzen verlangen Lockerungen. Den jüngsten Vorstoß unternahm die Provinzregierung von Kanton: Der Grund sind weniger Mitleid mit den Frauen, die Zwangsabtreibungen und Sterilisierungen über sich ergehen lassen mußten, als die sich abzeichnende massive Überalterung der chinesischen Bevölkerung und die sozialen Turbulenzen, die mit massenhaft verwöhnten Einzelkindern und einem unverheirateten Männerüberschuß einhergehen.

Offiziell feiert die Pekinger Führung ihre Ein-Kind-Politik noch als großen Erfolg. Ohne sie gäbe es 1,7 Milliarden Chinesen, 400 Millionen hungrige Münder mehr, deren Nichtexistenz dem Lande viele Umwelt- und Wohlstandsprobleme ersparten, wird argumentiert. Tatsächlich aber sind die sozialen Folgeprobleme des Kindermangels unübersehbar. Ganze Landstriche sind nur noch von Alten, Kranken und Behinderten bevölkert, denn aus den Dörfern haben sich die Jugend und das produktive Mittelalter als Wanderarbeiter in die Metropolen der Ostküste aufgemacht. Dort sehen sich die Behörden mit der Sorge um die unversorgten Heerscharen unversicherter Alter völlig überfordert. Drei Viertel aller Chinesen haben keine Rentenansprüche, 95 Prozent keine Krankenversicherung. Jeder muß in Angst vor Krankheit und Altersarmut leben. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl jener weitgehend unversorgter Alten von derzeit 145 Millionen auf 440 Millionen verdreifachen. Wo die Familien noch intakt sind, hat ein Nachgeborener für seine zwei Eltern- und womöglich noch für vier Großelternteile zu sorgen. An einen eigenen Hausstand ist dann kaum mehr zu denken.



Schlechte Perspektive: Er wird einst allein für Eltern und Großeltern sorgen müssen. Foto: AP

Die staatliche Zwangsabtreibungspraxis hat dazu geführt, daß seit Jahren wesentlich mehr weibliche Embryos getötet werden als männliche. Damit besteht in China (ähnlich wie übrigens auch in Indien) ein Jungmännerüberschuß von 118 Knaben zu 100 Mädchen. Arme Bauern, städtische Unterschichtler können sich dann den Traum vom eigenen Familienglück abschminken. Soziale Delinquenz, wachsende Prostitution, Homosexualität, Massenkriminalität sind die von den Behörden befürchteten, nunmehr eintretenden Folgen. Ohnehin sind bei den von ihren Eltern verwöhnten chinesischen Einzelkindern schon jetzt Verhaltensauffälligkeiten wie Kontaktscheue und ein selbstsüchtiges Auftreten nach einschlägigen Untersuchungen als Massenphänomen unverkennbar.

Immer wieder kommt es auf dem Land und in den Minderheitengebieten von Tibet und Xinjiang zu Massenprotesten gegen die periodischen Razzien gegen Schwangere und die folgenden Zwangsabtreibungen, die selbst vor dem Kindesmord im Geburtsvorgang nicht haltmachen. Doch selbst wenn es zu Lockerungen kommen sollte, ist es unwahrscheinlich, daß die chinesischen Einzelkinder der Großstädte zur Praxis der fruchtbaren Großfamilien ihrer Vorväter zurückkehren werden. In der Millionenstadt Kanton etwa liegt die Geburtenrate bereits weit unter der behördlich gesetzten Quote.

Meldungen

El-Kaida droht Iran mit Krieg

Bagdad – Sollte Teheran weiter mit der Regierung in Bagdad zusammenarbeiten, droht die irakische El-Kaida dem Iran mit Krieg. Dies geht aus einer Videobotschaft des Oberhauptes des sunnitischen „Islamischen Staats Irak“ aus, der die schiitische Regierung im Iran darauf hinweist, daß sich das Terrornetzwerk schon seit vier Jahren auf einen Schlag gegen den Iran vorbereite. Die Regierung Ahmadinedschad unterstützt finanziell den Wiederaufbau im Irak.

Kritik an religiöser Rechten

Hartford – Der Senator des US-Staates Illinois und mögliche Kandidat der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahl, Barack Obama, hat die religiöse Rechte in den USA heftig attackiert. Er wirft ihnen vor, den Glauben „entführt“ zu haben und ihn dazu zu mißbrauchen, Christen gegeneinander aufzubringen. „Bei jeder Gelegenheit haben sie evangelikalen Christen gesagt, daß Demokraten ihre Werte verachten und ihre Kirche nicht mögen, während sie dem Rest des Landes einflüstern, religiöse Amerikaner sorgten sich nur um Themen wie Abtreibung, Homo-Ehe, Schulgebet und Schöpfungslehre“, sagte Obama. Die konservative „Christliche Koalition“ habe früher sogar Steuersenkungen für Reiche auf ihrer Prioritätenliste ganz nach oben gesetzt. „Ich weiß nicht, welche Bibel sie lesen, aber das stimmt mit meiner Ausgabe nicht überein.“ *idea*

Turbulenzen

Wien: SPÖ bricht Wahlversprechen

Von R. G. Kerschhofer

Hohe Wellen gab es zuletzt wieder um die Untersuchungsausschüsse über Eurofighter und Bankenaufsicht. Für Erregung sorgte zudem Verteidigungsminister Darabos (SPÖ), der begriff, daß der Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag unmöglich oder zu teuer wäre. Ohne die ÖVP zu informieren, handelte er mit EADS einen „Rabatt“ von 370 Millionen Euro aus. Der besteht darin, daß es statt 18 nur 15 Maschinen gibt, die nicht von der bestellten zweiten, sondern der bescheideneren ersten Modellserie und zum Teil nicht neu, sondern gebraucht sind.

Ein von der FPÖ gegen Darabos eingebrachter Mißtrauensantrag wurde von den Regierungsparteien zwar abgelehnt, aber es gab ein Novum: Die Grünen stimmten dem Antrag zu – bisher hatten sie alle FPÖ-Initiativen abgelehnt, selbst wenn sie inhaltlich den grünen Vorstellungen entsprachen. Zeitweilig hatten sogar ÖVP-Abgeordnete mit dem Mißtrauensantrag geliebäugelt, aber das hätte wohl das Ende der Koalition bedeutet. Immerhin will Vizekanzler und Finanzminister Molterer (ÖVP) den „Rabatt“, der auf eine Verteuerung hinauslaufen dürfte, durch den Bundesrechnungshof prüfen lassen.

Das miserable Koalitionsklima hinderte die Regierungsparteien nicht daran, die Arbeit der zwei Parlamentsausschüsse für beendet zu erklären. Abschlußberichte gibt es nicht, und acht Monate öffentlicher Schmutzwäsche bleiben ohne konstruktives Resultat. Dafür kommt die im Koalitionspakt enthaltene Einführung eines Mindestlohns von 1000 Euro brutto bei Vollzeitarbeit – nicht per Gesetz, sondern durch Einigung zwischen Wirtschaftskammer und ÖGB. Die Schattenregierung der Sozialpartner gibt also wieder kräftige Lebenszeichen.

Bundeskanzler Gusenbauer muß sich vorwerfen lassen, nun schon zwei SPÖ-Wahlversprechen gebrochen zu haben, nämlich Abschaffung der Studiengebühren und Eurofighter-Storno. Glücklos blieb er auch in Guatemala City, wo das Olympische Komitee über die Winterolympiade 2014 zu entscheiden hatte: Die Spiele gingen nicht an Salzburg, sondern an Sotschi.

Niederlage: Sotschi, statt Salzburg

Es gab aber ein Nachspiel: Wladimir Putin rief seinen Amtskollegen Heinz Fischer an und drückte die Hoffnung aus, daß die Sotschi-Entscheidung keinen Schatten auf die Beziehungen werfen möge. Wird sie nicht, denn österreichische Firmen – Strabag, Seilbahn- und Lifterzeuger, Hotelbetreiber – werden in Sotschi, wo noch fast alles gebaut werden muß, ungleich mehr verdienen als in Salzburg, wo das meiste schon vorhanden ist.

Fazit: Während anderswo politische Frustration die Folge wirtschaftlicher Probleme ist, herrscht hier politische Frustration – und die Wirtschaft blüht trotzdem. Vielleicht braucht man gar keine Regierung.

Wende im Fall Lockerbie?

Libyen wird nicht mehr als Schurkenstaat benötigt, dafür aber der Iran

Von R. G. Kerschhofer

Als Tony Blair Ende Mai vom Abschiedsbesuch bei Muammar El-Gaddafi Milliarden-Aufträge für die Rüstungsindustrie und für die jahrzehntelang aus Libyen verbannte British Petrol (BP) mitbrachte, gab es prompt Gerüchte und Verdächtigungen: Man habe im Gegenzug ausgehandelt, daß der wegen Sprengung einer PanAm-Maschine verurteilte Libyer Megrahi seine lebenslängliche Strafe daheim absitzen könne.

Nun, Megrahi wurde nicht überstellt. Doch Ende Juni kam eine schottische Justiz-Kommission zu dem Schluß, daß die Beweisführung gegen ihn arge Fehler enthielte und das Höchstgericht den Fall neu aufrollen solle. Das heißt nicht zwangsläufig, daß dies tatsächlich geschieht und Megrahi, der stets seine Unschuld beteuerte, freigesprochen wird. Bemerkenswert ist aber, daß dieselbe Kommission, die seine Einsprüche bisher ablehnte, diesen jetzt stattgab, obwohl keine neuen Argumente vorliegen.

Zunächst ein Rückblick: Am 21. Dezember 1988 wurde eine PanAm-Maschine über der schottischen Ortschaft Lockerbie durch eine Bombe zum Absturz gebracht, wobei alle 259 Personen an Bord und elf weitere den Tod fanden. Es gab mehrere Bekenneranrufe, meist mit nahöstlichem Hintergrund. Doch für die veröffentlichte Weltmeinung stand fest, daß Libyen dahinter stecke. 1991 benannten die USA und Großbritannien zwei libysche Geheimdienstleute und verlangten deren Auslieferung. Anfang 1992 – die Sowjetunion war soeben zerfallen – verhängte der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, die 1993 noch verschärft wurden.

Nach jahrelangem Tauziehen wurden die Beschuldigten 1999 ausgeliefert – an ein schottisches Gericht, das in Den Haag tagen sollte. 2001 wurde der eine Libyer freigesprochen, Megrahi hingegen verurteilt. Das Urteil wurde im Berufungsprozeß 2002 bestätigt. Libyen verpflichtete sich zur Zahlung von Entschädigungen an die Hinterbliebenen – 100 000 Dollar je Opfer. Die UN-Sanktionen wurden 1999 ausgesetzt und 2003 aufgehoben. Libyen verzichtete 2003 auf „Massenvernichtungswaffen“ und wurde 2006 von der „schwarzen Liste“ der USA gestrichen. US-Firmen sind wieder im Geschäft.

Was aber bewog die schottische Justiz-Kommission zu ihrer Entscheidung? Hier die wichtigsten Punkte: Megrahi, der in Malta einen Bombenkoffer als unbegleitetes Gepäckstück aufgegeben haben soll, war zum fraglichen Zeitpunkt möglicherweise gar nicht in Malta. Und die gefundenen Zünderfragmente passen nicht zu den von einer Schweizer Firma legal an Libyen gelieferten Zündern. „Am Absturzort gefunden“ wurden die Fragmente von einem CIA-Mann, der später wegen Fälschung von Beweismitteln gefeuert wurde. Eine Expertise besagt zudem, die Explosion sei nahe der Außenhaut des Flugzeugs erfolgt und könne daher nicht vom Gepäckabteil ausgegangen sein.

Doch warum sollte Libyen Unschuldige ausgeliefert haben? Vermutlich, weil der zu erwartende Freispruch eine Blamage für die USA gewesen wäre. Wenn Megrahi aber unschuldig sein sollte, warum zahlte Libyen trotzdem 2,7 Milliarden Dollar? Weil der Schaden durch fortgesetzte Sanktionen weitaus größer gewesen wäre! Libyen hat entgegen weitverbreiteter Behauptungen nie die Verantwortung für den Anschlag übernommen, sondern nur „für das Handeln seiner Vertreter“. Das ließe auch Rückforderungen zu.

Wenn aber Libyen rehabilitiert wäre, wer ist dann der Täter? Prompt hat man einen neuen Schuldigen zur Hand, den Iran. Schon 1988 gab es „Verdachtsmomente“, nämlich ein Tatmotiv: Rache dafür, daß der US-Kreuzer „Vincennes“ am 3. Juli 1988 über dem Golf eine iranische Zivilmaschine mit 290 Insassen „für eine angreifende iranische F-14 gehalten“ und abgeschossen hatte. Ein iranischer Überläufer „bestätigte“ 2000 die Iran-Hypothese, wurde aber wegen konfuser Aussagen nicht ernst genommen. Nun sieht es allerdings ganz anders aus: Es mehren sich die Stimmen von Analytikern, die einen Angriff auf den Iran noch in diesem Jahr für beschlossene Sache halten. Demnach ginge es also wie beim Irak 2003 nur noch um die propagandistische Vorbereitung mit entsprechendem „Beweismaterial“. Eine beängstigende Perspektive.

Chronik einer Eskalation

Am 1. September 1969 wird der von den Westmächten eingesetzte libysche König durch eine vom damals 27jährigen Oberst Gaddafi angeführte Offiziersjunta gestürzt. Verstaatlichung von Finanzwesen und Ölwirtschaft. Großbritannien und die USA müssen ihre Militärbasen räumen. 1973 erklärt Libyen – im Widerspruch zum Seerecht – die große Syrte, eine an drei Seiten von libyschem Gebiet umgebene Meeresbucht, zum Hoheitsgewässer. In der Folge halten die USA dort mehrmals demonstrativ Manöver ab, was zu Scharmützeln führt. 1979 erstürmt eine wütende Menschenmenge die US-Botschaft, Abbruch der diplomatischen Beziehungen. 1981 Abschuß von zwei libyschen Flugzeugen über der Syrte. 1985 erklärt Ronald Reagan Libyen, den Iran, Nordkorea, Kuba und Nicaragua zu „Schurkenstaaten“, weil sie diverse Untergrundbewegungen unterstützen (je nach Standpunkt und Zeitpunkt „Befreiungsbewegungen“ oder „Terroristen“).

Am 26. März 1986 versenken die USA in der Syrte mindestens zwei libysche Kriegsschiffe. Am 4. April werden bei dem Anschlag auf die Berliner Disco La Belle zwei US-Soldaten und eine Türkin getötet. Am 17. April bombardieren die USA Tripoli und Benghasi, wobei ein Wohnsitz Gaddafis zerstört, Gaddafi aber nicht getroffen wird. Der Lockerbie-Anschlag gilt bis heute als Vergeltung für dieses Bombardement. *RGK*

»Moment mal!«



Tacheles auf dem Integrations-Gipfel?

Von Klaus Rainer Röhl

Am Wochenende war in Deutschland viel los. Boxweltmeisterschaft vor 40000 boxlüsternen Frauen und Männern mit „unserem" Klitschko in der Köln-Arena. Klarer Sieg für unseren Favoriten. Schwulenparade mit 100000 Gästen. Großer Erfolg für die Sache der Schwulen. Und Popsänger sangen für das Klima, weltweit. Ganz großer Erfolg für die Sänger, man wird es an ihren Umsatzzahlen ablesen. Während die Popsänger mit ihren luftverschmutzenden Privatjets und Riesenlimousinen schon wieder abgedüst sind und längst wieder in ihren energieschluckenden Villen sitzen, zog der Welt-Alltag wieder ein in die Nachrichten vom Tage.

Und dieser weltweite Alltag besteht weiter aus Kriegen, Morden, Attentaten, Brandstiftungen und Vergewaltigungen überall auf der Welt. Besetzung der Roten Moschee in Pakistan, Entführungen, Frauen und Kinder als Soldaten und Geiseln, viele Tote, Tote im Partisanenkrieg der Taliban von Afghanistan, Raketenangriffe und Bomben in Israel und Palästina, Krieg in Darfur und Somalia mit ungezählten Toten, und dann allabendlich die Selbstmord-Attentate im Irak, 120 Tote an diesem Wochenende. Ein furchtbarer Welt-Alltag. Praktisch müßten die Popsänger jeden Tag dagegen ansingen, koste es, was es wolle. Geht ja nicht. Wir wissen ja, daß das mit den Terminkalendern der Gesangstars und Schauspieler nicht zu vereinbaren ist, aber das Elend ist groß genug, um ihren Einsatz zu rechtfertigen.

Wenn man die Schreckensmeldungen und Morde dieser Woche zusammenzählt, fällt auf, daß fast alle etwas gemeinsam haben: Sie haben etwas mit der muslimischen Religion zu tun. Ob Pakistan oder Afghanistan, ob Israel oder Gaza, ob Somalia oder Darfur, ob Iran oder Irak. Stets geht es um Moslems, die Kriege untereinander oder gegen die USA und deren Verbündete führen, oder mit Selbstmordattentaten oder Entführungen für die Einführung – oder Einhaltung – des radikalen Gesetzes der „Scharia" und deren besondere Behandlung der Frauen kämpfen, der Steinigung bei Ehebruch (der Frau). Jedes Mittel ist Recht im Heiligen Krieg, auch Betrug und Heuchelei.

Die muslimische Religion, gegründet im siebten Jahrhundert vom Propheten Mohammed und weitergeführt von seinem Schwiegersohn Ali, und nur sie allein auf der Welt besitzt noch soviel Anziehungskraft, um dafür zu sterben und zu töten. In unserem Jahrhundert der mobilen Raumstationen, der biologischen Roboter und der Stammzellenforschung hat der Islam so viel Anziehungskraft, um alle diese Kriege dafür zu führen und alle diese Verbrechen zu begehen.

Gewiß haben wir Christen gut reden. Auch in unserer Geschichte wurden im Namen der Religion Länder überfallen, gefoltert, getötet und gemordet, der letzte blutige Waffengang in Europa, bei dem es eigentlich nur um Unterschiede in der Auslegung des Christentums ging, verödete fast den ganzen Kontinent und tötete die Hälfte seiner Bewohner. Aber das ist lange her. Unter Berufung auf eine alleinseligmachende Religion wird heute überall in der Welt von Muslimen getötet, gemordet und verstümmelt. Und der Islam breitet sich aus. Aus seinen Reihen kommen die „Dschihadisten", die Gotteskrieger, die Selbstmordattentäter, die Todesflieger vom 11. September 2001 und die Bombenleger von Madrid, London, Paris, in Moskau und anderswo.

Sind alle Moslems Terroristen? Natürlich nicht. Aber alle Terroristen sind Moslems. Unter Berufung auf die muslimische Religion und den „Heiligen Krieg" wird gemordet. Todesmutig und heimtückisch, wie es dieser Krieg erfordert.

Während sich deutsche Soldaten unter dem Dach der Uno an dem Kampf gegen die Islam-Terroristen der Taliban in Afghanistan beteiligen, während deutsche Sicherheitsdienste und Innenminister versuchen, unser Land gegen die Gefahr durch weltweit operierende oder isoliert handelnde islamische Terrorkommandos zu schützen, ist unsere Kanzlerin in dieser Woche beschäftigt, die im Lande wohnenden Moslems, vornehmlich Türken und Araber, zu integrieren.

Zusammen sind das einige Millionen Menschen, die in Deutschland leben. Die sollen nützliche Mitglieder der Gesellschaft werden. Am liebsten mit deutschem Paß.

Zu diesem Zweck hat die Kanzlerin am Donnerstag zu einem „Integrations-Gipfel" aufgerufen. Nicht zum erstenmal, es hat im Sommer 2006 schon einen Gipfel gegeben, auf dem viel süßes Brot verteilt und viele süße Reden gehalten wurden und, wie man damals leichtfertig behauptete, es war „ein voller Erfolg". Es war auch mehr eine Party. Diesmal aber soll es ans Eingemachte gehen. Die Zugewanderten sollen Maßnahmen gutheißen, die in einem gerade endgültig verabschiedeten Gesetz beschlossen wurden. Die Sprache des neuen „Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes" ist unzweideutig. Und jedermann weiß, daß damit besonders die Muslime gemeint sind, denn die Maßnahmen sollen die ungewünschten Zuwanderung minderjähriger, sprachunkundiger, oft zwangsweise in die Ehe gezwungener „Importbräute" verhindern, die bisher unkontrolliert nach Deutschland einreisten. Als Ehefrauen und Mütter lebten sie nach aller bisherigen Erfahrung isoliert von der übrigen Gesellschaft in unseren Städten. Nach ihrer Bestimmung bringen sie möglichst rasch viele Kinder zur Welt und ziehen sie auf nach ihren mittelalterlichen Sitten und Gebräuchen, aber ohne einen Ton Deutsch mit ihren Kindern zu sprechen, das sie ja selber nicht beherrschen. Die meist analphabetischen Mädchen aus den ländlichen Provinzen können nicht einmal korrektes Türkisch. Auch wenn die Kinder schulpflichtig werden, sprechen sie zu Hause nur türkisch und leben in einer ländlichen Welt. Die Folge sind Absonderung und Ghettobildung und häufig Schulversagen der Kinder, eine abgebrochene Schulausbildung oder ihre gänzliche Ausschulung. Die Ghettobildung ist gewollt.

Die Fürsprecher dieser Absonderung, darunter auch deutsche Grünenpolitiker, wollen, wie die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek ihnen vorwirft, möglichst viele Türken nach Deutschland bringen, die hier einen Staat im Staat bilden und nach fundamentalistischen Regeln leben können, die in der Türkei nicht erwünscht sind. Während das Kopftuch, das Symbol der Unterwerfung der Frau, dort gesellschaftlich geächtet ist, sollen sie es hier unangefochten tragen. Das Gesetz, das der Bundestag beschlossen und der Bundesrat gerade gebilligt hat, richtet sich denn auch gar nicht gegen Einwanderung, sondern nur gegen die Herausbildung dieser immer größer werdenden „Parallelgesellschaft", durch Nicht-Integration der Zuwanderer. Aus denen man mal eben mit Hilfe von ein paar Sprachkursen Deutsche machen will. Als ob damit das Problem gelöst wäre.

Geladen sind auch die sogenannten „Aussiedler", Deutschstämmige aus Rußland und dem übrigen Ostblock, den nach wie vor laut Grundgesetz einzig legalen Einwanderern, deren Integration aber wegen mangelnder Sprachkenntnisse und Anpassung ebenfalls zu wünschen übrig läßt. Aber jedermann weiß, daß das Hauptproblem des „Gipfels" die Muslime und ihre selbsternannten Interessenvertreter sind. Wird es wieder eine schöne Party? Diesmal aber drohen sie sogar mit einem Boykott des Treffens oder mit einem Eklat. Wegen des neuen Gesetzes. Werden sie der Kanzlerin die Schau stehlen? Oder dient ihre Verweigerung nur dazu, auf Umwegen doch noch die stillschweigende Duldung der Parallelgesellschaft herauszuverhandeln, das heißt türkische Enklaven auf deutschem Boden, unterstützt mit deutschem Geld? Ist es das?

Eine besondere Rolle spielt dabei die türkische Religionsgemeinschaft Ditib. Was ist Ditib? Weder eine Yoghurtsoße zum Dippen noch die intelligente Suchmaschine zum Eintippen von Daten, sondern die angebliche Vertretung der hier lebenden Millionen Türken (Deutschland hat mehr türkische Einwohner als die Großstadt Antalya!). Die „Vertretung" ist weder von den hier lebenden Türken gewählt noch sonst, etwa basisdemokratisch, legitimiert. Sie ist ganz einfach eine Institution des türkischen Ministeriums für Religion (Religionsamt) und von ihm gegründet, finanziert und natürlich auch geleitet. Ihre Funktionäre sind Angestellte des türkischen Staates.

Es fragt sich: Was haben das türkische Religionsamt und seine Funktionäre auf einem Integrations-Gipfel zu suchen?



„Stadtteilmutter": Djamila Boumekik (r.) berät in Berlin die aus Marokko zugewanderte Nabila Sarhgine bei der Suche nach einem Kindergartenplatz. Boumekik gibt als Stadtteilmutter hauptberuflich Starthilfe zur Integration. Foto: ddp

Poesie, Fiktionen und Visionen

Die Münchner Ausstellung »Architektur wie sie im Buche steht« ist jetzt in Hamburg zu sehen

Von Silke Osman

Stets habe ich bisher, in allen stories of fiction, mit neugierigem Bedauern vermißt, daß der Dichter einmal seine räumliche Vision dem Leser vorgelegt hätte", schrieb der Schriftsteller Arno Schmidt 1950 an den Rowohlt Verlag. „Beim Lesen ist es ja stets so, daß der Leser sich die Szenerie in ein kurioses Eigenland verlegt; sollte es nicht von größtem Wert sein, wenn er auch einmal erführe, wie sich der Poet selbst so die Lokalitäten gedacht hat?!"

In einer Ausstellung des Architekturmuseums der Technischen Universität München konnte man sich vor kurzem ein Bild von fiktiven Bauten und Städten machen, die Dichter und Schriftsteller im Lauf der Jahrhunderte ersonnen haben. Nun ist es dem Altonaer Museum in Hamburg gelungen, diese sehenswerte Schau in den Norden der Republik zu holen. Derzeit sind in der Außenstelle des Museums, dem reizvoll an den Hängen der Elbe gelegenen Jenisch Haus, diese Visionen und Fiktionen zu sehen.

„In der Ausstellung ‚Architektur wie sie im Buche steht' geht es nicht um real existierende Bauten und Städte, die schon seit der Antike in Dichtungen und Romanen eine Rolle spielten, sondern um die von Schriftstellern erfundene Architektur, die nach deren Angaben mehr oder weniger genau konkretisiert werden kann", betonen die Ausstellungsmacher. Beschriebene fiktive Bauten und Städte werden durch Modelle, Pläne, Zeichnungen, Buchillustrationen oder Filmausschnitte sichtbar gemacht. Mehr als 250 Exponate aus internationalen Museen, Archiven und Sammlungen wurden dafür zusammengetragen. Entstanden ist so eine Schau, die aufmerksame und geduldige Besucher braucht. Solche, die sich die Muße nehmen, einerseits die Exponate genau zu betrachten, andererseits die Erläuterungen eingehend zu studieren. So wird man zweifelsohne auf seine Kosten kommen und vieles entdecken können, das zum eingehenderen Studium des literarischen Werks des einen oder anderen Schriftstellers durchaus anregt.

Sortiert nach einzelnen Themen, die mit Überschriften versehen sind wie „Legendäre und sagenumwobenen Orte", „Handlungsräume und Tatorte", „Dichtung wird Architektur", „Ideale Städte – Ideale Gemeinschaften", wird dem Besucher der Ausstellung eine bunte Vielfalt präsentiert, die Lust macht zum Forschen, Assoziieren und natürlich zum Lesen.

„Die Macht und Kraft der fiktiven Orte ist ein Thema, das immer wieder neu und aktuell ist", betont Winfried Nerdinger, Direktor des Münchner Architekturmuseums, im Katalog zur Ausstellung (39 Euro). „Adalbert Stifters statisch biedermeierliches Idyll des ‚Rosenhauses' liefert konservatorischen Architekten ein Gegenmodell zur industrialisierten Welt", erläutert Nerdinger. „Gartenstädte wurden Jahrzehnte vor ihrer Verwirklichung erdichtet, Kafkas ‚Schloß' dient weltweit als Symbol für die gnadenlose anonyme Macht der Bürokratie, und der Kalte Krieg ist in der Insel der ‚Gelehrtenrepublik' Arno Schmidts topographisch fixiert worden. Um Dichtung zu verstehen, verlangte Vladimir Nabokov von seinen Studenten, die Räume und Orte der Dichtung präzise nach den Angaben der Dichter nachzuvollziehen. Die Visualisierung fiktiver Räume hilft, tiefer in die von der Literatur angebotenen Erklärungen der Welt einzudringen, sie ist ein wichtiger Teil der ‚Kunst des Lesens'."

Das Papierhaus: Entwurf nach Carlos Maria Dominguez, Modell aus dem Jahr 2006
Foto: Architekturmuseum der TU München

Der Besucher wandert durch die einzelnen Abteilungen der Ausstellung, blättert in ihnen sozusagen wie in einem Buch. Da begegnet man auf einem Stich von Melchior Küsel dem Turm zu Babel, einem Bauwerk, das die Menschheit seit Jahrtausenden fasziniert, oder der sagenumwobenen Gralsburg, die Hans Thoma in einem Gemälde dargestellt hat. Ein „Kapitel" weiter geht es um Handlungsräume und Tatorte. Ein nur aus Büchern bestehendes Papierhaus macht auf seine Weise den Inhalt der Ausstellung deutlich. Unverkennbar die „Villa Kunterbunt" der Pippi Langstrumpf, als Modell in der Ausstellung vertreten. Unheimlicher ist da schon das Haus des Rats Krespel, der zunächst nur die Mauern errichten ließ, um dann Fenster und Türen hinausschlagen zu lassen. So berichtete der Königsberger E. T. A. Hoffmann in seiner Meistererzählung um den geheimnisvollen Rat.

Thomas Bernhards Roman „Korrektur" regte Lun Tuchnowski an, einige Modelle des in dem Roman beschriebenen Kegels zu fertigen. Überhaupt ließen sich Architekten oft von Dichtern inspirieren. Das mußte nicht so weit gehen wie bei dem real existierenden Schloß Lichtenstein am Steilabfall der schwäbischen Alb. Die Vorlage hierfür findet sich in einem Roman von Wilhelm Hauff. Auch die Königsberger Architekten-Brüder Bruno und Max Taut ließen sich von einem Dichter inspirieren, als sie sich mit Glasarchitektur beschäftigten. 1913 war der Asteroidenroman „Lesabéndio" des Danzigers Paul Scheerbart erschienen und hatte „eine ganze Architektengeneration verhext", wie die „Süddeutsche Zeitung" schreibt. 1914 erregte Bruno Taut mit seinem Glashaus auf der Werkbund-Ausstellung in Köln einiges Aufsehen.

In einem weiteren „Kapitel" sind Zeichnungen zu entdecken, die Schriftsteller fertigten, um sich selbst zunächst die Handlungsorte ihres Romans zu verdeutlichen. Theodor Fontane ist dabei wie auch Günter Grass oder Friedrich Dürrenmatt. Umberto Ecco ging mit seinen Skizzen für seinen Roman „Der Name der Rose" da noch weiter, er skizzierte auch die einzelnen Typen der Klosterbrüder. Der Besucher der Ausstellung erhält so einen Einblick in den Entstehungsprozeß der Texte.

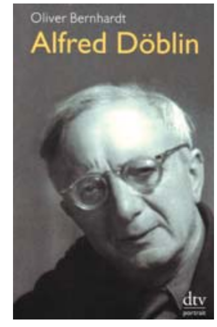
Die Fülle der auf relativ knappem Raum versammelten Exponate ist schier unfaßbar, um so mehr verlockt sie zu einem ausführlichen Studium.

Die Ausstellung „Architektur wie sie im Buche steht – Fiktive Bauten und Städte in der Literatur" ist im Jenisch Haus – Museum für Kunst und Kultur an der Elbe, Baron-Voght-Straße 50, 22609 Hamburg, dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 5 / 3,50 Euro, öffentliche Führungen sonntags 15 Uhr, bis 30. September.

Eine packende Biographie

Ich schreibe Bücher – einerseits – und habe Familie, kenne viele Menschen, übe eine praktische Tätigkeit, kümmere mich um Allerlei – andererseits", schrieb Alfred Döblin, der Dichter und Arzt, einmal. „Geschieht nun eine Umschaltung, wenn ich aus dem einen in ein Buch steige und umgekehrt? Wenn es Sie interessiert, wie ich ein Buch mache und nebenbei die richtige Straßenbahnlinie finde, so will ich Ihnen sagen: Es ist die einfachste Sache der Welt. Man macht alles nacheinander."

Wen es nun wirklich interessiert, wie Alfred Döblin, der am 10. August 1878 in Stettin geboren



wurde, eines oder auch mehr Bücher „machte", wie er als Schriftsteller lebte und arbeitete, was er als Mediziner erlebte, der kann alles in einer neuen Biographie nachlesen, die Oliver Bernhardt in der Reihe „dtv portrait" für den Deutschen Taschenbuch Verlag gerade rechtzeitig zum 50. Todestag des Dichters (26. Juni) vorlegte (188 Seiten, zahlreiche Abb., brosch., 10 Euro).

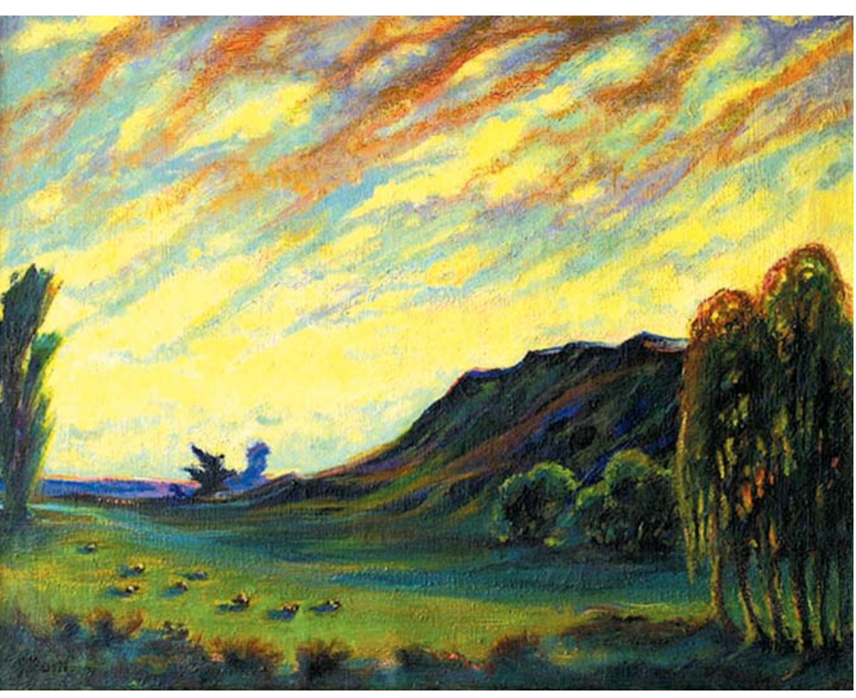
Der Autor versteht es, Alfred Döblin, den in Deutschland meist vergessenen Dichter aus dem pommerschen Stettin, wieder lebendig werden zu lassen und anschaulich von dessen Werk zu sprechen, ein Werk, das weitaus mehr umfaßt als den zweifach verfilmten Roman „Berlin Alexanderplatz" (siehe auch *PAZ* Nr. 25 / 07). Eine packende Biographie, spannend erzählt. *SiS*

Eine Erfindung der Neuzeit

»Von der Seele der Landschaft«: Eine Berliner Galerie zeigt Werke verschiedener Künstler aus der Zeit um 1900

Die Landschaft als eigenständiges Motiv der Malerei ist eine Erfindung der Neuzeit. Obwohl schon Albrecht Dürer im ausgehenden Mittelalter sehr ausführliche, genau beobachtete und bildwirksame Landschaften zumeist als Aquarell gemalt hatte, dienten ihm diese aber ausschließlich als Studien für die Bildhintergründe seiner Gemälde. Und genau dies war seinerzeit – und noch für viele Jahrhunderte – die Rolle der Landschaft in der Malerei: Sie diente als Folie, vor der sich das eigentliche Motiv, sei es ein Porträt oder eine historische, biblische oder mythologische Szene abspielte. Mit Nicolas Poussin (1594–1665) änderte sich diese Auffassung nachhaltig:

Die zumeist mythologischen Figurengruppen traten stärker zurück und nahmen von nun an immer mehr den Charakter von Staffagefiguren an, welche die groß angelegten und klassisch ausgewogen komponierten Landschaften zu beleben hatten.



Elfriede Thum: Abendstimmung an der Oder (Öl, um 1920) Foto: gbw

Erst mit den Romantikern zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Landschaft ein ganz eigenständiges Bildmotiv, das nun auch keine „Rechtfertigung" mehr durch wie auch immer gearteten Figurengruppen benötigte. Caspar David Friedrichs (1774–1840) menschenleere Gebirgs- oder Strandschilderungen kamen oft genug auch ohne Staffagefiguren zur Geltung und wirkten allein durch ihre stimmungsvolle Ausführung „beseelt". Die Impressionisten schließlich hatten es sich zum Ziel gesetzt, weniger die Landschaft selbst zu malen, als vielmehr das Licht, das auf ihr lag. Sie hielten mit schnellen Strichen flüchtige Stimmungen fest, Momentaufnahmen sozusagen, welche das einstmals als bloßen Hintergrund verstandene Motiv nun geradewegs zum Leben zu erwecken schienen. Sie führten die durch die Romantiker eingeleitete „Beseelung" der Landschaft fort und ließen diese manchmal selbst wie ein Wesen erscheinen, aus dessen Leben sie einen flüchtigen Augenblick einfingen.

Künstler wie Max Liebermann oder auch Eugen Bracht führten diese Sichtweise zum Ausgang des 19. Jahrhunderts in Deutschland ein und halfen sie, auch durch ihre Lehrtätigkeit an den Akademien, an die junge Künstlergeneration zu vermitteln und somit zu verbreiten. Insbesondere Eugen Bracht prägte durch seine über 20jährige Tätigkeit als Professor für Landschaftsmalerei an der Berliner Akademie jene Generation von Künstlern, deren Werke in einer Ausstellung der Berliner Galerie Barthelmes & Wischnewski zu besichtigen sind. Gezeigt werden unter dem Titel „Von der Seele der Landschaft – Berliner Landschaftsmalerei um 1900" 50 Arbeiten verschiedener Künstler. *gbw*

Die Ausstellung in der Galerie Barthelmes & Wischnewski, Giesebrechtstraße 10, 10629 Berlin, ist montags bis freitags von 10 bis 13 Uhr und von 14.30 bis 18.30 Uhr, sonnabends von 11 bis 15 Uhr, geöffnet, bis 24. August. Weitere Informationen sind auch im Internet auf der Seite www.gbw-berlin.de zu finden.

Das haben sie Emil Tischbein abgeschaut

Berliner Museum für Film und Fernsehen schickt Kinder auf die Fährte von Verbrechern

Von SILKE OSMAN

Der junge Filmfreund war zunächst einmal begeistert von den lustigen Namen der einzelnen „Bandenmitglieder“. „Gustav mit der Hupe“ und Pony Hütchen hatten es ihm besonders angetan. Dann die tolle Szene, in der die ganze Rasselbande hinter dem gemeinen Dieb her war, der Emil Tischbein beklaut hatte. Auch später konnte man sich nicht satt sehen (oder lesen) an dem dramatischen Geschehen in Erich Kästners Roman „Emil und die Detektive“. Obwohl schon 1929 geschrieben, war er auch Jahrzehnte später noch eine spannende Lektüre. Das meinten auch die Filmemacher, denn schließlich wurden Emils Heldentaten sechsmal verfilmt.

„Kästner begründete mit ‚Emil und die Detektive‘ zugleich eine Tradition von Kinderkrimis, in denen Kinder Verbrechen aufdecken und Täter überführen“, erläutert Gerlinde Waz, Kuratorin der Ausstellung „Auf heißen Spuren“, die zur Zeit im Berliner Museum für Film und Fernsehen – Deutsche Kinemathek zu sehen ist. „Was für ein Perspektivwechsel“, so Waz. „Kinder werden ernst genommen und sind nicht mehr Opfer eines Verbrechens, sondern nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand. Vorgegeben hat Kästner damit auch das wichtigste Merkmal jeder Kinder-Detektivgeschichte: Das gemeinsame Ermitteln, die Freundschaft stehen ab jetzt im Mittelpunkt der Handlung.“ Dieses Thema hat auch Astrid Lindgren in ihren drei Kalle-Blomquist-Romanen 1946, 1951 und 1953 aufgegriffen. Der findige Kalle, der schon immer Detektiv hat werden wollen und für Hercule Poirot, Lord Peter Wimsey und Sherlock Holmes schwärmt, wird bei seinen Ermittlungen von seinen besten Freunden Anders Bengtson und Eva-Lotte Lisander tatkräftig unterstützt. Astrid Lindgren, die vor 100 Jahren in Schweden geboren wurde, kannte sich aus mit Kriminalfällen, hat sie doch einige Zeit als Stenographin für den schwedischen Professor für Kriminalistik Harry Söderman gearbeitet.

Die ganz gewöhnliche Hausfrau aus der Stockholmer Dalagatan, die erst spät anfing zu schreiben, eroberte vor allem mit ihren Pippi-Langstrumpf-Büchern die Herzen ihrer jugendlichen Leser. Astrid Lindgren starb am 28. Januar 2002 im Alter von 94 Jahren in ihrer Stockholmer Wohnung Dalagatan 46, in der sie über 60 Jahre lang gelebt hatte.

Die Engländerin Enid Blyton übertraf die Schwedin Lindgren, indem sie allein ihren „Fünf Freunden“ 21 Bände widmete. Enid Blyton wurde 1897 in London geboren. Sie wollte schon als Kind Schriftstellerin werden, war aber erst Kindergärtnerin und gab diesen Beruf auf, um zu schreiben. Ihr erstes Kinderbuch erschien 1922. Es folgten zahlreiche Bücher, die sie schon zu Lebzeiten zu einer der erfolgreichsten Kinderbuchautorin der Welt machten. Blyton starb 1968 in London.

Die Bücher der beiden Autorinnen sind typisch für dieses Genre. Sie plädieren nicht mehr für blinden Gehorsam, sondern für Eigenständigkeit und Selbstvertrauen der Kinder. Gerlinde Waz: „Selbstbestimmt widmen sich die Kinder einer großen Aufgabe, nämlich mutig und klug Verbrechen zu bekämpfen und ein bißchen mehr Gerechtigkeit walten zu lassen. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch deutsche Fernsehserien wie ‚B.A.R.Z‘, ‚Die Pfefferkörner‘ oder ‚TKKG‘ greifen auf diese Vorbilder zurück, ebenso die Detektivgeschichten für die ganz Kleinen wie ‚Ein Fall für Freunde‘ oder ‚Drei Dschungeldetektive‘.“



Auf heißen Spuren: Erste Begegnung mit den Meisterdetektiven Foto: Kinemathek

Ob nun als Zeichentrickfilm, als Serie oder als Spielfilm – der Kinderkrimi ist aus dem deutschen Fernsehen nicht mehr wegzudenken. Kein Wunder also, wenn sich das Berliner Museum für Film und Fernsehen einmal ganz diesem Thema widmet. „Zu den vielen Lieblingsfiguren im Fernsehen zählen der Detektiv Conan und die Geheimagentin Kim Possible“, erläutert Gerlinde Waz und fragt: „Was haben diese Figuren, was andere nicht haben? Und was fasziniert die Kinder an der Welt des Verbrechens, und warum wollen sie oft selbst Detektiv sein? Wie ermitteln Kinderdetektive? Was unterscheidet sie von den erwachsenen Ermittlern? Welche Vorbilder haben sie? Und schließlich, wie greift das Fernsehen solche Detektivgeschichten für Kinder auf und welche genrespezifischen Serien präsentiert das deutsche Fernsehprogramm?“ Antworten auf diese „erwachsenen“ Fragen will die Berliner Ausstellung geben.

Doch auch Kinder sind in dieser Ausstellung willkommen. Sie können dort lesen, hören und sich Filmausschnitte ansehen. Sie können aber auch selbst aktiv werden und ihre Beobachtungsgabe schärfen. Sie gehen auf Spurensuche und können sogar selbst ein Phantombild erstellen, schließlich gilt es, ein kleines Verbrechen aufzuklären. Als Belohnung winkt ein professionell gestalteter Detektivausweis mit Foto und Namen des Meisterdetektivs. – 300 Quadratmeter gefüllt mit purer Spannung.

Die Ausstellung „Auf heißen Spuren – Meisterdetektive im Museum“ für Kinder von vier bis 14 Jahren ist im Museum für Film und Fernsehen – Deutsche Kinemathek, Potsdamer Straße 2, 10785 Berlin, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, zu sehen, Eintritt 6 / 4,50 Euro, bis 31. Dezember.

Als das Kino Sprachen lernte

Mit der Einführung des Tonfilms wurden entweder mehrere Versionen gedreht oder die Stars mit neuer Stimme versehen

Von TIMO BUSCHKÄMPER

Mit der Einführung des Tonfilms steht die Filmindustrie vor einem existenzgefährdenden Problem. Wie soll man dem einheimischen Kinopublikum fremdsprachige Filme präsentieren? Zu Hilfe kommt ihr dabei die Synchronisation des gesprochenen Wortes. Aus dem Altgriechischen übersetzt meint es das Herstellen von Gleichlauf. Die dem Begriff entlehnte Bezeichnung der filmischen Nachvertonung verhilft dem noch jungen Wirtschaftszweig endgültig zum globalen Siegeszug.

Bis Mitte der 1930er Jahre sind die Verantwortlichen gezwungen, Filme in mehreren Sprachversionen zu drehen. Davon werden auch Leinwandgrößen wie Greta Garbo, Buster Keaton oder Laurel und Hardy nicht verschont.

Da sich die Film-Untertitelung in Deutschland nicht durchsetzen kann, setzt man hierzulande früh auf den Einsatz deutscher Synchronsprecher. Diese richten sich nach der geschlagenen Klappe, die den Beginn oder das Ende einer Filmszene markiert. Der Ton des Klappenschlages ist bei der Nachvertonung richtungsweisend, um die Dialoge im Studio sequenzunterteilt neu einzusprechen.

Um eine Tonnachbearbeitung überhaupt zu gewährleisten, muß das Verfahren zunächst vom bislang üblichen Nadelton auf den neuartigen Lichtton umgestellt werden. Diese Neuerung erlaubt eine synchronisierte Bild- / Tonpräsentation, weil der Ton direkt auf dem Filmstreifen angebracht ist. Im Kindesalter dieser neuen Erfindung ist jedoch keine separate Nachvertonung einzelner Schauspieler möglich, ganze Sequenzen müssen umständlich nachvertont werden.

Das ändert sich erst mit der Erfindung des Magnetbandes. Die Firma BASF entwickelt aus magnetisierbaren Material sogenannte Tonbänder. Das Aufzeichnungsmedium kann den Ton zunächst allerdings nur in Mono verarbeiten.

Mit Hilfe von Mehrspurrekordern werden Dialoge, Geräusche und Musik getrennt auf einzelne Tonspuren aufgezeichnet und zum fertigen Filmton zusammengemischt. Auf den Originaltonbändern muß die ursprüngliche Dialogspur dann nur noch durch die landessprachliche Fassung ersetzt werden.

Während des Dritten Reichs wird die Synchronisation bewußt zur Manipulierung und Täuschung der Zuschauer eingesetzt. Die Protagonisten des Kassenschlagers „Casablanca“ aus dem Jahr 1942 werden beispielsweise in einer stark gekürzten Fassung als gewöhnliche Ganoven dargestellt, um die Umsatzchancen auf dem deutschen Kinomarkt zu erhöhen.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg überschwemmt eine Welle fremdsprachiger Originalfassungen die deutschen Kinos. Ein Umstand, der beim heimischen Publikum auf wenig Gegenliebe stößt und den Ausbau der hiesigen Synchronisationsindustrie forciert.

Die neue Wirtschaftskraft verstärkt das Interesse der amerikanischen Filmindustrie zu Beginn der 1950er Jahre. Einige US-Filmverleiher machen aus der deutschen Synchronisation ein wohlgehütetes Geheimnis. Um die deutschen Zuschauer in dem Glauben der universalsprachlichen Fähigkeiten der Hollywoodstars zu lassen, sucht man in den Vor- und Abspännen damaliger Metro-Goldwyn-Mayer-Filme vergeblich nach den Verantwortlichen der akustischen Nachbearbeitung.

Die Digitaltechnik hat mittlerweile auch die Synchronisierung vereinfacht und verkürzt die Tonnachbearbeitung eines Spielfilmes auf wenige Tage.

Von Band oder Festplatte werden die Sätze dem Sprecher zugespielt, wobei mit Hilfe moderner Computertechnik die Sprechsequenzen mit dem Bild elektronisch verkoppelt sind. Per akustischem Signal wird dem Sprecher signalisiert, wann sein Part beginnt, während das System die Geräte immer wieder automatisch zurück an den Ausgangspunkt spult, bis die Aufnahme gelungen ist.

Eingefleischte Cineasten bemängeln seit jeher den Stimmenraub und die Verfälschung der Originaldialoge. Unter dem Strich ist das revolutionäre Verfahren der Synchronisierung jedoch als fortschrittliche Entwicklung zu bewerten – ohne daß persönliche Fremdsprachenkenntnisse zwangsläufig dabei auf der Strecke bleiben müssen.



Am Mischpult: Hier wird der Ton nachbearbeitet. Foto: Ehrhardt

Wer spricht wen?

Viele Filmstars wurden im Laufe ihrer Karriere von mehreren deutschen Sprechern synchronisiert. Hier eine Liste von Sprechern, die sich in das Bewußtsein der einheimischen Zuschauer gebrannt haben, weil sie zur Unverwechselbarkeit des jeweiligen Leinwandhelden in Deutschland beigetragen haben:

Wolfgang Draeger spricht Woody Allen
Jürgen Thormann spricht Sir Michael Caine
Gert Günther Hoffmann spricht Sir Sean Connery
Frank Glaubrecht spricht Kevin Costner
Edith Schneider spricht Doris Day
Gerd Martienzen spricht Louis de Funès
Christian Brückner spricht Robert de Niro
Dietmar Schönherr spricht James Dean
Manfred Lehmann spricht Gerard Depardieu
Gerrit Schmidt-Foss spricht Leonardo Di Caprio
Volker Brandt spricht Michael Douglas
Petra Barthel spricht Nicole Kidman
Peter Matic spricht Sir Ben Kingsley
Walter Bluhm spricht Stan Laurel
Georg Thomalla spricht Jack Lemmon
Horst Gentzen spricht Jerry Lewis
Marion Degler spricht Sophia Loren
Klaus Miedel spricht Dean Martin
Margot Leonard spricht Marilyn Monroe
Randolf Kronberg spricht Eddy Murphy

Die Frauen haben keine Chance

Überall ausliegende Kondome schützen gerade Ehefrauen nicht vor Aids

Von Rebeccca Bellano

Wir müssen Afrika helfen", kamen die mahnenden Appelle zum G8-Gipfel von allen Seiten. Mit Geld, mit Medikamenten, mit Bildung und Wissen soll der Westen die Afrikaner retten. „Wie kann der Westen uns sterben lassen, sind wir weniger wert", fragten aidskranke Bewohner des schwarzen Kontinents in die bereitstehenden Kameras.

Die Aktionen waren ergreifend, und kaum einer konnte sich ihnen verschließen, doch wer sich näher mit dem Thema auseinandersetzte, stellte fest, daß trotz aller Medienpräsens und Informationskampagnen wichtige Fragen unbeantwortet blieben.

Daß der Westen lebensverlängernde Medikamente für HIV-Infizierte zu teuer anbietet, das erfährt man. Doch wieso stecken sich Hunderttausende jedes Jahr neu an? Dabei haben einige Länder eine Krankheitsquote von 30 Prozent – also jeder dort Wohnende kennt Menschen, die an Aids sterben. Diese müßten doch Warnung genug sein. Und kennt man südlich der Sahara keine Kondome?

Die Kanadierin Stephanie Nolen hat als Afrika-Korrespondentin bereits aus über 20 Ländern dieses Kontinents berichtet. Die in Südafrika lebende Journalistin hat nun in „28 Stories über Aids in Afrika" 28 individuelle Schicksale aufgeführt, welche die Komplexität der Probleme, die mit Aids zu tun haben, schildern. 28 Schicksale – eins für je eine Million Afrikaner, die in den nächsten Jahren an Aids sterben werden.

„Was in Afrika passiert, ist ein Völkermord aus Gleichgültigkeit. Aber nicht ein Volk, sondern Hunderte Völker – die Matswana, die Masotho, die Zulu, die Shona, die Matebele … – verschwinden", so Nolen, bevor sie anfängt zu erklären, warum die schlechte Stellung der Frau in Afrika eine der schwerwiegendsten Ursachen für die Verbreitung von Aids ist. Ein Großteil der infizierten Frauen – ob Bäuerin oder Lehrerin – sind finanziell und gesellschaftlich von ihrem Ehemann abhängig, doch diese erweisen sich nicht als monogam, haben in manchen Regionen sogar mehrere Ehefrauen. Diese schlafen mit ihrem Mann, obwohl sie wissen, daß dieser infiziert ist. Die Folge ist, daß die Ehefrauen ebenfalls krank werden und das Virus an ihre Kinder weitergeben. Ihr Leiden und ihre Schuldgefühle beschreibt Nolen anschaulich.

Auch wurde über zwei Jahrzehnte in den meisten der 54 afrikanischen Staaten die Aids-Seuche heruntergespielt. Informationen gab es kaum. „Siphiwe hatte damals noch nie von Kondomen gehört, sie wurden in Swasiland nicht öffentlich verkauft. Der Arzt dort sagte ihr, ohne einen Brief ihres Mannes könne sie keine Verhütungsmittel bekommen." Selbst unter Geschwistern wurde nicht darüber gesprochen. Wer sich zu der Krankheit bekannte, wurde und wird häufig ausgegrenzt, gar als Hexe beschimpft. Von Siphiwes 24 Geschwistern leben noch sechs, was zur Folge hat, daß deren Kinder häufig als Waisen aufwachsen, ohne direkte Bezugsperson, denn auch Onkel und Tante sind tot. Doch ohne jemanden, der sich um das Wohl und die Ausbildung dieser verlorenen, häufig über die Eltern infizierten Generation kümmert, kann Afrika nie seine Armut überwinden.



Stigma: Noch immer lassen zu wenig Afrikaner sich auf Aids testen, da sie die Gewißheit fürchten. Foto: ddp

Die vielen Grenzkriege auf dem Kontinent gingen laut Nolen mit Vergewaltigungen einher, so daß sich auch so die Seuche weiter verbreitet. Zudem müßten sich viele Frauen in Flüchtlingslagern verkaufen, um ihre Kinder durchzubringen.

Doch auch in Friedenszeiten verbreitet sich das Virus rasant. Lkw-Fahrer Mohammed Ali erklärt der Autorin, wieso er sich infiziert hat, denn „ein Mann muß jeden Tag Sex haben", denn ohne Sex könne er gesundheitliche Schäden erleiden. Kondome – umständlich und unter seiner Würde. Die Frau daheim sei aber angeblich HIV-negativ.

Despotische Herrscher, Kriege, Armut, die schlechte Stellung der Frau, gesellschaftliche Tabus, schlechte hygienische Bedingungen in Krankenhäusern, das Ego der Männer – das sind nur einige Gründe für die Verbreitung von Aids. Da in Indien der Patentschutz westlicher Medikamente nicht gilt, werden hier Präparate günstig nachgemacht, und so kommen inzwischen immer mehr HIV-infizierte Afrikaner in den Genuß dieser Medikamente. Doch auch das hatte Folgen, wie die Autorin belegt. Da viele Kranke aufgrund der Tabletten nicht mehr merken, daß sie krank sind, leben sie normal weiter und haben auch ungeschützten Sex mit noch gesunden Personen.

Bevor die Menschen in Afrika nicht ihr Verhalten ändern, bringen auch Milliarden US-Dollar nur Linderung, aber keine Lösung. Doch die Journalistin Nolen nennt auch Positiv-Beispiele. Da Südafrikas Regierung einsehen mußte, daß sie mehr Soldaten durch Aids als durch Kämpfe verloren hat – sieben von zehn Todesfällen –, wurden die Aufklärungsmaßnahmen verstärkt.

***Stephanie Nolen: „28 Stories über Aids in Afrika"**, Piper, München 2007, brosch., 462 Seiten, 16 Euro*

MELDUNGEN

Aids hält Afrika in Armut

Friedrichsdorf – Die meisten der acht Millenniums-Entwicklungsziele aus dem Jahr 2000 können in Afrika nur erreicht werden, wenn Aids erfolgreich bekämpft wird. Das betont das christlich-humanitäre Hilfswerk World Vision. „Wenn wir Aids nicht stoppen, hat das verheerende Auswirkungen auf die Entwicklung der ärmsten von Aids betroffenen Länder", so Aids-Experte Marwin Meier. Kinder und Mütter würden krank, der Ausfall von Arbeitskräften bremse die wirtschaftliche Entwicklung, und Kinder hätten nicht genügend Bildungsmöglichkeiten, weil Lehrer an Aids stürben. Die Zahl der HIV-Infizierten und Aids-Kranken in den Entwicklungsländern steige nach wie vor an. In Afrika haben sich in diesem Jahr 4,3 Millionen Menschen neu infiziert, 2,9 Millionen Menschen starben an Aids. In den Entwicklungsländern haben nur 28 Prozent der Infizierten und Kranken Zugang zu lebenserhaltenden Medikamenten. Die Zahl der Aids-Waisen erhöht sich vermutlich innerhalb der nächsten fünf Jahre von jetzt 15 Millionen auf 20 Millionen. *idea*

Kirche wird Armenkaufhaus

Saarbrücken – Erstmals soll aus einer Kirche ein Kaufhaus werden. Der evangelische Kirchenkreis Saarbrücken will die Alte Kirche in der Innenstadt umnutzen. Geplant ist ein Gebrauchtwarenladen für sozial Schwache als Ergänzung zu sozialen Beratungsstellen im Erdgeschoß der von 1725 bis 1727 erbauten Alten Kirche. *idea*

Makedonien als »Mehrwert« für die EU

PAZ-Autor Wolf Oschlies im Gespräch mit Staatspräsident Branko Crvenkovski und Außenminister Antonio Milososki

***PAZ:** Herr Präsident, Makedonien hat mit dem Ohrid-Abkommen von 2001 akute Minderheitenprobleme aus der Welt geschafft. Wie hat sich die Lage seither entwickelt?*

Crvenkovski: Makedonien war 2001 mit der Gefahr eines interethnischen Kriegs konfrontiert, aber es hat sich damals als atypisches Beispiel für den Balkan gezeigt. Anderswo – etwa in Bosnien, Kroatien oder im Kosovo – wurde erst Krieg geführt, dann verhandelt. Wir haben uns gleich an den Verhandlungstisch gesetzt, einen politischen Vertrag ausgehandelt und so den drohenden Krieg verhindert. Durch diesen Vertrag haben wir neue Werte in unserer Verfassung und politischen Ordnung verankert, nämlich allen das Gefühl der Gleichheit und Gleichberechtigung vermittelt, unabhängig von ihrer ethnischen oder konfessionellen Zugehörigkeit. Und wir bewiesen, daß so etwas möglich und durchführbar ist. In den vergangenen sechs Jahren hat es in Makedonien keine Spannungen oder Zwischenfälle im Verhältnis zu den ethnischen Minderheiten gegeben.

***PAZ:** Ihr Vorgänger Boris Trajkovski (am 26. Februar 2004 bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen) sagte in seinem letzten Interview, daß ab dem Moment der offiziellen Bewerbung Makedoniens um eine EU-Mitgliedschaft es von den Makedonen allein abhängen werde, ob sie sich dafür reif und fähig erweisen werden. Haben sie sich erwiesen?*

Crvenkovski: Wenn man von heute zurückblickt, dann hat sich diese Aussage des früheren Präsidenten Trajkovski als zu optimistisch herausgestellt. Die Dinge haben sich inzwischen verändert, und von uns Makedonen hängt nicht mehr alles allein ab. Die neuerliche Verfassungsdebatte innerhalb der EU hat eine Situation geschaffen, daß nämlich zahlreiche



Branko Crvenkovski (*1962)

EU-Mitglieder skeptisch auf eine neuerliche EU-Erweiterung blicken. Was uns aufs höchste besorgt macht, ist die Möglichkeit – und die besteht auch für andere Länder des West-Balkans –, daß wir zwar alle Bedingungen für einen EU-Beitritt erfüllen, aber dennoch keine Erlaubnis zum Beitritt bekommen werden

***PAZ:** Könnte das makedonische Prinzip, die Wahrung des inneren Friedens als Voraussetzung für äußere Sicherheit zu behandeln, Makedoniens EU-Bewerbung Gewicht verleihen? Als Beispiel für balkanische Problemlösung?*

Crvenkovski: Das ist völlig richtig! Die EU steht heute vor einer neuen Herausforderung, die derjenigen gleicht, die vor 50 Jahren bestand, also in den Anfängen der europäischen Integration. Die Gegenwart hat völlig neue globale Verhältnisse in der Welt geschaffen, was auch eine Herausforderung für die EU darstellt. Wenn die EU im globalen Rahmen mit den USA, der Russischen Föderation, China konkurrieren möchte, dann muß sie im eigenen Inneren neue Mechanismen der Beschlußfassung und der Umsetzung von Beschlüssen schaffen, vor allem, was Sicherheit und Außenpolitik angeht. Darin besteht die Herausforderung, und ich kann nur hoffen, daß die heutigen EU-Politiker genügend Entschlossenheit und Visionen haben, um damit zurechtzukommen. Was nun den West-Balkan betrifft, so kann die EU nicht dagegen sein, daß alle Länder dieser Region ihren Platz in der Integration finden. Die vergangenen 15 Jahre, vor allem die Kriege in Ex-Jugoslawien, haben doch offenkundig gemacht, daß es im Interesse der EU selber liegt, präventiv zu wirken.

***PAZ:** Herr Minister Milososki, Ihre politische Konzeption zielt auf eine möglichst enge Zusammenarbeit mit Deutschland ab. Was verbindet Sie persönlich mit unserem Land?*

Milososki: Mich verbinden viele Freundschaften, gute Kontakte und ein politologisches Studium in Bonn, das mir bei meiner Karriere daheim sehr zugute kam. Fast fünf Jahre war ich mit meiner Frau hier und habe mich wie zu Hause und unter Freunden gefühlt. Das ist ein Kapital, das mich motiviert, die Beziehungen zu Deutschland mit erster Priorität zu behandeln. Dazu rät schon die Wirtschaft, denn Deutschland ist einer unserer wichtigsten Außenhandelspartner, und weil Politik und Wirtschaft Hand in Hand gehen, müssen wir das nutzen, um unser gegenseitiges Verhältnis weiter zu vertiefen.

***PAZ:** Im April 2001 wurde Makedonien von der EU mit dem ersten balkanischen Vertrag für Assoziierung und Stabilisierung ausgezeichnet. Inzwischen haben wir 2007. Hat es nach dieser ersten weitere „Auszeichnungen" gegeben?*

Milososki: Gewiß doch! Wir bekamen den offiziellen Kandidatenstatus für den EU-Beitritt. Wie ich immer symbolisch sage, sind wir mit der EU „verlobt" und warten auf einen Termin für den Beginn konkreter Beitrittsverhandlungen – oder (um im Bild zu bleiben) auf einen „Hochzeitstermin". Das fassen wir nicht als Geschenk auf! Wir glauben an uns und halten uns für fähig, alle damit verbundenen Verpflichtungen erfüllen zu können, und erwarten dafür eine Bestätigung.

***PAZ:** Direkter Nachbar Makedoniens ist das Kosovo, um dessen finalen Status derzeit größere politische Aktivitäten laufen. Im Gespräch sind zahlreiche Alternativen. Ist Makedonien auf alle Eventualitäten vorbereitet?*

Milososki: Wir beteiligen uns nicht an der Debatte um den finalen Status des Kosovo. Unsere prinzipielle Position ist, das jedweder finale Status besser als die gegenwärtige Lage sein wird. Der momentane Status quo bringt immer neue Risiken, während eine Statusentscheidung jedem Beteiligten die Verpflichtung auferlegt, zu mehr Sicherheit in der Region beizutragen. Makedonien müht sich, ein freundschaftliches Klima und ein normales Verhältnis zu Prishtina zu schaffen, ohne dabei seine guten Beziehungen zu Belgrad zu vernachlässigen.



Antonio Milososki (*1976)

***PAZ:** Ist es für Sie ein Problem, daß die kosovarischen Politiker behaupten, die Grenze zu Makedonien sei noch nicht endgültig markiert?*

Milososki: Das ist ein Problem für diejenigen, die so etwas behaupten. Jetzt ist Kosovo am Zug, und seine Politiker müssen beweisen, daß sie für Demokratie und für die Übernahme internationaler Verpflichtungen reif sind. Diese Verpflichtungen müssen sie dann erfüllen, um zu beweisen, daß ihre Gemeinschaft oder Entität fähig ist, im Einklang mit internationalen Prinzipien und Normen zu leben. Ich meine, für das angesprochene Grenzproblem werden wir eine Lösung finden und sie optimal umsetzen.

***PAZ:** Wie erklären Sie sich das Paradoxon, daß Griechenland gleichzeitig der größte Investor in Makedonien und das größte Hindernis für dessen internationale Anerkennung unter seinem eigenen Staatsnamen ist? Das betrifft den Streit um den Namen „Former Yugoslav Republic of Macedonia" (FYROM). Für einen Streit wie für die Liebe sind doch zwei nötig, aber wo ist eigentlich der zweite Teilnehmer an diesem Streit?*

Milososki: Es ist wirklich ein Paradoxon: Einerseits hervorragende ökonomische Beziehungen zu Griechenland, andererseits dessen irrationale Gegnerschaft gegen unseren legalen Namen Makedonien, unter welchem wir bereits von 116 Staaten in der Welt anerkannt sind. Da haben die Griechen ein Problem geschaffen, das sie selber ausräumen müssen. Langsam finden sie zu einem Realitätssinn, glauben sich aber immer noch zur Gesichtswahrung verpflichtet. Wir möchten ihnen gern entgegenkommen, jedoch nicht um den Preis unserer nationalen Identität.



Unsagbar viel Leid

Ostpreußin berichtet

In „Der unvergessene Weg“ berichtet Christine Wels in ihrem Erinnerungswerk von ihrer entbehrungsreichen Kindheit in Ostpreußen. Vom Vater geliebt, von der Mutter schikaniert und mit strenger Hand erzogen, wäre es dem Mädchen ohne die innige Verbindung zu ihrer Zwillingsschwester Alice oft schlecht ergangen.

„Mutter hat sich niemals um unsere Schulaufgaben gekümmert und Vater hatte durch seine Arbeit keine Zeit dafür. Bald schon verlor ich die Lust am Lernen, gefolgt von Depressionen. Kurz darauf stellte ich fest, daß der Lehrer die Arbeiterkinder als billige Arbeitskräfte mißbrauchte. In der Pause mußten wir den Hühnerstall ausmisten, das Klo putzen, den Hof fegen ...“

Doch als ob das Leben an sich nicht schon hart genug gewesen wäre, begann der Zweite Weltkrieg mit Flucht, Vergewaltigung und Zwangsarbeit im Gefolge.

„Wir standen wieder auf der Straße und wußten nicht, wohin wir gehen sollten. Die Gruppe trennte sich und jeder versuchte selbst weiterzukommen ... Es war Februar und sehr kalt. Da es bald dunkel wurde, suchten wir nach einem Quartier für die Nacht. So fanden wir einen Stall und wollten eigentlich da bleiben, doch als wir ihn betraten, waren wir alle geschockt. Überall lagen tote Flüchtlinge, Männer, Frauen und Kinder. Einen Mann hatten die Russen mit den Füßen nach oben an einem Balken aufgehängt. Auf einem Schild an seinem Kopf stand: Euer Bürgermeister – SS-Schwein!“

Mit einer erstaunlichen Sachlichkeit berichtet Christel Wels über die grausamsten Ereignisse wie zum Beispiel das Blutbad, welches die Russen unter den Bewohnern ihrer alten Heimat Gr. Pöppel anrichteten.

Bei der Zwangsarbeit auf einer Kolchose hieß es dann für Mutter und Töchter zusammenzuhalten, da kaum eine Frau von den Russen verschont blieb.

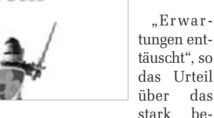
„Ich gehe auch davon aus, daß es Mutter bereits leid tat, mich als Kind so schlecht behandelt zu haben. Vergessen habe ich es trotzdem nicht. Ich denke noch heute darüber nach, was für ein schlechtes Leben ich hatte. Keine gute Kindheit, keine Jugend und obendrein wurde ich noch von den Russen vergewaltigt.“

Als die Freilassung aus der russischen Gefangenschaft nahte, konnte die damals 18jährige sich jedoch zunächst nicht so recht darüber freuen, da sie durch eine Vergewaltigung schwanger war. Erst mit der Abtreibung des ungewollten Kindes war sie bereit für einen Neuanfang.

Doch noch viel Kummer und Leid hat Christel Wels über sich ergehen lassen müssen, ehe sie bei ihrer Schwester in Kevelaer zu Glück und innerem Frieden fand.

Und eigentlich, wird sich so mancher Leser im Verlaufe dieses Buches denken, ist es manchmal ein wahrer Segen, daß wir Menschen nicht in die Zukunft schauen können und somit noch nichts über all das Leid wissen, welches uns auf unserem Lebensweg noch erwartet. *A. Ney*

***Christel Wels: „Der unvergessene Weg“**, Frieling Verlag, Berlin 2007, broschiert, 110 Seiten, 12,90 Euro, Best.-Nr. 6124*



Kein Grund für Lob

Zwei bekannte Redakteure über das Männlichsein

„Erwartungen enttäuscht“, so das Urteil über das stark beworbene Buch „Anleitung zum Männlichsein“. Die Brüder Andreas und Stephan Lebert – der eine Redakteur bei der Wochenzeitung „Die Zeit“, der andere Chefredakteur bei der Frauenzeitschrift „Brigitte“ – hatten ihre neueste Publikation gut in Szene gesetzt, doch obwohl zu dem Thema wirklich viel zu sagen ist, sind die 157 Seiten nur mit vielen kleinen Beispielen aus ihrem Bekanntenkreis gefüllt, umgeben von den Überlegungen der Autoren, dieses Buch zu schreiben. Gut, sie erwähnen, daß der Mann von heute weniger opferbereit sei als sein weibliches Gegenüber, daß Frauen sich auf Männer als Väter nicht verlassen könnten, da diese sich verstärkt eher um ihr Wohl und ihre Zweifel kümmerten als um die Familie im Ganzen, doch die paar Erkenntnisse machen eigentlich keinen Bestseller. Es sind wohl die Vorschußlorbeeren aufgrund des Bekanntheitsgrades der beiden Autoren, die dem Buch so viel Aufmerksamkeit haben angedeihen lassen. Außerdem geht man auch davon aus, daß der Chefredakteur der „Brigitte“ durchaus eine Ahnung haben sollte, wie „Mann“ ist und sein sollte. Abgesehen davon ist es ziemlich merkwürdig, ein Buch über das Männlichsein zu schreiben, ohne Frauen zu Wort kommen zu lassen. Nur in wenigen Kapiteln gehen die Leberts auf die Beschwerden von Frauen ein.

„Anleitung zum Männlichsein, 15a: Ein Mann darf sich nie völlig abhängig machen von seiner Position im Beruf, von seinem Erfolg, vom Grad der Anerkennung, die er hier erfährt. Er muß sich immer der Möglichkeit bewußt sein, gehen zu können, wenn es sein muß, von einem Tag auf den anderen.“ Weisheiten wie diese lesen sich zwar ganz nett, aber bringen nicht die große Erkenntnis. Zudem ist das Buch absolut unwitzig, ohne zugleich als Sachbuch daherzukommen. Überhaupt läßt die Struktur zu wünschen übrig: Da reißen die beiden Mittfünfziger einige Anekdoten an, erzählen sie aber nicht zu Ende, zudem lassen sie den Leser im Unklaren, was der blondierte Kellner, der sie während ihrer Treffen bedient, mit dem Männlichsein zu tun hat.

Zwar kann der Leser zustimmen, daß Männer auch mal Macho sein sollten und Konfrontationen suchen müssen, statt sich im der inneren Emigration mit der Fernbedienung auf dem Sofa zu verbarrikadieren, aber für diese wenigen Aussagen kauft man sich kein Buch. *Bel*

***Andreas Lebert und Stephan Lebert: „Anleitung zum Männlichsein“**, S. Fischer, Frankfurt / Main 2007, geb., 157 Seiten, 16,90 Euro, Best.-Nr. 6251*

Weite Reise ins ferne Land

„Nach der erfolgten Zuweisung der Kabinen äußerte ich dem Zahlmeister der ‚Greifswald‘ gegenüber unseren Wunsch, an der Untergangsstelle der ‚Wilhelm Gustloff‘ über die die Route geht, der Toten zu gedenken.“ Der gebürtige Danziger Horst Ponczek hat in „Weite Reise ins ferne Land Ostpreußen“ Eindrücke von Reisen ins nördliche Ostpreußen in den Jahren 1992 bis 1999 verarbeitet. Sein im Selbstverlag erschienener Band enthält einige Fotos aus dieser Zeit, die auch verdeutlichen, wie viel sich seit den 90er Jahren in der Region in Sachen Wiederaufbau getan hat.



***Horst Ponczek: „Weite Reise ins ferne Land Ostpreußen“**, Brandenburger Straße 33, 38350 Helmstedt, broschiert, 10 Euro*



Gekaufte Experten

Autor mahnt an, daß Politik immer mehr von Lobbyisten gemacht wird

„Wer regiert uns wirklich“, fragt Johann-Günther König in seinem neuen Buch „Die Lobbyisten“ schon im Titelzusatz und macht damit deutlich, daß er die wahre Macht in Deutschland, in der EU, ja auf der ganzen Welt in den Händen wirtschaftlicher Interessenvertreter sieht.

Eigentlich sei Lobbying ja nichts Verwerfliches. „Lobbying bedeutet grundsätzlich – die herkömmlich als demokratisch legitim gewertete – partikulare Interessenvertretung und erfolgt heutzutage auf nationalstaatlicher wie auf übernationaler Ebene durch unterschiedliche Lobbys – durch Verbände, Stiftungen, Handels- und andere Kammern, Unternehmen, Kirchen NGOs, PR- und Public-Affairs-Agenturen, Forschungsinstitute, Initiativen, Landesvertretungen und andere mehr.“ Wie man sieht, ist die Vielzahl der Gruppierungen, die versucht, Politiker in ihrem Sinne für sich einzunehmen, äußerst vielfältig. Interessenvertretung bedeutet auch nicht gleich Beeinflussung im negativen Sinne, Lobbying hingegen hat inzwischen einen schlechten Ruf, da hiermit häufig Einseitigkeit, Korruption und sogenannter Kuhhandel mit assoziiert werden.

Ausführlich beschreibt der Autor, wie Politik, Wirtschaft und Lobbying ineinander übergehen und wie bedenklich es sei, wenn Politiker neben einem Mandat auch in Verbänden, Aufsichtsräten oder ähnlichem tätig sind. Und da viele Minister und Abgeordnete fachfremd seien, würden sie sich auch häufig von den jeweiligen Verbänden beraten lassen. „Gerade auf den immer unüberschaubareren und risikobehafteten Problemfeldern wie etwa der Gentechnologie oder dem Klimaschutz ..., ist die Politik dazu übergegangen, nicht viel mehr zu tun, als unter den vielen Expertisen und Vorschlägen der lobbyierenden Experten beziehungsweise deren Auftraggebern eine Auswahl zu treffen.“ Darüber hinaus kenne man sich und würde auf Seminaren, Kolloquien, Konferenzen, Parlamentarischen Abenden und Abendessen immer aufeinandertreffen.

„Wir machen Politikberatung – keine Politik“, zitiert König die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller, Cornelia Yzer, doch er glaubt ihr nicht.

Am Beispiel von Großbritannien, den USA und Deutschland schildert der Autor die Geschichte des Lobbying und geht dabei vor allem auf die Kaiserzeit und Weimarer Republik ein.

Aber auch die Entwicklungen in der nahen Vergangenheit bis in die Gegenwart werden dargestellt. *R. Bellano*

***Johann-Günther König: „Die Lobbyisten – Wer regiert uns wirklich?“**, patmos, Düsseldorf 2007, geb., 320 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6079*

Das falsche Opfer?

Journalistin ermittelt im Schweden-Krimi

„Die Frau, die man das Kätzchen nannte, spürte das Gewicht der Waffe unter ihrer rechten Achsel ...“ Nach dem ersten Satz aus Lisa Marklunds Roman „Nobels Testament“ fragt man sich, ob man – ungeachtet des festen Einbands und der Dicke des Buches – in ein Jerry-Cotton-Heft geraten ist. Aber keine Sorge, die folgenden fast 450 Seiten bleiben vordergründig zwar spannend, zeigen sich aber auch vielseitig und vor allem vielschichtig, denn in jedem der Handlungsstränge, die Lisa Marklund entwickelt, steckt neben lebendiger Schilderung von Personen, Handlung und Schauplätzen auch eine gute Portion Gesellschaftskritik, ganz in der Tradition schwedischer Kriminalautoren wie des Autorenteams Maj Sjöwall und Per Wahlöö.

Journalistin Annika Bengtzon soll für ihre Zeitung über die Gala-Veranstaltung im Rahmen der Nobelpreis-Verleihung berichten und beobachtet auf der Tanzfläche im Festsaal aus nächster Nähe, wie ein Gast erschossen wird. Für eine Journalistin neben aller Tragik ein Glücksfall – nur, daß Annika als wichtigste Zeugin von der Polizei absolutes Redeverbot erhält.

Verwunderlich an dem Fall erscheint in erster Linie, daß das Opfer des Attentats nicht der frisch gebackene Nobelpreisträger für Medizin selbst ist, sondern dessen Tanzpartnerin, Professorin am Karolinska Institut und Mitglied des Nobelpreiskomitees. Galt der tödliche Schuß, der von irgendwoher aus der Menschenmenge auf dem Parkett abgegeben wurde, nicht eigentlich dem Preisträger? Möglicherweise im Zusammenhang mit seinem umstrittenen Arbeitsgebiet, der Stammzellenforschung?

Das polizeiliche Redeverbot stellt für Annikas Arbeitgeber einen willkommenen Anlaß dar, die Journalistin von ihren Aufgaben freizustellen, so daß sie plötzlich genug Zeit hat, dem Hintergrund für die erschreckenden Ereignisse bei der Nobelpreisgala auf eigene Faust nachzugehen.

Gegen anfängliche Widerstände ihrer Kontaktpersonen taucht Annika nach und nach in die Welt der Wissenschaft ein, blickt hinter die Kulissen der Bewertung von akademischen Leistungen nach den Grundsätzen Alfred Nobels und macht dabei einige überraschende Entdeckungen – ohne allerdings einer Antwort auf die Fragen nach Mordmotiv und Mörder zunächst wesentlich näher zu kommen.

Parallel zu ihren Recherchen versorgt sie Haushalt, Mann und ihre beiden Kinder, organisiert den Umzug der Familie in einen noblen Stockholmer Villenvorort, setzt sich mit ihren eigenen widerstreitenden Lebensgefühlen auseinander – und mit der Krise, in die ihre Ehe mit Thomas gerät. Dann geschieht im Institut ein zweiter Mord ...

Lisa Marklund, Jahrgang 1962, arbeitete als Presse- und Fernsehjournalistin, bevor sie begann, Romane zu schreiben. Der Kriminalroman ist für Lisa Marklund die überzeugendste Literaturform, um gesellschaftskritische Themen zu behandeln. Hier, so Marklund, gehe es um die existentiellsten Fragen der Menschen, um das Leben, den Tod, die Macht.

Die Journalistin Annika Bengtzon ist inzwischen Hauptfigur der meisten Romane Lisa Marklunds, von denen einige bereits verfilmt sind.

Leser dürfen allerdings zunächst einmal gespannt sein, welche erstaunlichen Zusammenhänge Annika unter Gefahr für das eigene Leben in „Nobels Testament“ aufdeckt. *Helen Bauers*

***Lisa Marklund: „Nobels Testament“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2007, geb., 448 Seiten, 22 Euro, Best.-Nr. 6253*



Tödliche Liebe

Ein alter Hamilton-Krimi neu entdeckt

Biertrinker und Melancholiker sollten unbedingt zu diesem Buch greifen. Sie werden begeistert sein. Geben wir es zu: Der Blick des Rezensenten fiel zunächst auf das Titelbild. Dort findet sich eine Dame mit Handschuhen, die fast bis zum Ellbogen reichen. Trotz der „Park Avenue“-Fotos der CSU-Rebellin Pauli wissen wir, daß dies durchaus erotisch und lasziv wirken kann. Der Name des Autors Patrick Hamilton und der Titel „Hangover Square“ sagten dem Rezensenten zunächst nichts. Doch der Klappentext verrät, daß Hamilton der Verfasser der Theaterstücke „Gaslicht“ (verfilmt mit den Darstellern Charles Boyer, Ingrid Bergman und Joseph Cotten) und „Cocktail für eine Leiche“ (Regie Alfred Hitchcock) ist.

Wer war Patrick Hamilton? Stöbert man ein wenig im Netz herum, so erfährt man, daß er am 17. März 1904 geboren wurde und am 23. September 1962 verstarb. Schon sein Vater war dem Alkohol zugetan. Patrick sollte in die gleiche Kerbe schlagen und starb an Leberzirrhose und Nierenversagen. Einer der talentiertesten Schriftsteller Großbritanniens hatte sich von früh an zu Tode gesoffen. In „Hangover Square“ wird ebenfalls eine Menge getrunken. Der traurige Protagonist George Harvey Bone kippt vorzugsweise Bier in sich hinein – von morgens bis abends. Eigentlich ist er ein Ritter von der sehr traurigen Gestalt. Er ist in die Möchtegern-Schauspielerin Netta Longdon vernarrt, die zwar unübersehbar attraktiv, aber auch böse ist. Außer ihrem guten Aussehen hat sie nichts, was einen Mann reizen könnte. Sie hat kein Talent, sie ist nicht loyal, sie geht mit Männern nur aus Berechnung ins Bett. Bone hingegen kuschelt lediglich mit einer Hotelkatze.

Die Liebe ist rational nicht zu ergründen. Und das ist auch gut so. Wie gesagt, derjenige, der kein Gespür für Trübsinn, ein gelegentliches Gläschen und die Abgründe der menschlichen Seele hat, sollte besser die Finger von diesem Buch lassen. Der Roman spielt am Vorabend des Zweiten Weltkriegs im London des Jahres 1939. Immer mehr wird die beruflich erfolglose Netta zur Obsession des „Helden“, der sich von ihr nach Strich und Faden ausnehmen läßt. Sie betrügt ihn und treibt ihn dazu, zu trinken, weil er liebt. Zwischendurch macht es in seinem Kopf „Klick“, dann ist Bone weggetreten und wird vollends zum tumben Tor. Mordphantasien gewinnen zusehends die Oberhand, und es ist klar, daß diese Geschichte für Netta und ihren Verehrer nicht gut ausgehen wird. Wie übrigens die politische Geschichte im Hintergrund auch nicht. Bone ist der einzige, der nicht für Hitler schwärmt, während das Urteilsvermögen der schönen Schauspielerin und ihrer Kumpane deutlich eingeschränkter ist. Die finden die Faschisten schick.

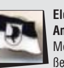
Doch die Politik spielt hier nur eine (nicht unwichtige) Nebenrolle. Wir verfolgen gebannt den Weg ins Verderben, den Bone beschreitet. Leser, die vor allem auf äußere Handlung erpicht sind, werden enttäuscht werden. Denn so viel passiert nach außen hin nicht. Der Hauptakteur läßt sich scheinbar ziellos treiben. Außer Trinken, Zeitung lesen, Spazierengehen und Trübsal blasen macht er eigentlich nichts. Außer lieben und schmachten. Er hat keinen Ehrgeiz und will nichts erreichen im Leben. Er vertrödelt seine Zeit, denn er „wollte nichts, außer Netta“. Diese Verbohrtheit und Vernarrtheit läßt sich nicht kurieren. George Harvey Bone ist unheilbar liebeskrank. Und wir, die Leser, sind dankbar, daß wir an seinem Schicksal teilhaben dürfen. *A. Lange*

***Patrick Hamilton: „Hangover Square“**, Suhrkamp, Frankfurt / M. 2007, 381 Seiten, 12 Euro, Best.-Nr. 6252*

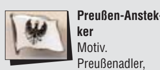


Zeigen Sie Flagge!

Ob für Mütze, Revers oder als Sammlerstück: Flaggen-Anstecker mit emaillierter Oberfläche und Steckverschluss. Maße: ca. 17 x 12 mm



Ostpreußen-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Provinzwappen,
Best.-Nr.: 5889



Preußen-Anstecker
Motiv: Preußenadler,
Best.-Nr.: 6057



Elchschaufel-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Elchschaufel,
Best.-Nr.: 6055

Königsberg-Anstecker
Motiv: Königsberg-Flagge,
Best.-Nr.: 6056

je Anstecker nur € 2,95

Christopher Clark
Preußen
Aufstieg und Niedergang. 1600-1947

Die Zeit ist reif für einen distanzierten, sensibel wägenden Blick auf dieses große Kapitel der deutschen und europäischen Vergangenheit. Christopher Clark schildert den Aufstieg Preußens vom kleinen, an Bodenschätzen armen Territorium um Berlin zur dominierenden Macht auf dem europäischen Festland und schließlich die Auflösung nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Seine brillante Darstellung ist ein Meisterwerk der Geschichtsschreibung.

Geb., 896 Seiten mit 62 Abb. sowie Ktn
Best.-Nr.: 6072 € 39,95

Max Dehler
Der Deutsche Ritterorden
Reprint der seltenen Originalausgabe von 1912



Im Zeichen des schwarzen Kreuzes im Land der Pruzzen
Das prachtvolle Werk „Mit dem Schwert in der Hand und unter dem Namen Gottes eroberten die Ordensherren das Land der heidnischen Pruzzen. Im Schutz ihrer mächtiger Burgen entstanden die ersten deutschen Bauernsiedlungen, die sich schon bald über die gesamte Ostseeküste und bis weit ins Hinterland verstreuten. Die Geburtsstunde des deutschen Ostens hatte geschlagen. Eindrucksvoll und spannend zeichnet Autor Max Dehler die Entstehung und das Wirken des Deutschen Ritterordens nach – von seiner Entstehung, den ersten Kreuzzügen bis hin zur Eroberung der Gebiete an der Ostsee. Dabei beleuchtet er auch die Statuten des Ordens, seine Hochmeister, seine Besitzungen sowie Vermögen, seine Burgen und natürlich die Auseinandersetzungen mit den heidnischen Pruzzen.

Acht herausnehmbare Karten und eine aufschlussreiche zeitgeschichtliche Tabelle veranschaulichen das imposante Werk und ermöglichen dem Leser einen lebendigen Rückblick auf die Taten des Ordens und die damit eng verbundene Geschichte des deutschen Ostens.



Geb., 422 Seiten, Format 14 x 21 cm, 36 s/w Abbildungen, 8 herausnehmbare Karten
Best.-Nr.: 6154
€ 29,90

Buch der Woche

Marina Nemat
Ich bitte nicht um mein Leben
Eine junge Christin entflieht dem iranischen Terrorregime

Mit 16 zum Tode verurteilt!
Marina wird 1965 in Teheran geboren. Sie ist 14 Jahre alt, als Ayatollah Khomeini im Iran die Macht übernimmt. In der Schule rebelliert die junge Christin gegen die islamistische Indoktrinierung, gibt eine verbotene Schülerzeitung heraus. Und dann geschieht das Unfassbare: Eines Abends wird sie abgeholt, im berüchtigten Evin-Gefängnis verhört und gefoltert. Ein Schnellgericht verurteilt sie zum Tode. In letzter Minute wird sie vor dem Erschießungskommando gerettet - von Ali, ihrem Gefängniswärter. Der Preis: Marina muss ihn heiraten. Erst als Ali von radikalen Revolutionswächtern ermordet wird, kann Marina der Gewaltherrschaft der Islamisten entkommen.



Geb., 392 Seiten, einige s/w- und Farbabbildungen, 14 x 22 cm, gebunden, mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 6241, € 12,95

Hubertus Scheurer

Zusammenstellung ausgewählter Texte des Lyrikers, die generationenübergreifend Emotionen zu Liebe, Freundschaft, aber auch Gesellschaftskritik in wunderbare Worte fassen.



Daß Liebe unser Leben durchdringt...
Geb., 142 Seiten
Best.-Nr.:6217, € 12,00

Für Dich
Geb., 139 Seiten
Best.-Nr.: 6225, € 12,00



Nur noch für Dich
Eine Liebeserklärung
Kart., 96 Seiten
Best.-Nr.: 6226, € 9,80

www.hubertus-scheurer.de



A.C. Grayling
Die toten Städte
Die Wahrheit über den alliierten Bombenterror
Geb., 416 Seiten, 16 Seiten s/w-Bildteil
Best.-Nr.: 6084, € 22,95



Jürgen Roth, Rainer Fromm, Rainer Nübel
ANKLAGE UNERWÜNSCHT!
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 6224, € 19,95



Jürgen Roth
Deutschland-Clan
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 5505, € 19,90

Zeitzeugen- Berichte



Also packten wir es an
Deutschland 1945- 1947
43 Geschichten und Berichte von Zeitzeugen
Geb., 377 Seiten
Best.-Nr.:5932, € 12,90



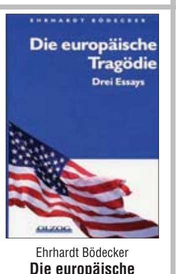
Hungern und hoffen
Jugend in Deutschland 1945- 1950
48 Geschichten und Berichte von Zeitzeugen
Kart., 361 Seiten
Best.-Nr.: 2302, € 12,90



Und weiter geht es doch
Deutschland 1945- 1950
45 Geschichten und Berichte von Zeitzeugen
Geb., 366 Seiten
Best.-Nr.: 4720, € 12,90



Ernst Dietrich v. Mirbach
Prinz Friedrich von Preussen
Ein Wegbereiter der Romantik am Rhein
Kenntnisreich und mit feinsinnigem Humor zeichnet der Autor in diesem Buch das Lebensbild des Prinzen Friedrich von Preußen (1794–1863), einem Neffen des Hohenzollernkönigs Friedrich Wilhelm III. In seiner Zeit als Divisionskommandeur in Düsseldorf (1821-1848) entdeckte Prinz Friedrich sein Herz für die Romantik am Rhein und wurde zu ihrem tatkräftigen Förderer.
Gebunden, 292 Seiten, 128 schw.-w. Abb. u. 12 farb. Abb. auf 12 Taf. 21 x 13,5 cm, Best.-Nr.: 5845, € 24,95



Ehrhardt Bödecker
Die europäische Tragödie
Drei Essays
Geb., 220 Seiten
Best.-Nr.: 6175, € 22,00



Heinz Magenheimer
Kriegsziele und Strategien der großen Mächte 1939 bis 1945
Geb., 232 Seiten
Best.-Nr.: 6053, statt € 27,00 nur noch € 12,95



Michael A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie
„Westverschiebung" und „Umsiedlung" – Kriegsziele der Alliierten oder Postulat polnischer Politik?
Best.-Nr.: 5996, € 24,90

Carl Röchling; Richard Knötel; Woldemar Friedrich
Die Königin Luise – In 50 Bildern für Jung und Alt

Die „Königin des Volkes und der Herzen" wurde wegen ihrer Natürlichkeit und Courage von den Menschen verehrt und genoss hohes Ansehen. Gerade in Preußens schwerster Zeit, während der Besetzung durch Napoleons Truppen, stand sie ihrem Volk tapfer, selbstlos und aufopferungsvoll zur Seite. Mit diesem wahrlich königlichen Bildband wurde der Monarchin ein einzigartiges und beeindruckendes Denkmal geschaffen.







Geb., 104 Seiten, Format: 27 x 21 cm, Reprint der Originalausgabe von 1896
50 farbige Tafeln nach Röchling, Knötel, Friedrich
Best.-Nr.: 4710, € 24,95

Das Buch von den preußischen Königen

Begegnen Sie den preußischen Königen von Angesicht zu Angesicht. Autor Bernhard Rogge stellt Ihnen anschaulich undkenntnisreich alle gekrönten Häupter vor. Dabei spannt sich der Bogen von der Selbstkrönung Friedrich I. über den Soldatenkönig, den kriegerischen und aufgeklärt- absolutistischen „Alten Fritz", den Königen der Unglücks- und Reformjahre bis hin zu den Kaisern des geeinten Deutschlands.



Reprint der Originalausgabe von 1895, 592 Seiten, Format 17 x 24 cm, 9 Brustbilder der preußischen Könige
Best.-Nr.: 5740, € 29,95

Richard Knötel; Fedor von Köppen
Preussens Heer in Bild und Wort .





Von der Gründung des Brandenburgischen Heeres bis zum Aufbau der Kriegsmacht des Deutschen Reiches 1619–1889





Maler Richard Knötel und Autor Fedor von Köppen haben mit ihrem Buch eine faszinierende Bildergalerie geschaffen, die auf einzigartige und farbenprächtige Weise die Geschichte des preußischen Heeres beschreibt und eindrucksvoll darstellt



80 Seiten, Format: 23,5 x 30 cm, Reprint der Originalausgabe von 1890
Best.-Nr.: 4711, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 28/07
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Allmählicher Aufstieg nach tiefem Fall

Die Preußischen Reformer erhielten erst eine Chance, als der Staat nach dem Tilsiter Friedens daniederlag

Von HEINZ KEBESCH

Als Folge des am 9. Juli 1807 mit dem napoleonischen Frankreich geschlossenen Friedens zu Tilsit waren das Staatsgebiet Preußens und seine Einwohnerzahl auf etwa die Hälfte zusammengeschrumpft. Man konnte in der Tat von einem Rumpfstaat sprechen, der zudem auch noch von französischen Truppen besetzt war, so auch die preußische Hauptstadt Berlin. Der preußische Hof und die Regierung residierten in diesen schweren Zeiten in Königsberg (Pr.). Erst Anfang 1809 kehrten sie nach Berlin zurück.

Die wirtschaftliche Lage der preußischen Bevölkerung war katastrophal, besonders in Ostpreußen. Der nordöstliche Teil Preußens hatte durch die Kriegshandlungen sehr gelitten. Viele Ortschaften waren völlig zerstört. Noch im Dezember 1810 war in den meisten ostpreußischen Dörfern kaum ein Gebäude wieder aufgebaut. Die Felder waren seit dem Krieg nicht mehr bestellt worden. Frühere Getreide- und Holzexporte, die zu einer erfolgreichen Vorkriegswirtschaft beigetragen hatten, fielen unter die von Napoleon gegen England angeordnete Kontinentalsperre. Das Fehlen des früher regen Außenhandels hatte erhebliche negative Auswirkungen auf die meisten Wirtschaftsbetriebe. Die Erwerbsmöglichkeiten waren in diesen Zeiten äußerst gering. Beispielsweise war bei den bedeutenden Zweigen des Textilgewerbes Wolle, Baumwolle und Seide die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zur Vorkriegszeit um die Hälfte zurückgegangen.

Hinzu kamen weitere Belastungen. Infolge der französischen Einquartierungen fielen die Mietpreise und ebenfalls die Immobilienwerte. Nach amtlichen Berechnungen preußischer Regierungsstellen betrugen die Unterbringungskosten für die französische Armee rund 218 Millionen Taler. Zu den laufenden Schulden trat noch die französische Kontribution von 120 Millionen Taler hinzu. Noch schwerer als die Bevölkerung mit ihren Privatvermögen traf es den Staat, dessen Finanzen sich in einer noch schwierigeren Lage befanden. Man könnte resümieren, daß die Auswirkungen der militärischen Niederlage Preußens und die damit verbundenen Friedensbedingungen von 1807 alle Bereiche des Lebens der Bevölkerung, des Staates und der Wirtschaft betrafen.

Bei dieser wirtschaftlichen Situation Preußens sollte nicht übersehen werden, daß das vor dem Krieg vorhandene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Preußens keine oder nur wenige Möglichkeiten zu einer moderneren Entwicklung der Wirtschaft geboten hatte. Allerdings war bereits vor 1806 eine größere Reform in Preußen vollzogen worden. Auf den staatlichen Domänen fand eine Bauernbefreiung statt. Durch diese Maßnahme wurden 50 000 Domänenbauern vor 1806 freie Eigentümer. Das waren mehr als später in der ganzen Epoche von 1807 bis 1848. Bei den nach 1807 in Angriff genommenen Reformen blieb es vorerst nur bei Plänen und Absichtserklärungen königlicher Regierungsstellen. Somit gab es auch keine einheitliche, umfassende Reformpolitik, denn die monarchistischen Kreise dieser Zeit, insbesondere im Adel und der Führung der preußischen Armee, verfolgten andere Ziele. Hinzu kam, daß auf allen Reformversuchen in Preußen der entwürdigende und auf Zerstörung gerichtete Friedensvertrag von 1807 lastete. Was den preußischen Reformern vorschwebte und sie auch wünschten, war eine „Revolution von oben" zur Bildung eines ständischen Volksstaates durch Befreiung und Erziehung der Untertanen zu mitverantwortlichen Staatsbürgern. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. stimmte den neuen Ideen zwar zunächst zu, doch war er entschlußschwach und hörte lieber auf den preußischen Adel.

Andererseits konnte Preußen kein zweites Frankreich werden, denn Frankreich war mit seiner völlig anderen Struktur mit Preußen nicht vergleichbar. Die Französische Revolution von 1789 mit den elementaren Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war eine bürgerliche Revolution gewesen. Die französischen Bauern verdankten letztlich ihre Befreiung von ihrer Unterdrückung einem starken Bündnis mit einem revolutionären städtischen Bürgertum, das aber in Preußen nicht vorhanden war.

Führend in der preußischen Reformbewegung war Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1767–1831) aus Nassau / Lahn. Er war ab 1804 preußischer Minister und gab den entscheidenden Anstoß zur Bauernbefreiung im Jahre 1807 und für die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden. Zumindest teilweise wurde auch Bürgerlichen Grundbesitz erlaubt. In dieser von Stein geschaffenen Reform tritt die Ideenwelt der Freiheit des Individuums hervor. Die Städteordnung von 1808 ist fast ausschließlich Steins geistiges Werk. Der Sinn und die Aufgabe der Städteordnung sollte die Erziehung des Bürgers zur Selbstständigkeit sein. Der Staat habe nicht das Recht, den einzelnen Bürger beziehungsweise die Bevölkerung zu bevormunden.

Hinsichtlich der Vertragsverpflichtungen gegenüber Frankreich glaubte Stein zum offenen Widerstand übergehen zu können. Er scheiterte jedoch mit diesen Plänen und mußte auf Veranlassung Bonapartes seine Ministerstellung im Jahre 1808 aufgeben.

Die Reformpläne Steins verwirklichte wenigstens teilweise der preußische Staatskanzler Freiherr Karl August von Hardenberg (1750–1822). Der gewandte Diplomat und liberale Rationalist zielte in seinen Vorstellungen ebenfalls auf Reformen, allerdings im monarchischen Staat ohne Betonung ständischer Selbstverwaltung. Das preußische Kabinett erließ unter dem Vorsitz Hardenbergs in den Jahren 1807 bis 1814 bedeutsame Reformen, die zum Teil auf den Plänen Steins beruhten.

Zu der Bauernbefreiung trat die Abschaffung der Erbuntertänigkeit, die Ablösung der Frondienste durch die Abgabe eines Drittels des Bauernlandes an den Gutsherrn, ferner die Garantie für die Freiheit der Person, des Besitzes und des Berufes sowie die Rechtsgleichheit. Im Rahmen der Judenemanzipation wurde den jüdischen Mitbürgern die preußische Staatsangehörigkeit verliehen. Weitere Reformen betrafen die Selbstverwaltung der sogenannten Besitztümer durch gewählte Stadtverordnete, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die zentrale Verwaltungseinteilung in Provinzen mit einem Oberpräsident, in Regierungsbezirke mit einem Präsidenten und in Kreise mit einem gewählten Landrat an der Spitze sowie die Einrichtung von Fachministerien des Inneren, des Äußeren, der Finanzen und des Krieges.

Die Entwicklung der Bildungsreformen in neuhumanistischem Geist wurde Wilhelm Freiherr von Humboldt (1767–1835) übertragen, auf dessen Initiative im Jahre 1810 die Berliner Universität gegründet wurde. Einer Heeresreform in Richtung auf ein Volksheer nahmen sich Gerhard von Scharnhorst, August Neidhardt von Gneisenau und Carl von Clausewitz an.

Als das Königreich Preußen im Jahre 1813 verbunden mit Rußland in den Krieg gegen Frankreich eintrat, hatte die Reformgesetzgebung für den preußischen Staat das öffentliche soziale Leben teilweise grundlegend verändert. Das Preußen, das sich 1813 anschickte, an der Seite Rußlands und anderer Deutschland und Europa von der napoleonischen Herrschaft zu befreien, war nicht mehr jenes der Schmach von Jena und Auerstedt.



Öffentliche Verbrennung britischer Schmuggelware: Wie tief Preußen gesunken war, zeigte sich auch darin, daß es mit seiner Beteiligung an der französischen Kontinentalsperre gegen Großbritannien, zu der es sich im Tilsiter Frieden verpflichtet hatte, nicht nur gegen seine eigenen Wirtschaftsinteressen handelte, sondern auch auf der Seite seines Bezwingers und Besatzers an einem Wirtschaftskrieg gegen einen eigenen Verbündeten im Vierten Koalitionskrieg teilnahm. Foto: Archiv

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 14. Juli 2006

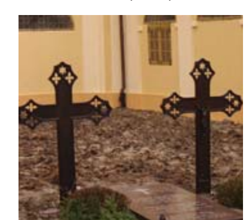
MELDUNGEN

Gewinner ausgelost

Hamburg – Der Gewinner der „Traumreise nach Masuren“ steht fest: Der Preis geht an die Tochter zweier Ostpreußen und ihren 14jährigen Sohn.

Reise zur Einweihung

Springborn – Von Simmern im Hunsrück aus führt Peter Teschner vom 4. bis zum 14. August dieses Jahres eine Gruppenreise mit Vertriebenen aus dem Kreis Koblenz ins südliche Ostpreußen durch. Höhepunkt soll dabei die Einweihung einer Wegkapelle und einer Gedenkstätte zur Erinnerung an die Vertreibung von Deutschen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg im Wallfahrtsort Springborn, Kreis Heilsberg am 10. August sein. Nicht ohne Stolz verweist Teschner darauf, daß der Stein auf seinen Vorschlag hin aus dem Ermlandlied die Worte „Vor Krieg und Pest, Feuer, Wasser- und Hungersnot bewahre uns, o Herr“ in deutscher wie polnischer Sprache enthält. Ein weiteres Ziel der Reise soll es sein, Kontakte zur deutschen Volksgruppe zu knüpfen. Bei der elftägigen Busreise werden des weiteren die Orte Stettin, Danzig, Frauenburg am Frischen Haff, Braunsberg, Heilsberg, Rößel, Heiligelinde, Guttstadt, Thorn, und Gnesen besichtigt. Als weitere Glanzlichter der Reise werden ein Festgottesdienst in Springborn und ein Schiffsausflug genannt. Informationen, auch zu den Zustiegsmöglichkeiten in Bonn, Köln und an den Autobahnraststätten der A2, A1 und A 10, erteilt gerne Teschner, Leipziger Straße 10, 56075 Koblenz, Telefon (02 61) 5 39 47.



Gedenkstätte Foto: Teschner

Einig über Grenzübergang

Rehfeld / Heiligenbeil – Beiderseits der innerostpreußischen Grenze herrscht Einigkeit, daß die Errichtung des Grenzüberganges Rehfeld / Heiligenbeil II Priorität einzuräumen sei. Hierüber verständigten sich die Teilnehmer der Kommission des polnisch-russischen Rates für die Angelegenheiten der Zusammenarbeit der Regionen der Republik Polen mit dem Königsberger Gebiet auf ihrer letzten Sitzung. Die Russen informierten ihre polnischen Gesprächspartner, daß der Grenzübergang Anfang 2009 seiner Bestimmung übergeben werden und den Betrieb aufnehmen soll. Der neue Grenzübergang soll Beisleiden entlasten und Bartenstein vom Schwerverkehr entlasten.

Sommerchaos in Rauschen

Nicht nur der Bahnhof ist neu im beliebtesten Kur- und Badeort des Königsberger Gebietes

Von Jurij Tschernyschew



Farbenfrohes Spektakel: Den Besuchern der feierlichen Eröffnung der Spommersaison wurde viel geboten. Foto: Tschernyschew

Schon seit vielen Jahren beginnt traditionell am ersten Wochenende im Juni die Sommersaison in Rauschen. Diesmal wurde die Eröffnung jedoch in die Woche verlegt, weil noch nicht alle vorbereitenden Arbeiten rechtzeitig erledigt worden waren. Diejenigen, die mit dem Vorortzug zur Feier gekommen waren, erwartete eine Überraschung. Das nicht sehr große Bahnhofsgelände war von einem hohen eisernen Zaun umgeben. Deshalb mußte sich die Besucher-Masse langsam durch das einzige Tor zwängen, um in die Stadt zu gelangen. Ein junger Mann rief seinen Freunden zu: „Seht, nun sind wir direkt im Affenkäfig gelandet.“ Seine Begleiter stimmten ihm zu und brachen in lautes Gelächter aus. Tatsächlich muß man sich, um zum Zug zu gelangen, durch ein (nicht richtig funktionierendes) Drehkreuz zwängen, was wenig Sinn macht, da Kontrolleure die Fahrkarten in den Zügen kontrollieren.

Erst kurz vor der Saisoneröffnungsfeier wurde der neue Bahnhof fertiggestellt. Das zweistöckige Bahnhofsgebäude der Station Svetlogorsk 2 ist anstelle des alten Bahnhofs gebaut worden. Baubeginn war im Juli 2006. Die obere Etage, in der sich ein Verkaufssaal mit festen Verkaufspavillons und ein Café sowie ein medizinischer Versorgungspunkt und ein Ruheraum für Bahnangestellte befinden, wurde durch einen Balkon mit einem kleinen Turm verschönert.

Noch sind die oberen Räume nicht ganz fertig, während der untere Bereich bereits vollständig eingerichtet ist. Im Kassenraum sind drei innerstädtische Schalter eingerichtet und einer für Fahrkarten für den Fernverkehr. Obwohl der neue Bahnhof größer ist als der bisherige, fehlt immer noch eine Gepäckaufbewahrung, so daß man größeres Gepäck mitschleppen muß.

Spurlos verschwunden ist das Mosaik mit Meeresmotiven des in Rauschen bekannten Bildhauers Nikolaj Frolow, das 30 Jahre lang das Gebäude des vorherigen Bahnhofs geschmückt hatte. Obwohl die Baufirmen angekündigt hatten, das Kunstwerk zu erhalten, verschwand es.

Diejenigen, die mit dem Bus nach Rauschen gekommen waren, erwartete ebenfalls eine Überraschung. Dort, wo bisher ein großer Parkplatz für zehn Busse gewesen war, befand sich nun eine umzäunte Baustelle. Und wohin war der Busparkplatz verlegt worden? Es gab keinen. Die Busfahrer mußten sich andere Stellen suchen, wo sie die Passagiere ein- und aussteigen lassen konnten.

Früher fand die Saisoneröffnungsfeier auf einem großen freien Feld statt, auf dem eine Bühne mit Sitzreihen für die Besucher aufgebaut war. In den vergangenen Jahren fand sie stets im Zentrum statt. Der Platz ist jedoch sehr klein, und in diesem Jahr wurden hier einige Cafés und eine Bühne aufgestellt, um die sich nur etwa 200 bis 300 Menschen scharen konnten, obwohl an diesem Tag mehrere zehntausend Menschen angereist waren. Das Festprogramm zur Saisoneröffnung war reichhaltig: Sportwettkämpfe, Theateraufführungen für jeden Geschmack, eine Oldtimer-Rallye, Auftritte von in ganz Rußland bekannten Künstlern und Künstlergruppen wie „Werasy“, „Ljapis Trubetzkoj“ und „Fabrika“. Die Zuschauer hatten es allerdings nicht leicht, die Auftritte der Künstler zu sehen, da die Fans bereits alle Plätze der Cafés sowie die Dächer der nahegelegenen Häuser und sogar Bäume besetzt hatten.

Viele zogen es daher vor, sich nicht an dem Sturm auf das Zentrum zu beteiligen, sondern die Ruhe am Strand zu genießen. Ein besonderer Ort fürs Strandvergnügen waren die noch freien Plätze beim Fünf-Sterne-Hotel „Grand Palace“, für die man 150 Rubel (knapp 4,30 Euro) bezahlen muß. Diejenigen, die nicht für einen Strandliegeplatz zahlen wollten, blieben an dem verbleibenden engen Streifen, oder es zog sie an einen vom Zentrum weiter entfernten Strandabschnitt.

Zur Feier in Rauschen war der Platz beim Militärsanatorium erneuert worden. Er gilt mit Recht als kulturelles Zentrum des Kurorts. Früher erklang hier bis zum Morgen Musik, welche die Erholungssuchenden in den nahegelegenen Häusern und Sanatorien um ihre Ruhe brachte. Jetzt stehen dort Bänke neben Blumenbeeten mit einer Wasserfontäne; es ist ruhig und gemütlich auf dem Platz geworden.

In der letzten Zeit sind in Rauschen übrigens auch einige gemütliche Cafés entstanden. Die Preise sind allerdings so, als befände man sich auf der Champs Élyssee in Paris oder auf dem San-Marco-Platz in Venedig. Jedenfalls liegt der durchschnittliche Preis für ein Essen zu zweit bei etwa 200 Euro. Diese Preise scheinen jedoch nicht viele abzuschrecken, denn abends sind die Cafés im Stadtzentrum berstend voll.

Viele Besucher werden bemerkt haben, daß die Toiletten, die in einem kleinen deutschen Häuschen im Zentrum untergebracht waren, verschwunden sind. Sie befanden sich in der Nähe des bekannten Wasserturms, dem Wahrzeichen Rauschens, der bis vor dem Krieg noch im Betrieb war. Unerwartet wurde an der Stelle des Toilettenhäuschens eine Baustelle eingerichtet. Vermutlich soll hier ein modernes architektonisches Meisterwerk entstehen. Ob es im Zentrum von Rauschen dann Toiletten geben wird, ist fraglich.

Fortsetzung auf Seite 16

... und die Glocken schwiegen

Auf dem historischen evangelischen Friedhof von Aweyden wurde ein Gedenkstein eingeweiht

Auf dem denkmalgeschützten historischen evangelischen Friedhof in Aweyden, Kreis Sensburg hat in einer festlichen und feierlichen sowie würdevollen Weise die Einweihung eines Gedenksteins stattgefunden.

An dem in den beiden Sprachen Deutsch und Polnisch gehaltenen Festakt nahmen die Bürgermeisterin von Peitschendorf Frau Jarczewska, der Amtsvorsteher Gleba, die Ortsvorsteherin von Aweyden Frau Kulas, die Wojewodschaftskonservatorin Frau Barbara Zalewska aus Allenstein, der Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde von Sensburg Piotr Mendroch samt evangelischem Kirchenchor der Gemeinde, der Direktor der Schule Aweyden Maksymow samt Schülern dieser Schule, eine von deren Kulturreferent Jens Rüdiger geleitete Delegation der Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde sowie schließlich Freunde aus der Region und Bewohner des Dorfes teil.

Nach den Begrüßungsworten und der Eröffnungsansprache zur Feier durch die Bürgermeisterin Frau Jarczewska legten Jens Rüdiger und Irene Piepenbrink einen Kranz nieder, der aus blauem Flieder und weißen Lilien bestand, also in den Farben der Landschaft Blau und Weiß gehalten war. Der Kranz war mit Bändern in den deutschen Farben und polnischen Farben geschmückt. Bürgermeisterin Jarczewska bat um eine Schweigeminute zum Gedenken aller Toten.



Der Gedenkstein Foto: privat

Hiernach hielt Irene Piepenbrink eine Ansprache, in der sie die Geschichte des Dorfes und den Bezug ihrer Vorfahren hierzu über die Jahrhunderte erläuterte. Sie selbst ist hier 1940 geboren und von ihren Lehrern bis 1958 geprägt worden. In ihrer Rede begründete sie die Notwendigkeit, mit dem Denkmal dem Vergessen der Geschichte entgegenzuwirken.

Anschließend sang der Chor das Lied: „Wo findet die Seele die Heimat der Ruh“. Pfarrer Mendroch predigte zum Bibeltext Daniel 12, 1–3. Wieder trat der Chor auf, und nach dem gemeinsamen „Vater unser“ sangen alle das Lied: „Bewahre uns, Gott, behüte uns, Gott“ / „Niech strzeze nas Bog“.

60 Gäste waren anschließend zum Empfang und gemeinsamen Mittagessen nach Mojthienen ins Restaurant zur Familie Kaminski geladen.

Ein Wermutstropfen sei der Vollständigkeit wegen nicht verschwiegen: Die polnische katholische Kirche scheint noch nicht in der EU angekommen zu sein. Denn zu Beginn der Feier um 12 Uhr schwieg die Glocke der 1981 okkupierten evangelischen Kirche Aweydens. *I. P.*

Sommerchaos in Rauschen

Fortsetzung von Seite 15

In den vergangenen Jahren sind in Rauschen schicke Villen wie Pilze aus dem Boden geschossen, die durch zwei Meter hohe Zäune und Videoüberwachung gesichert sind. Häufig werden sie anstelle von Vorkriegshäusern aus Holz oder Ziegelstein gebaut, die von nicht unbedeutendem architektonischem Wert waren. Zur Zeit ist es mühsam, durch Rauschen hindurchzugehen, weil man überall auf Zaunabsperrungen stößt, hinter denen Autos manchmal bis auf die Promenade fahren. Zur Sowjetzeit war Rauschen nur Fußgängern zugänglich, die Durchfahrt war selbst für Autos hoher Beamter untersagt. Heute ist das Verbot zwar immer noch nicht aufgehoben, jedoch ist die Fußgängerzone im Zentrum von Last- wie Personenkraftwagen sowie sogar von Quads überfüllt.

Das Fest der Saisoneröffnung wurde am Abend mit einem schönen Feuerwerk beendet, nach dessen Ende sich die Straßen des beliebtesten Kurorts der Region mit Horden Jugendlicher füllten, die mit Bier- und Wodkaflaschen umherzogen. Wahrscheinlich waren sie am fröhlichsten von allen an diesem Tag.



Erst kurz vor der Eröffnung der Sommersaison fertiggestellt: Rauschens neuer Bahnhof Foto: Tschernyschew

»Fritz« zum Tilsiter Vertrag

Hamburg – Der neue „Fritz", die „Junge Zeitschrift für Ostpreußen" des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) ist da. Aus gegebenen Anlaß ist diesmal, da sich der Abschluß des Tilsiter Vertrages zum 200. Mal jährt, das Preußen jener napoleonischen Jahre das Thema. Das Heft ist gegen Überweisung von 4,90 Euro auf das LO-Konto, HSH Nordbank, Kto.: 180901000, BLZ 21050000, (Stichwort „Fritz" und – wichtig – Adreßangabe nicht vergessen) bei Bernhard Knapstein, E-Mail: Knapstein@gmx.de, zu erhalten.



Der neue „Fritz" Foto: privat

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es ist schon seltsam, womit man neuerdings als älterer Zeitgenosse traktiert wird. Nachdem man die Generation, die man zwar höflich mit dem Begriff „Senioren" verbrämte, lange links liegengelassen hat, bemüht man sich nun zunehmend um sie als vielversprechende Verbrauchergruppe. Nicht nur telefonisch wird man ungebeten bemüht, sich für manchmal reichlich obskure Angebote zu interessieren, sondern auch mit Prospekten und Faltblättern überhäuft. So bekam ich ein Angebot für „Mehr-Gehirnjogging" – aber das habe ich schnell wie alle anderen Offerten entsorgt. Denn das brauche ich weiß Gott nicht, da sei meine Ostpreußische Familie vor! Ihre Zuschriften bieten mehr als bloßen Denksport, sie sind das beste Wissenstraining, denn sie zwingen mich ständig, mich mit Fragen zu beschäftigen, die vor allem unsere Heimat betreffen – da ist Erinnerung und Kenntnis, aber auch das Forschen nach bisher Unbekanntem gefragt. Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht Nachschlagewerke, Lexika, Archive bemühen muß – wozu brauche ich da noch einen elektronischen Grips-Trainer!

Aber es geht nicht nur darum. Die Ostpreußische Familie schenkt mir etwas, was nicht käuflich zu erwerben ist: das Gefühl der Verbundenheit in der Liebe zur verlassenen Heimat. Das sich nicht nur in den vielfältigsten Suchwünschen widerspiegelt, sondern einfach in der Hoffnung, endlich einen verständnisvollen Ansprechpartner zu finden. Das habe nicht nur ich, die ich ja auch optisch jede Woche in unserer Zeitung präsent bin, sondern die ganze Redaktion gerade in letzter Zeit erfahren, weil das Thema Vertreibung durch die Medien endlich stärker behandelt wird. Vor allem durch den ARD-Zweiteiler „Die Flucht", dessen Nachwehen sich noch immer in vielen Zuschriften bemerkbar machen. Die manchmal den Umfang von acht und mehr Seiten haben, auf denen das eigene Schicksal geschildert wird, mit den daraus resultierenden Fragen und der offenen oder unterschwelligen Hoffnung auf eine erschöpfende Antwort. Die aber auf diesem Wege nicht gegeben werden kann, denn wir wären damit überfordert. Das haben Sie als Leser sicher bemerkt, weil ich einige der gravierendsten Probleme in unserer „Ostpreußischen Familie" nur ansprechen, aber nicht stärker auf sie eingehen konnte. Die Redaktion bemüht sich, in größeren Beiträgen die wichtigsten Fragen zu thematisieren, die eigentlich im Gespräch behandelt werden müßten – trotz der lebhaften Reaktion in Leserbriefen kommt eben kein befriedigender Dialog zustande, kann es auf diesem Mediensektor auch nicht.

Und deshalb kam in unserer Redaktion der Gedanke auf, die Möglichkeit für einen solchen mit einem Treffen aller Gesprächswilligen im Ostheim in Bad Pyrmont zu schaffen. Kein Seminar mit gewohnt reichem Vortragsprogramm, sondern eine Art Symposium, auf dem den Teilnehmern die Möglichkeit zur ausgiebigen Diskussion geboten wird. Ausgehend von dem TV-Film „Die Flucht", dessen beide Teile gezeigt werden sollen. Die Vorführung des Filmes ist nicht nur als primäre Diskussionsvorlage gedacht, sondern vor allem für die Teilnehmer, die ihn bisher aus emotionalen Gründen nicht sehen wollten oder konnten. In der Gemeinschaft der Schicksalsgefährten ist alles anders, da kommt man sich nicht so verloren vor und kann die Schwelle übertreten, die man bisher gemieden hat, weil man keine verständnisvollen Gesprächspartner fand.

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: privat

Auch der Dokumentarfilm „Die Flucht der Frauen" wird gezeigt, den viele nicht gesehen haben und in dem unsere Mitarbeiterin **Anita Motzkus** – im Gegensatz zu der fiktiven Handlung des Mehrteilers – ihre authentischen Erlebnisse schildert. Frau Motzkus wird beim Treffen dabeisein und über die Dreharbeiten berichten. Über das genaue Programm sowie über die Modalitäten zur Durchführung wird in den nächsten Ausgaben der *PAZ / Das Ostpreußenblatt* ausführlich berichtet werden. Dies nur vorweg in unserer Familien-Kolumne, weil der Funke für diese Veranstaltung aufgrund der vielen Briefe von ihr ausging. Bitte tragen Sie diese Ankündigung auch weiter, denn es gibt ja Landsleute, die unsere Zeitung nicht ständig lesen, wie ich manchen Briefen entnehmen konnte. Darunter waren auch jüngere Leute, die bisher wenig über Flucht und Vertreibung wußten, weil ihre Angehörigen, die sie miterlebt haben, nichts darüber sagen wollten oder konnten, durch den Film aber auf das Thema aufmerksam geworden sind. Wir wären auch interessiert, wenn Sie uns kurz mitteilen würden, was Sie von diesem Treffen halten, das von Donnerstag, 13. September, bis Sonntag, 16. September 2007 im Ostheim in Bad Pyrmont stattfindet. Wie gesagt: Kein Seminar, kein Treffen der Ostpreußischen Familie, sondern eine Gesprächsrunde zum Thema „Flucht und Vertreibung – unser Schicksal!" – auch für diejenigen, die bisher stumm geblieben sind oder bleiben mußten.

Symposium – das bedeutet laut Duden „wissenschaftliche Tagung mit Diskussionen", so können wir also diese Bezeichnung ruhig wählen, denn gerade auf die letzteren kommt es an. Aber einen kleinen heiteren Akzent möchte ich doch in das so ernste Thema setzen: Ursprünglich bezeichneten die alten Griechen mit diesem Wort ein „Trinkgelage" – wohl weil der schwere Wein die Zungen löste. Und damit habe ich mir eine Brücke gebaut zu den Wünschen von Frau **Gisela Schalk**, übermittelt von ihrem Ehemann **Manfred**, denn es geht um ihre ostpreußischen Vorfahren. Unter denen waren auch Gastwirte, so wie Giselas Großvater **Otto Korinth**, der den Krug in Bieberstein und den „Jägerkrug" im Insterburgischen führte. Es geht dem Ehepaar Schalk vor allem um Fotos von den genannten Gastwirtschaften sowie von weiteren Orten, den Lebensstationen dieser ostpreußischen Familien **Wohlgemuth** / Korinth. Da spielt Schillen eine Rolle, dort besonders die „Villa Roland", das nahe Ansten (Anstippen) liegt, wo sich Großvater Korinth in seinen späteren Lebensjahren als Landwirt betätigte. Dann werden noch Roßberg, Schemlauken und Gowarten genannt. Wer Fotos, alte oder neue Ansichten von diesen Orten besitzt, melde sich bitte bei dem Ehepaar Schalk, dem wir übrigens schon vor zwei Jahren entscheidend bei den Recherchen über die genannten Familien helfen konnten. Vielleicht auch diesmal? (Manfred und Gisela Schalk, Albert-Schweitzer-Straße 27 in 97204 Höchberg / Würzburg.)

Auch Frau **Gertraud Bartolain** wurde von unserer Ostpreußischen Familie schon geholfen. Deshalb hofft sie ebenfalls auf einen erneuten Erfolg. Wer kennt das Dorf Stukatschen, später Freienfeld, im Kreis Goldap? Dort lebten die Familien Bartolain und **Sziedat**, an die sich vielleicht noch ehemalige Nachbarn erinnern, wozu auch die umliegenden Höfe und Dörfer im Kirchspiel Gaweiten, später Herzogsrode, zählen. Denn Freienfeld hatte nur 81 Einwohner, bestand aus mehreren kleinen Höfen. Im nördlichen Ostpreußen gelegen, wird der Ort heute von den Russen „Wostotschnoe" genannt. (Gertraud Bartolain, Barnimstraße 6 in 16321 Rüdnitz, Telefon 0 33 38 / 75 51 73.)

Vielleicht können Frau **Erna Rebischke** geborene **Januschkewitz** und ihre Brüder durch uns eine Verwandtschaftsangelegenheit klären, sie hoffen es jedenfalls. Ihr Vater **Adolf** Januschkewitz, † 6. April 1958 in Lübeck, war der Sohn von **Gottlieb** Januschkewitz, über den leider keine näheren Angaben vorliegen. Bekannt ist nur, daß er mehrere Geschwister gehabt hat, denn Frau Rebischkes Vater hatte viele Cousins und Cousinen. Einige von ihnen sollen eine Musikkapelle gegründet haben, die vor allem auf dem Land zu geselligen Veranstaltungen spielte. Vielleicht sind älteren Landsleuten noch diese Musikanten bekannt. Nun taucht in einer Nachlaßsache der Name **Luise** Januschkewitz, * 1891, † 1963, auf, die im östlichen Masuren gelebt haben muß, denn ihre Tochter **Ida Stäkker**, wurde am 17. Februar 1925 in Giesen, Kreis Treuburg geboren, also im Nachbarkreis von Lyck. Ida Stäcker verstarb am 13. Februar 2005 im Rheinland. Bisher konnten die Geschwister nicht feststellen, ob eine Verwandtschaft besteht. Wer also zu den genannten Personen eine Beziehung hatte und Auskunft über sie geben könnte, die zu einer Klärung der Angelegenheit führen kann, wende sich bitte an Frau Erna Rebischke, Dissauer Dorfstraße 25 in 23617 Stockelsdorf-Dissau, Telefon 0 45 05 / 7 44.)



„Die Flucht": Filmvorführung im Ostheim geplant Foto: ARD

Frau **Monika Potztal** aus Hamburg sucht Informationen über einen Königsberger Bürger, der lange in der ostpreußischen Hauptstadt gewirkt hat, über den langjährigen Leiter der Königsberger Kunstakademie **Ludwig Dettmann**, † 1944. Sie benötigt Angaben über sein Leben und Wirken für eine große Ausstellung und Doktorarbeit. Einige Hinweise, die zu Nachfahren seiner Schüler führten, konnten ihr vermittelt werden, aber sie führten nicht zu den benötigten Informationen über seine Arbeiten, erbrachten auch keine persönlichen Dokumente wie Briefe oder andere schriftliche Zeugnisse. Wer hat diese noch in seinem Besitz oder kann sie ermitteln? Es wäre erfreulich, wenn dies bald geschehen könnte, denn die Doktorandin muß ihre Arbeit schon Anfang Oktober abgeben. Deshalb bittet Frau Potztal die Leserinnen und Leser, die ihr helfen könnten, sich unter der Nummer (0 40 / 34 62 47) telefonisch bei ihr zu melden.

Einen unbekannten Leser soll ich bitten, noch einmal bei Frau **Jutta Jagßenties** in Potsdam anzurufen. Das hat er schon einmal getan, aber es ist bereits einige Monate her, und die Angerufene hat sich leider nicht Anschrift und Telefonnummer geben lassen. Es war ein netter Herr, sagt Frau Jagßenties, und er wollte ihr Unterlagen über den im Kreis Goldap gelegenen Ort Blindgallen zukommen lassen, in dem ihr verstorbener Mann bei seinen Großeltern bis zur Flucht aufwuchs. Der Anrufer hatte ihr mitgeteilt, daß seine Frau aus Blindgallen stamme und auch Angaben zur Familie Jagßenties geben könnte. Leider ist dies nicht erfolgt. Also, lieber Leser, da Sie zweifellos zu unserem Familien-Kreis gehören – sonst hätten Sie ja nicht angerufen –, melden Sie sich bitte erneut bei Frau Jagßenties, die sehnlichst auf die angekündigten Auskünfte wartet. (Jutta Jagßenties, Habichtshorst 13 in 14478 Potsdam, Telefon 03 31 / 81 15 41.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 98. GEBURTSTAG

Kutrieb, Helene, aus Ortelsburg, jetzt Göhlerstraße 43, 23758 Oldenburg / Holstein, am 19. Juli

Rinio, Emilie, geb. **Mrotzek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Hinter der Mühle 22, 77974 Meißenheim, am 20. Juli

Schliepe, Lieselott, aus Königsberg, jetzt Klattenweg 41, 28213 Bremen, am 16. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Leipholz, Hans, aus Rastenburg, jetzt Allerseelenstraße 11, 51105 Köln, am 25. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Diesmann, Erna, geb. **Wannowius**, aus Heilsberg, jetzt Zu den Badstuben 1, 04451 Borsdorf, am 19. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Belgard, Gundula, geb. **Schierning**, aus Wehlau, jetzt Stettiner Straße 40, 22880 Wedel, am 20. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Lettau, Herta, geb. **Stadie**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, jetzt Waldstraße 31, 29525 Uelzen, am 20. Juli

Piepereit, Emma, aus Lyck, jetzt Tanneneck 3, 24816 Hamweddel, am 20. Juli

Stief, Ella, geb. **Bartsch**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Grelleweg 17, 28277 Bremen, am 18. Juli

Stutzke, Hedwig, geb. **Rimkus**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Immenweg 9, 30938 Burgwedel, am 18. Juli

Treuke, Anna, geb. **Doemke**, aus Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Bahnhofstraße 8 A, 89616 Rottenacker, am 21. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Weidendamm 4, 31303 Burgdorf, am 17. Juli

Saborowski, Bruno, aus Bergensee / Pietzarken, Kreis Angerburg, jetzt Elsässer Straße 53, 26121 Oldenburg, am 17. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baltruweit, Herbert, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Schwerinstraße 6, 32425 Minden, am 17. Juli

Bock, Hildegard, geb. **Seel**, aus Lyck, Abbau, jetzt Mühlentorstraße 51, 14709 Brandenburg, am 19. Juli

Bönkost, Horst, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Wittenberger Straße 19, 32584 Löhne, am 18. Juli

Grabowski, Wilhelm, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Echoerstraße 50, 42369 Wuppertal, am 18. Juli

Sohn, Gertrud, geb. **Kneiding**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Neuer Weg 20, 45731 Waltrop, am 18. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bauer, Hildegard, geb. **Kischnick**, aus Tapiau, Bergstraße, Kreis Wehlau, jetzt Bajuwarenstraße 40 a, 84543 Winhöring, am 17. Juli

Büsing, Ella, geb. **Prätor**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Rankenstaße 31, 26121 Oldenburg, am 21. Juli

Drusio, Alfred, aus Herrendorf, Funken, Groß-Gablik, Kreis Treuburg, jetzt Grimmeweg 9, 44141 Dortmund, am 15. Juli

Leutheuser-Fels, Gertrud, geb. **Sontwowski**, aus Groß Jeruten, Kreis Ortelsburg, jetzt Färberstraße 108, 40223 Düsseldorf, am 19. Juli

Lowski, Alfred, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Reutlinger Straße 6, 89079 Ulm, am 22. Juli

Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleita**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Hagebuttenweg 19/21, 23566 Lübeck, am 19. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bucholski, Anni, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, jetzt Goethestraße 5, 64720 Michelstadt, am 16. Juli

Durst, Käthe, geb. **Enstipp**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, jetzt Gerhard-Hauptmann-Straße 9, 37154 Northeim, am 22. Juli

Frister, Waltraut, geb. **Radzanowski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, jetzt Oststraße 19, 07570 Weida, am 19. Juli

Gallas, Ursula, geb. **Gronau**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, jetzt Rinkartstraße 8, 12437 Berlin, am 16. Juli

Grigoleit, Gerda, geb. **Wolter**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Wittgensteiner Straße 110, 57072 Siegen, am 21. Juli

Guszahn, Max, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung jetzt Damaschkestraße 28, 31275 Lehrte, am 19. Juli

Hahn, Ella, geb. **Riechert**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Halluinstraße 28, 45739 Oer-Erkenschwick, am 22. Juli

Hinz, Fritz, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hermann-Löns-Straße 16, 42499 Hückeswagen, am 22. Juli

Hirneise, Erna, geb. **Sabrowski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Ludwig-Krapf-Straße 17, 72072 Tübingen, am 19. Juli

Lippik, Erna, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Guerickestraße 19, 99610 Sömmerda, am 21. Juli

Lojek, Helmtraud, geb. **Sadlowski**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Ewaldstraße 110, 45699 Herten, am 19. Juli

Mannke, Gerhard, aus Königsberg, jetzt Haferkamp 8, 25337 Elmshorn, am 22. Juli

Müller, Ursula, geb. **Lindenau**, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Hindenburgstraße 4, 23611 Bad Schwartau, am 20. Juli

Palfner Gertrud, geb. **Wichmann**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Dhünnstraße 14, 51373 Leverkusen, am 18. Juli

Podelleck, Eva, geb. **Chierullies**, aus Sieden, Kreis Lyck, jetzt Kantstraße 17, 27726 Worpswede, am 18. Juli

Rehberg, Annelies, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ahornstraße 25, 07549 Gera, am 16. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albien, Günter, aus Gauleden, Gauleden-Palwe, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 17, 38524 Sassenburg II, am 18. Juli

Böhm, Charlotte, geb. **Heske**, aus Königsberg, jetzt Müssmattstraße 43, App. 220, 79618 Rheinfelden, am 21. Juli

Bönsch, Herta, geb. **Jankowski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Kampstraße 6, 46238 Bottrop, am 21. Juli

Brandt, Johanna, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Rhüner Landweg 6, 18246 Bützow, am 18. Juli

Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Ameisbergstraße 5, 94110 Wegscheid, am 18. Juli

Fendler, Alita, geb. **Lamprecht**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, jetzt St.-Barbara-Straße 33, 31228 Peine, am 22. Juli

Fink, Margot, geb. **Neidhardt**, aus Königsberg, Fenergasse 29 / 31, jetzt Milseburgstraße 22, 36284 Hohenroda, am 17. Juli

Frey, Anita, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt Rühmkorffstraße 1 a, 31582 Nienburg, am 17. Juli

Fürst, Hertha, geb. **May**, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, jetzt Cradefelder Straße 16, 04425 Taucha, am 17. Juli

Hägele-Christ, Erika, geb. **Lutat**, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Pfitzerstraße 12, 73527 Schwäbisch Gmünd, am 17. Juli

Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Marienstraße 81, 21073 Hamburg, am 17. Juli

Jablonski, Alfred, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt Büskenweg 22, 45968 Gladbeck, am 16. Juli

Jautelat, Heinrich, aus Matten, Kreis Ebenrode, jetzt Westermoorweg 22, 25746 Heide, am 21. Juli

Kahmann, Edith, geb. **Broden**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Voltastraße 9, 13629 Berlin, am 18. Juli

Karpowski, Gerda, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Ulmenstraße 10, 24782 Büdelsdorf, am 17. Juli

Kriedemann, Gerhard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Rümpfstraße 13 d, 09350 Lichtenstein, am 19. Juli

Krieger, Helga, geb. **Huck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Trakehner Weg 36, 22844 Norderstedt, am 18. Juli

Kutzsche, Gerda, geb. **Broß**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Alte Dresdner Straße 7, 01689 Niederau

Lange, Martha, geb. **Heiser**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, jetzt Hamburger Straße 49 b, 46145 Oberhausen, am 22. Juli

Mohr, Erika, geb. **Teschner**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, jetzt Neubauhof 10, 17159 Dargun, am 21. Juli

Piechottka, Hiltrud, geb. **Reh**, aus Heiligenbeil, Feldstraße 2, jetzt Posthofstraße 5, Haus 15, Senioren-Residenz, 24321 Lütjenburg

Rogall, Hildegard, geb. **Beyer**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, jetzt Beethovenstraße 159, 42655 Solingen

Sander, Herta, geb. **Nickel**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, jetzt Julius-Brecht-Straße 47, 24539 Neumünster, am 19. Juli

Santelmann, Irmgard, geb. **Kijewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Moorkamp 17, 30165 Hannover, am 22. Juli

Schrubba, Werner, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Am Leitgraben 13, 55130 Mainz, am 20. Juli

Schumann, Christel, geb. **Stuhrmann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Horner Landstraße 318, 22111 Hamburg, am 18. Juli

Schusdziarra, Ruth, geb. **Butzek**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schöne Aussicht 3, 51491 Overath, am 19. Juli

Spacht, Ernst, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Soltauer-Straße 10, 29525 Uelzen, am 16. Juli

Steiner, Horst, aus Woinassen, Kreis Treuburg, jetzt Langhansstraße 18, 74360 Ilsfeld-Helfenberg, am 17. Juli

Tröster, Gertrud, geb. **Okolowitz**, aus Masuren, Kreis Treuburg, jetzt Hohenfelder Allee 7, 22087 Hamburg, am 20. Juli

Waltz, Jürgen, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Falldorf 15, 28857 Syke, am 19. Juli

Weber, Dietlind, geb. **Olschewski**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 20, jetzt Birkenstraße 34, 50389 Wesseling, am 17. Juli

Weber, Traute, geb. **Patz**, aus Jacobswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Von-Diergardt-Straße 15, 51375 Leverkusen, am 17. Juli

Winzel, Helene, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, jetzt Pascheburgring 26, 37154 Northeim am 20. Juli

Zaumseil, Frieda, geb. **Isekeit**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Kurt-Tucholsky-Straße 22, 07973 Greiz, am 17. Juli



Bohnhardt, Eugen, aus Königsblumenau, Kreis Pr. Holland, und Frau Sieglinde, geb. **Bohnenschäfer**, jetzt Barbaraweg 25, 33758 Stukenbrock-Senne, am 17. Juli

Janßen, Walter, und Frau Rosemarie, geb. **Wallat**, aus Grauden-Hohensalzburg, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Kopernikusstraße 75, 28357 Bremen, am 20. Juli

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 14. Juli, 20.05 Uhr, N24: Die Mauer – Todesstreifen in Berlin.

Sonnabend, 14. Juli, 20.10 Uhr, n-tv: n-tv Reportage – Bomben gegen Deutschland.

Sonnabend, 14. Juli, 22.05 Uhr, N24: Churchills geheime Bunker.

Sonntag, 15. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 16. Juli, 23.45 Uhr, NDR: Schattenland – Reise nach Masuren.

Dienstag, 17. Juli, 22.45 Uhr, ARD: Im Schatten der Blutrache – Dokumentation.

Mittwoch, 18. Juli, 20.40 Uhr, Arte: Die Stunde der Offiziere.

Freitag, 20. Juli, 20.15 Uhr, WDR: Die großen Schlachten. 1529 – Die Türken vor Wien.

Veranstaltungskalender der Landsmannschaft Ostpreußen

24. bis 26. Juli: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.

28. bis 30. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.

16. bis 22. Oktober: 53. Werkwoche in Bad Pyrmont.

26. bis 28. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont.

3. / 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont.

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt *noch gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

Kulturseminar

Bad Pyrmont – Unter der Leitung von Lars Karrasch findet vom 27. bis 29. August 2007 im Ostheim in Bad Pyrmont ein Seminar zum Thema Musikkultur in Ostpreußen statt. Die Veranstaltung richtet sich an Menschen, die sich für das ostpreußische Volkslied interessieren und gerne singen. Die Seminargebühr beträgt 40 Euro. Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer sind frei. Einzelzimmer stehen nur in beschränktem Umfang zur Verfügung. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 23, Fax (0 40) 41 40 08 19; E-Mail: husen@ostpreussen.de

Geschichtsseminar

Bad Pyrmont – „Ostpreußen im Zeitalter Napoleons" ist Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 28. bis 30. September 2007 im Ostheim in Bad Pyrmont. Auf dem Programm der von Dr. Sebastian Husen geleiteten Wochenendveranstaltung stehen Vorträge über Napoleon in Ostpreußen und die Schlacht bei Pr. Eylau, über den Frieden von Tilsit, über die Konvention von Tauroggen und die Erhebung der ostpreußischen Landstände sowie über Königin Luise, Theodor von Hippel d. J. und den Heerführer Graf Bülow v. Dennewitz. Referieren werden unter anderem Ruth Geede, Dr. Roman Gogan, Dr. Heinrich Lange, Horst Mertineit, Dr. Manuel Ruoff und Sabine Siegert. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro. Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer sind frei. Einzelzimmer stehen nur in beschränktem Umfang zur Verfügung. Anmeldung und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Bärbel Petereit, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26; Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: petereit@ostpreussen.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Landesgruppe – Das Theater unter der Dauseck in Oberriexingen hatte zur Uraufführung des Stückes „Daheim isch dahoim“ eingeladen, das auch von der Landesgruppe unterstützt wird. Die Landesvorsitzende Uta Lüttich hat an der Uraufführung teilgenommen und möchte allen, die an einem interessanten und etwas anderem Theaterabend interessiert sind, die Teilnahme empfehlen. In sieben Stationen werden die Besucher zu einem Theaterspaziergang durch den Ort und die Zeit – im Sommer 1954 – geführt. Vieles, was in dem Stück gezeigt wird, ist wirklich so passiert. Der einheimische Bauernbursche Horst ist in das ostpreußische Flüchtlingsmädchen Vera verliebt. Sich verabreden, zusammen gehen, das darf 1954 in einem kleinen Dorf nicht sein. Der kleine Bruder wird von der Dorfjugend ausgegrenzt. Die Mutter, eine Gutsbesitzerfrau, kommt über den Verlust der Heimat in Ostpreußen und den sozialen Abstieg nicht hinweg. Im Dorf herrscht Männermangel. Die Väter und Söhne sind gefallen, vermißt oder noch immer in Kriegsgefangenschaft. Die Dorfkinder haben nur ein Thema: „Wird Herbergers Mannschaft die Weltmeisterschaft gewinnen?“ Nachmittags treffen sie sich zum Bolzen, zu jedem Spiel ihrer Mannschaft am Radio oder besser am Fernseher, dem einzigen, den es im Ort gibt. Viele Szenen werden in Gebäuden gespielt, so daß das Stück unabhängig vom Wetter ist, es bewegt sich zwischen Kelter und Kirche, Gemeindehaus und Straßenszenen. Die Autorin Barbara Schüßler ist Schulleiterin in Ludwigsburg. Die etwa 30, zum überwiegenden Teil oberriexinger Laienschauspieler und Schauspieler im Alter von sieben bis 77 Jahren haben unter der Regie von Christine Gnann vom Staatstheater Stuttgart mit sehr viel Engagement eine hervorragende Leistung erbracht und die Problematik der schwierigen Integration ostpreußischer Flüchtlinge in einem schwäbischen Dorf überzeugend dargestellt. Weitere Aufführungen finden am 8., 13. und 14. Juli, jeweils 20 Uhr, bei jedem Wetter an der Kelter in Oberriexingen statt. Kartentelefon (0 70 42) 82 96 95. Oberriexingen ist ab Stuttgart Hauptbahnhof mit der S-Bahn S 5 bis Asperg und von dort mit dem Bus 532, Haltestelle Rathaus, zu erreichen.

Lahr – Die Gruppe war auf Entdeckungsreise in der Schweiz, im Graubünderland. Von Davos nach Tirano mit der Bernina Bahn durch Tunnel, über schwindelerregende Brücken, vorbei an majestätischen Bergen und ihrer Gletscherwelt, aber auch Idylle des Südens reihte sich in diese abwechselnde Kulisse und eröffnete eine Welt des Staunens und Sehens. Ein weiteres Ziel war die höchste Bierbrauerei Europas in Monstein, die Milch Arena in Davos, wo man zuschauen und probieren konnte wie der Bergkäse entsteht. Eine Gondelfahrt auf das Jacobshorn, wo sich dann eine herrliche Aussicht auf die Bergwelt bot, war sehr beeindruckend. Nach all den Sehenswürdigkeiten war das Abendessen in dem gemütlichem Hotel ein Ruhepol und ein Genuß. Zufrieden und mit vielen Eindrücken kehrte die Gruppe nach Lahr zurück.

Ludwigsburg – Donnerstag, 26. Juli, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 18. August, 8 Uhr, Berlinfahrt des LvD zum „Tag der Heimat“, dort Teilnahme am Festakt des BdV im Internationalen Congress Centrum. Außerdem stehen eine alternative Berlinrundfahrt sowie ein Sekt- und Kaffeeumtrunk sowie ein Imbiß auf dem Programm. Ankunft in Hamburg gegen 22.45 Uhr. Anmeldungen von 10 bis 14 Uhr, in der Geschäftsstelle, Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon und Fax (0 40) 34 63 59. Eine Anzahlung von 10 Euro ist in der Geschäftsstelle oder per Überweisung (LvD, Konto: 1315 / 124 618, BLZ: 200 505 00, Hamburger Sparkasse, Stichwort „Berlinfahrt, 18. August“ zu leisten.

HEIMATKREISGRUPPEN



Königsberg – Sonnabend, 13. und Sonntag, 14. Oktober, Großes Königsberger Treffen in den Mozartsälen im Logenhaus am Dammtorbahnhof, Hamburg.

BEZIRKSGRUPPEN

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 30. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle“). Thema: „Ernte (Aust) in Ost- und Westpreußen“.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Bergstraße – Sonntag, 29. Juli, 8 Uhr, Tagesfahrt der Gruppe in den Hessenpark, Neu-Ansbach, und eine Führung durch das Kloster Altenberg bei Wetzlar. Kosten für die Busfahrt, Eintritt zum Hessenpark und die Konzertteilnahme kosten 31 Euro. ein Mittagessen ist in Neu-Anspach vorgesehen. Abfahrt 8 Uhr, Bensheim-Busbahnhof, 8.15 Uhr, Heppenheim Stadion. Anmeldungen bitte umgehend an Hans-Ulrich Karalus, Telefon (0 62 52) 7 35 25, oder Elke Schuster, Telefon (0 62 51) 6 56 79.

Wiesbaden – Donnerstag, 26. Juli, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Restaurant Kleinfeldchen, Hollerbornstraße 9, Wiesbaden. „Wir essen à la carte“. Für die Platzdisposition bitte unbedingt bis zum 20. Juli bei Familie Schetat, Telefon (0 61 22) 1 53 58, anmelden. ESWE-Busverbindung: Linie 4, 17, 23, 24 und 27.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Güstrow – Sonntag, 5. August, 12 Uhr, 11. Ermländer-Treffen in der St.-Mariä-Himmelfahrt-Kirche in Güstrow, Grüne Straße 23-25 (Nähe Bahnhof). Dazu sind alle Ermländer mit Angehörigen sehr herzlich nach Güstrow eingeladen. Beginn ist um 12 Uhr mit der hl. Messe. Im Gemeindehaus neben der Kirche ist im Anschluß für Mittagessen und eine Kaffeetafel mit gemütlichem Beisammensein gesorgt. Um 16.30 Uhr folgt die Ermländische Vesper. Anmeldungen bis zum 2. August erbeten an Hildegard Neumann, Hageböcker Mauer 27, 18273 Güstrow, Telefon (0 43) 68 74 42.

Rostock – Sonnabend, 29. September, 10 Uhr, Treffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern in der Stadthalle Rostock, Südring 90 (nahe Hauptbahnhof und ZOB). Erwartet werden mehr als 2000 Besucher. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches Informations- und Kulturprogramm. Angesagt haben sich das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern, die Chöre der Deutschen Vereine aus Masuren und dem Memelland sowie der Heimatsänger „BernStein“. Die Festansprache hält der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, Bärenfang und Königsberger Marzipan sowie Parkplätze ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Weitere Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68.

Delmenhorst – Montag, 23. Juli, 15 Uhr, Vorstandssitzung in der Heimatstube.

Osnabrück – Donnerstag, 26. Juli, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Dortmund – Montag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Märkische Straße.

Witten – Donnerstag, 26. Juli, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Vortrag: „Der Tilsiter Frieden; Luisbrücke“. – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat Georg Stange für die langjährige Mitgliedschaft geehrt. Stange ist der Landsmannschaft seit 50 Jahren und zugleich ältestes Mitglied in Witten. Seine Familie stammt au einer deutschen Kolonie am Bug, umgesiedelt wurde sie während der NS-Zeit, nach dem Hitler-Stalin-Pakt, in die Region Posen. Der Jubilar wurde im Verlauf einer Veranstaltung feierlich geehrt. Es gratulierten seine Ehefrau Hilde-Marie, die Mitglieder und der gesamte Vorstand mit Urkunde und einem Blumenstrauß.

Wesel – Donnerstag, 26. Juli, 17 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Heimatstube.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Dresden – Mittwoch, 18. Juli, 15 Uhr, Chorprobe in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. – Dienstag, 25. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden.

Leipzig – Die Gruppe führte die erste gemeinsame Veranstaltung mit der Ortsgruppe der Pommern durch, die sich der Gruppe der Ost- und Westpreußen angeschlossen hat. Nach der Eröffnung begrüßte der Vorsitzende Max Duscha die Heimatfreunde. In einem ehrenden Gedenken erinnerte er an die verstorbene stellvertretende Vorsitzende Karla Becker, ihre Arbeit für die Gruppe, ihre Einsatzbereitschaft und ihre Treue zur Heimat. Sie hinterläßt eine große Lücke. Es folgte ein kurzer Bericht zu den Veränderungen in der Gruppe und den Vorhaben in diesem Jahr, in dem Max Duscha der Hoffnung Ausdruck gab, daß man die Arbeit fortsetzen kann, und die Gruppe sich auch weiterhin zu den Veranstaltungen treffen wird. Irmgard Schäfer hatte die Moderation übernommen und führte durch den Nachmittag. Stadtrat Dr. Lingk, immer ein gerngesehener Ehrengast, wandte sich mit einem besonderen Anliegen an die Teilnehmer. Gerade in der heutigen Zeit, wo vieles im Argen liegt, ist es wichtig, daß die Großelterngeneration ihr Wissen und die Erfahrungen an die Enkel weitergibt sowie die Werte vermitteln, nach denen sie selbst gelebt hat – dazu gehören: „verzichten können“, „kein Egoismus“, „für andere da sein“ und „die Familie zusammenhalten“.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Denken und Leben

Wenn das Denken und das Leben
Sich zur Einheit hin verweben,
Sind wir einsam in der Welt,
Meist allein auf uns gestellt. [1)]

Finden kaum einmal Gefallen,
Eher Gegnerschaft bei allen, [2)]
Weil ein Mensch, der sehr viel denkt,
Dadurch schon die andern kränkt.

Denn sie wolln befreit vom Denken
Sich im Wohlgefühl versenken,
Wo ein Mensch der denkt nur stört,
Somit auch nicht hingehört.

Soll nach wahrem Sinn er streben,
Sie wolln heute was erleben,
In der Welt von fadem Schein
Glücklich und zufrieden sein.

1) und 2) Sh. »Hermann Hesse Lektüre für Minuten« S. 147

Aus dem Buch „**Für Dich**“ von Hubertus Scheurer.
Zu beziehen über den **PMD Best.-Nr. 6225**, € 12,-



Zum 90. Geburtstag am 15. 7. 2007
gratulieren wir



aus Herrendorf, Funken, Groß-Gablik, Treuburg
jetzt Grimmeweg 9, 44141 Dortmund
recht herzlich und wünschen noch bei guter Gesundheit
recht viele schöne Jahre.

Kenneth, Katrin, Karsten, Karin und Helmut Klimmek

Moerser Straße 369, 47803 Krefeld



Ronja Wickie Feyand
**27. Juni 2007*
Eltern Bianca und Volkhard sowie Bruder Quentin Odin
Herzlichen Dank dem Team des Krankenhauses Heidberg.
Helma-Eva Feyand
Postfach 730 262, 22122 Hamburg

Bekanntschaften



61-jähriger, freundlicher u. unternehmungslustiger Mann sucht nette, evangelische Ostpreußin im Alter ab 40 Jahren, möglichst Nichtraucherin, für eine gemeinsame u. hoffnungsvolle Zukunft. Eigenes Haus mit Garten und Pkw vorhanden. Zuschriften bitte an: Herrn Volker Neumann, Allagen-Torf 15, 59581 Warstein.

Landwirt, Raum Fulda, 58, 181 cm, schlank, gesch., Naturfreund, interessiert an Gott u. der Welt, sucht Gegenstück für ehrliches, lebenslanges Miteinander. Zuschr. unter Chiffre 70664 an die Preußische Allgemeine Zeitung.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Pobether Kirchspieltreffen in Altenburg / Thüringen – Das Pobether Treffen am ersten Wochenende im Juni erfreute sich immer größerer Beliebtheit. So waren Gertrud Kolletzki / Pertelnicken, die Pechbrenner-Töchter Martha und Antonie und Helga Nickel aus Jaugehnen, die noch lange nach Kriegsende in der Heimat verblieben waren, gefragte Ansprechpartner. Teilnehmer aus Kalaushöfen, Eisliethen, Biegiethen, Alknicken, Rantau, Watzum, Parschwitz und die Erika Michaelis / Meller aus Diewens plachanderten in gemütlicher Runde. Heidrun Meller und Dietmar Wrage bekamen viele Informationen und weitere Anschriften Ehemaliger für die zu erstellende Datenbank der Kreisgemeinschaft. Kurt Schlicht leistete seinen wichtigen Beitrag mit der Vorführung von Bild- und Filmmaterial und hatte einen überarbeiteten Pobethen-Plan mit. Im nächsten Jahr, am 7. Juni 2008, wird Erhard Kaiser / Biegiethen mit seiner Gitarre aufspielen.

Liebe Pobether, liebe Pobether Kirchspielbewohner – aus den dazu gehörenden 38 Orten, im Jahr 1258 wurde Pobethen urkundlich nachweisbar gegründet. Die 750-Jahr-Feier möchten die russischen Bewohner gern begehen und so haben wir gemeinsam den 19. Juli 2008 dafür vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt ist auch eine interessante Reise (13. bis 20. Juli 2008) vorgesehen. Mit dem Flugzeug ab Lübeck und dann weiter mit dem Bus zum Hotel Tourist. Am 13. dann bereits die Stadtrundfahrt in Königsberg. Am 14. der Tagesausflug nach Pillau. Am 15. nach Tapiau, Insterburg, Georgenburg bis nach Tilsit. Am 16. nehmen wir unsere Koffer mit zur Kurischen Nehrung, um abends in Rauschen im Hotel Rauschen 2 zu übernachten. Am 17. bleiben wir in Rauschen, Tagesprogramm. Am 18. über Georgswalde – Palmnicken – Germau, Kurzprogramm. Am 19. ist dann die kleine Feier in Pobethen. Die Schule gestaltet ein Programm im Ort (Ehrenmale, Kirche, Kulturhaus, Baptistenkapelle, Schule). Am 20. die Rükkreise mit Bus und Flugzeug. Die Reisekosten einschließlich Visa-Gebühren und Pobethen-Feier sollen nur 650 Euro betragen. EZ-Zuschlag 50 Euro; unverbindliche Voranmeldung bis 17. September 2007. Eine Auslandsreiseversicherung muß vorhanden sein. Dietmar Wrage, Telefon (0 45 32) 40 09 10, Fax (0 45 32) 40 09 80, E-Mail: pobethen-dietmar@t-online.de, www.pobethen-dietmar.de



GERDAUEN

Kreisvertreter: Dirk Bannick, Telefon (01 71) 5 27 27 14. Gst.: Wiebke Hoffmann, Peiner Weg 23, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 2 23 53, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Dokumentation Kreis Gerdauen – Wir freuen uns, liebe Landsleute, Ihnen, unseren Paten und Gästen, während unseres Hauptkreistreffens am 8. und 9. September 2007 in unserer Patenstadt Rendsburg am Sonnabend, dem 8. September, 14 Uhr, zusammen mit dem Verlag und dem Autor unser neues Kreis-Gerdauen-Buch vorstellen zu können. Die Arbeiten an der Chronik laufen zur Zeit noch auf Hochtouren, denn unser Autor Dr. Wulf Dietrich Wagner hat von Ihnen, liebe Landsleute, noch in „allerletzter Sekunde“ weitere einmalige Materialien und Angaben erhalten, die zum Teil noch Recherchen erfordern und in die Texte eingefügt werden müssen. Das Buch wird im Husum Verlag erscheinen. Die Husum Druck- und Verlagsgesellschaft hat die Gerdauen-Dokumentation mit dem Titel „Kultur im ländlichen Ostpreußen – Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen“ bereits ins Programm aufgenommen und im Presseheft mit den Herbst-Neuerscheinungen 2007 publiziert und angeboten. Darin lautet die Beschreibung des Buches: „Nicht allein mit den Gütern im Kreis Gerdauen beschäftigt sich dieser Band. Wulf Wagner hat in seiner Chronik über den Kreis vielmehr großen Wert auf die Menschen und ihre Geschichten gelegt. Mit dem ersten Teil des Buches über die geschichtliche Entwicklung liegt somit die zur Zeit genaueste, umfangreichste und auch anschaulichste Darstellung des Kreises Gerdauen vor. Vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert konnten dabei zum Beispiel die Besitzerfolgen vieler Güter lückenlos rekonstruiert werden. Bei den Recherchen traten auch zahlreiche kulturgeschichtlich interessante und spannende Geschichten zutage. Besonders für das 20. Jahrhundert hat Wagner – neben der Nutzung archivarischer Angaben – eng mit den Menschen des Landkreises Gerdauen zusammengearbeitet. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten aus ihrem Besitz macht das Buch lebendig und facettenreich zugleich. Ein wichtiges Stück Geschichte wurde so vor dem Vergessen bewahrt.“ Diese Dokumentation wird etwa 500 Seiten umfassen und rund 29,50 Euro kosten. Wir sind sehr froh, daß wir gemeinsam mit dem engagierten, mit viel Freude an der Dokumentation wissenschaftlich arbeitenden Autor Wulf Wagner das große Werk „anpacken“ konnten. Auch dank ihrer Mithilfe, liebe Landsleute, wird das Werk ein Vermittler der Geschichte unseres Kreises Gerdauen und damit eines Teiles der außergewöhnlichen Geschichte Ostpreußens. Mit der umfassenden Dokumentation bleibt der real erloschene Kreis Gerdauen uns und unseren Nachfahren mit seinen Städten Gerdauen und Nordenburg, seinen Dörfern und Gütern allezeit lebendig. Sie ist darüber hinaus eine Quelle für die Familien- und zukünftige Geschichtsforschung.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Jährliche Treffen der Klasse 4 K (1944) der Mittelschule Gumbinnen – Auch in diesem Jahr waren die ehemaligen Klassenkameraden der 4 K (1944) der Mittelschule Gumbinnen mit ihren Ehefrauen zu einem Treffen eingeladen. Diesmal hatten Edwin Ohlendorf und seine Ehefrau Irene an ihrem Wohnort Ludwigslust einen geeigneten Treffpunkt ausgesucht, die gesamte Organisation übernommen und die Einladungen an die noch lebenden und in der Bundesrepublik verstreut wohnenden Ehemaligen verschickt. Nicht alle von ihnen konnten allerdings der Einladung folgen. Altersbedingte Beschwernisse und gesundheitliche Probleme machten so weite Reisen leider oft unmöglich. Trotzdem konnten die Eheleute Ohlendorf und der „Klassensprecher“ Günther Papke mit Frau Elke die Klassenkameraden Guenter Grütz mit Ehefrau Inge, Erwin Heisrath mit Ehefrau Verena, Heinz Kostropitsch mit Ehefrau Waltraud, Horst Lehmann mit Ehefrau Renate und Erich Strubel mit Ehefrau Giesela im Hotel Erbprinz in Ludwigslust begrüßen. Nach der Begrüßung bei Kaffee und Kuchen und einem Stadtrundgang unter Führung von Edwin Ohlendorf trafen sich die Angereisten bei der ausgezeichneten Abendtafel, um danach bis in die späten Stunden in gemütlichem Kreis zusammenzusitzen und den Erinnerungen nachzugehen, wobei meist die heiteren überwogen. Bei der Planung des Programms für die beiden folgenden Tage hatten die Ohlendorfs berücksichtigen müssen, daß von den sehr interessanten, aber strapaziösen Erlebnisfahrten, wie in den letzten Jahren, wohl oder übel Abschied genommen werden und eine ruhigere Gangart eingeschlagen werden muß. Es war ihnen trotzdem gelungen, zwei Tage mit einem entsprechenden Programm vollzupakken. Sie hatten berücksichtigt, daß Ludwigslust eine überschaubare kleine Stadt mit einem schönen Schloßgarten und anderen kleinen Sehenswürdigkeiten ist und bei Spaziergängen erlebt werden kann, so kann zum Beispiel bei dem Spaziergang durch den Schloßgarten in einem Café eingekehrt werden. Bei den Spazierfahrten in die nähere Umgebung von Ludwigslust führte Edwin Ohlendorf die Gäste zunächst zu einem Töpferhof, wo gerade ein Fest gefeiert wurde und außerdem die Produkte der Töpferei besichtigt und auch gekauft werden konnten. Am nächsten Tag ging es bei einem kleinen Ausflug in das Gebiet der Lewitz, wo unter anderem auf endlos erscheinenden Weiden große Pferdeherden weideten. Der bekannte Meister im Springreiten Paul Schockemöhle hat hier eine riesige Fläche einer ehemaligen LPG erworben und ein mehrere 1000 Tiere fassendes Gestüt aufgebaut. Lm. Ohlendorf konnte dazu aus seinem umfangreichen Wissen ausführliche interessante Erläuterungen geben. Zur Mittagspause kehrte die Gruppe in das Jagdschloß Friedrichsmoor an der Lewitz ein. Nachmittags ging es weiter an die Elbe bei Dömitz zu einem Besuch der Festung und des Hafens, wo sich von einem Aussichtsturm ein weiter Blick über das Land bot, wo einst die deutsch-deutsche Grenze das Land teilte. In den Abendstunden ging im Hotel der Gesprächsstoff nicht aus. Es wurde plachandert, was das Zeug hielt. Zwischendurch brachte Günter Papke einige im Dialekt vorgetragene lustige Beiträge zu Gehör, welche mit Begeisterung aufgenommen wurden. Am Montag hieß es dann wieder Abschied nehmen und das Versprechen abzugeben, im kommenden Jahr sich bei einem noch zu planenden Treffen in Gesundheit wiederzusehen.



INSTERBURG

Geschäftsstelle: Telefon (0 21 51) 4 89 91, Fax (0 21 51) 49 11 41. Besuche nur nach vorheriger Terminvereinbarung. Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld

Wahlen 2007 – Die Vertreter des Rates der Kreisgemeinschaft Insterburg-Stadt und des Kreisausschusses des Landkreises Insterburg müssen neu gewählt werden. Die Wahl findet als Briefwahl statt. Wahlschluß ist der 31. Juli 2007 (Posteingang). Wahlberechtigt sind alle ehemaligen Einwohner der Stadt Insterburg und des Landkreises Insterburg, deren Kinder und Enkelkinder sowie jeweils deren Ehepartner, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlunterlagen erhalten Sie auf Anforderung in unserer Geschäftsstelle (Anschrift s. o.).

Insterburger Jahreshaupttreffen 2007 – Zum Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaften Stadt und Land am 13. und 14. Oktober 2007 laden wir alle Landsleute auf ein Wiedersehen in heimatlicher Gemeinschaft in unsere Patenstadt Krefeld ein. Das Treffen findet im Restaurant Et Bröckske statt. Näheres erfahren Sie auf Anfrage in unserer Geschäftsstelle.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83 21 51.

Frischbier- und Farenheidschulen – Treffen vom 3. bis 6. August im Ostheim in Bad Pyrmont der ehem. Schülerinnen und Schüler dieser beiden Königsberger Schulen. Gern würden wir auch Sie am 3. August im Ostheim für ein wunderbares Wochenende in typisch ostpreußischer, freundlicher Atmosphäre und fröhlicher Runde, begrüßen. Für Anmeldungen ist es nie zu spät. Auskünfte erteilt Klaus-Dieter Braun, Telefon (0 40) 6 73 31 02, in Hamburg.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Wahl des Kreistages im Jahre 2008 – Im Jahre 2008 findet tur-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Die Vertriebenen hatten doch bewiesen, wie stark und lebenstüchtig man sein kann, wenn man sich die Werte, die heute oft verpönt sind, zu eigen macht. Damit sprach Dr. Lingk vielen aus dem Herzen. Ein sommerliches Programm mit Volksliedern, natürlich auch aus Pommern und Ostpreußen, dargeboten vom Chor „Lied der Heimat“, erfreute die Teilnehmer. Irmgard Schäfer, Inge Scharrer und Gisela Weger sorgten mit Gedichten und einem Sketch in heimatlicher Mundart für die humoristische Unterhaltung. Nach der Kaffeepause spielten Rosa und Peter Wegelin mit viel Schwung und musikalischem Können zur Unterhaltung auf, und Max Duscha überraschte als Solist mit beliebten Schlagern aus der Jugendzeit. Es wurde bis zum Schluß fröhlich mitgesungen. Wenn auch noch etwas ungewohnt in den neuen Räumlichkeiten der AOK, so zeigten sich alle zufrieden mit der gelungenen Veranstaltung und äußerten das auch in dankenden Worten bei der Verabschiedung.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

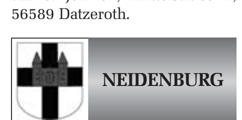
Malente – Dienstag, 17. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant und Café Neue Börse, Lindenallee 14, Malente. Der Rechtsanwalt und Notar J. Monat hält einen Vortrag über: „Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Patiententestament – Überlegungen für den Lebensabend“. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Mölln – Beim letzten Treffen der Gruppe hielt Luise Wolfram, Gattin des ehemaligen Probstes in Königsberg, einen Vortrag über „Das Leben in Kaliningrad“. Sie wurde vor dem Kriege in Königsberg geboren, hat aber keine Erinnerung mehr an diese Stadt. Von 1999 bis 2002 war sie mit ihrem Mann dort, um eine Gemeinde für die Rußlanddeutschen aufzubauen. Das Verhältnis zur dort ebenfalls aktiven katholischen Kirche war gut. Die orthodoxe Kirche allerdings sieht die Tätigkeit der anderen Kirchen nicht gern. Das Königsberger Gebiet hat rund eine Million Einwohner, von denen rund 430000 in der Hauptstadt wohnen. Das Gebiet wird langsam russifiziert. Es wurde eine riesige orthodoxe Kathedrale für 3000 Menschen gebaut. Die höheren Positionen in der Verwaltung werden von der Zentralregierung in Moskau aus besetzt. Entlang der Grenze verläuft eine sieben Kilometer breite Sperrzone zum „Schutz vor Terroristen“. Die Züge von Königsberg fahren alle nach Moskauer Zeit, das macht zur Mitteleuropäischen Zeit einen Unterschied von zwei Stunden. Schulkinder machen Klassenfahrten nach Rußland, um das Mutterland kennenzulernen. Da Rußland die Krim „verloren“ hat, kommen viele Russen zur Erholung nach Ostpreußen und erwerben Grundstücke. Es kommt zu Bodenspekulationen. Das Land wird privatisiert, aber nicht landwirtschaftlich genutzt. Die Rominter Heide ist ein privates Jagdrevier. Der Badeort Cranz soll eine Spielbank bekommen. Königsberg ist die geographisch westlichste Großstadt in der Russischen Föderation: 1200 Kilometer von Moskau entfernt, aber nur 600 Kilometer von Berlin. Viele Rußlanddeutsche orientieren sich jetzt nach dem Westen: Sie lernen Deutsch und Englisch. Die Kriminalität ist hoch. Es gibt viele Aids-Kranke und Drogenabhängige. Ihre Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen. In der anschließenden Aussprache berichtete die Referentin noch über die Aufnahme von Straßenkindern in einem Tagesheim der evangelischen Kirche, unterhalten durch Spenden aus der Bundesrepublik Deutschland. Luise Wolfram hat über das Leben in Königsberg (Kaliningrad) bereits zwei Bücher geschrieben: „Störche kennen keine Grenzen“ und „Unter dem hohen ostpreußischen Himmel“. Im Anschluß an den Vortrag gab es das traditionelle gemeinsame Mathesessen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

nusgemäß die nächste Wahl des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft Lyck statt. Der Kreistag ist, vereinsrechtlich betrachtet, eine Mitglieder-Vertreter-Versammlung. Gemäß § 3 Absatz 3 unserer Wahlordnung hat der Kreisausschuß (Gesamtvorstand) in seiner Sitzung am 2. März 2007 die nachstehend aufgeführten Wahlvorschläge beschlossen. Alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck, das sind in der Regel die früheren Einwohner des Kreises Lyck, werden hiermit gemäß § 3 Absatz 4 der Wahlordnung aufgefordert, bis zum 30. September 2007 weitere Wahlvorschläge beim Kreisvertreter Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt, schriftlich einzureichen. Gemäß § 3 Absatz 6 der Wahlordnung müssen die Wahlvorschläge folgendes enthalten: „Die Bezeichnung des Wahlbezirks (für den der Wahlvorschlag eingereicht wird) – den Familiennamen (bei Frauen auch Geburtsnamen) – Vornamen – Heimatort und Geburtsdatum – und die jetzige vollständige (zustellungsfähige) Anschrift (möglichst in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten zur Bezirksvertreter- und Kreistagswahl.“

Wahlvorschläge des Kreisausschusses – Bezirk I Lyck: Heinz Bartschies (Lyck), geb. am 24. Dezember 24, Arnswaldtstraße 29, 30159 Hannover; Dieter Broschat (Lyck), geb. am 23. April 39, Friedrichstraße 14, 24594 Hohenwestedt; Peter Dziengel (Lyck), geb. am 21. Mai 28, Beverstedter Weg 3, 14199 Berlin; Ulrich Hasenpusch (Lyck), geb. am 16. April 40, Uelzener Straße 65, 21406 Melbeck; Heinz Koewius (Lyck), geb. am 24. Februar 29, Zeppelinstraße 43, 40231 Düsseldorf; Horst Kühn (Lyck), geb. am 5. Juli 33, Dietrich-Bonhoefer-Straße 12, 17192 Waren; Günther Saczinski (Lyck), geb. am 12. Januar 30, Weißdornweg 1, 58095 Hagen. **Bezirk II Sonnau:** Reinhard Donder (Kalkofen), geb. am 25. Februar 41, Seebergen 2, 22952 Lütjensee. **Bezirk III Stradaunen:** Heidi Mader geb. Klede, geb. am 16. Februar 64, Kleinmoorer Dorfstraße 13, 28865 Lilienthal. **Bezirk IV Soffen:** Eva Laskowski geb. Podufal, geb. am 7. Februar 34, Tente 35, 42929 Wermelskirchen. **Bezirk V Selment:** Johanna Lask (Selmenthöhe), geb. am 17. Juli 28, Süllweg 25, 29345 Unterlüß. **Bezirk VI Lübeckfelde:** Manfred Laskowski (Georgsfelde), geb. am 8. April 31, Tente 35, 42929 Wermelskirchen. **Bezirk VII Dreimühlen:** Ulrich Schruba (Finsterwalde), geb. am 16. Februar 31, Kamergstraße 7, 44319 Dortmund. **Bezirk VIII Waldwerder:** Günther Skorzinski (Berndhöfen), geb. am 26. Dezember 34, Kraneburg 4, 49479 Ibbenbüren. **Bezirk IX Borschimmen:** Alfred Faltin (Borschimmen), geb. am 5. Oktober 23, Heideläuferweg 33, 12353 Berlin. **Bezirk X Ebenfelde:** Helmut Matheuszik (Ebenfelde), geb. am 24. Dezember 36, Gaußstraße 12, 38300 Wolfenbüttel. **Bezirk XI Vierbrücken:** Walter Bergen (Seeheim), geb. am 8. Juli 37, Twedter Feld 75 a, 24944 Flensburg. **Bezirk XII Kölmersdorf:** Willi Komossa (Eichensee), geb. am 14. September 29, Geibring 6, 67245 Lambsheim. **Bezirk XII-II Scharfenrade:** Hans Vogel (Lindenfließ), geb. am 2. August 57, Am Hasenberge 10, 22335 Hamburg. **Bezirk XIV Borken:** Hartwich Marzinowski (Milussen), geb. am 7. März 54, Mellinstraße 66, 59457 Werl. **Bezirk XV Lyck-Land:** Wilhelm Norra (Sareiken), geb. am 1. April 38, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen. **Bezirk XVI Baitenberg:** Günter Donder (Stettenbach), geb. am 9. August 29, Halfengasse 23, 50735 Köln. **Bezirk XVII Klaussen:** Inge Küchler (Seebrücken), geb. am 29. Januar 36, Mühlenweg 7, 53578 Windhagen. **Bezirk XVIII Dippelsee:** Gerhard Fröhlich (Kalgendorf), geb. am 29. Juli 29, Achternkamp 9a, 26197 Großenkneten. **Bezirk XIX Grabnick:** Dr. Hartmut Kondoch (Grabnick), geb. am 8. Mai 28, Loreleistraße 101, 65929 Frankfurt. **Bezirk XX Fließdorf:** Paul Koyro (Nußberg), geb. am 29. August 44, Oberer Hilsigweg 5, 64689 Grasellenbach. **Bezirk XXI Gorlau:** Joachim Mazomeit (Steinberg), geb. am 9. Juli 32, Mittelstraße 1, 56589 Datzeroth.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Telefon (0 28 50) 10 17

Auszahlung Bruderhilfe – Mitte Juni wurden die von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und der Kreisgemeinschaft Neidenburg zur Verfügung gestellten Gelder an bedürftige Mitglieder der Deutschen Vereine in Neidenburg ausgezahlt. Nach wie vor erhalten viele Landsleute eine sehr kleine Rente oder sind arbeitslos und deshalb auf jede finanzielle Hilfe, wie auch Sachspenden, angewiesen. Alles wird dankbar angenommen. Kleidung und Medikamente nimmt weiterhin Marion Haedge (Anschrift und Telefonnummer stehen im Heimatbrief) entgegen und Sie sorgt auch für den Weitertransport nach Ostpreußen. In den in Neidenburg von den Deutschen Vereinen angemieteten Räumen werden alle Sachspenden deponiert und an Bedürftige ausgegeben. Des weiteren erfolgt dort ein regelmäßiger Deutschunterricht. Während des Aufenthaltes kam es auch zu einem Höflichkeitsbesuch beim neu gewählten Bürgermeister Dariusz Szypulski. Dieses Gespräch diente dem gegenseitigen Kennenlernen wie dem allgemeinen Informationsaustausch. Teilnehmer waren der Vorsitzende des Deutschen Vereins in Neidenburg, Albert Wylengowski, das für die Bruderhilfe mit verantwortliche Kreistagsmitglied Günther Ernst und der Kreisvertreter.



WEHLAU

Kreisvertreter (kom.): Hans Schlender, Telefon (0 4 0) 20 97 67 35, Fax (040) 20 97 30 80, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, E-Mail: hans.schlender@freenet.de

Einladung zum Hauptkreistreffen in Bad Nenndorf – Wir laden Sie, Ihre Familienangehörigen und Ihre Freunde ganz herzlich zu unserem großen Hauptkreistreffen vom 21. bis zum 23. September dieses Jahres nach Bad Nenndorf ein. Kommen Sie und verleben Sie mit uns ehemaligen Wehlauern und vielen Freunden des Kreises drei interessante und unterhaltsame Tage in der Wandelhalle des Kurparks. Lassen Sie sich von uns das ausführliche Programm des Treffens schicken oder informieren Sie sich im Internet unter www.kreisgemeinschaft-wehlau.de

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 27, zu beziehen.

Sonderausstellung 350 Jahre Wehlauer Vertrag – Am 6. September 2007, 17 Uhr, findet die Eröffnung unserer Sonderausstellung „350 Jahre Wehlauer Vertrag“ im Kreismuseum Syke statt. Diese Ausstellung, die das alte und das neue Wehlau in vielen Bildern und Modellen zeigt, läuft bis zum 7. Oktober 2007. Auch zu dieser Ausstellung laden wir Sie gern ein. Besuchen Sie bei dieser Gelegenheit auch unser Heimatmuseum auf dem Gelände des Kreismuseums in Syke. Das Museum ist geöffnet: Dienstag bis Freitag 14 bis 17 Uhr, Sonnabend 14 bis 18 Uhr, Sonntag und Feiertag 10 bis 18 Uhr. Eintritt frei. Kreismuseum Syke, Herrlichkeit 65, 28857 Syke, Telefon (0 42 42) 25 27, Fax (0 42 42) 31 18

Wieder »daheim«

Schlesiertreffen zurück im niedersächsischen Hannover

PAZ

In diesem Jahr wurde in der Messe Hannover das Schlesiertreffen begangen. Nach 18 Jahren kehrten die Schlesier mit dem Bundestreffen somit in ihr Patenland Niedersachsen zurück, aus dem sie Ministerpräsident Gerhard Schröder seinerzeit verbannt hatte. Der aktuelle niedersächsische Ministerpräsident Wulff hatte sich für die Rückkehr der Zusammenkunft der Schlesier nach Hannover eingesetzt.

Optimistisch stimmte, daß dieses Schlesiertreffen deutlich mehr Besucher hatte als das letzte Treffen 2005 in Nürnberg. Es kamen rund 50000 Teilnehmer, Einheimische sowie andere Ostdeutsche. Auffällig war, daß besonders viele junge Menschen darunter waren. Unter den geladenen Gästen befand sich auch der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg. In diesem Jahr war erstmals für Verkaufs- und Informationsstände sowie für die Heimatkreise nur eine Halle vorgesehen. Dies hat, neben der großen finanziellen Ersparnis, dem Treffen und insbesondere den Ständen sehr gut getan. Vor zwei Jahren verlief sich viel in den nicht ganz gefüllten Hallen. Die Informations- und Verkaufsstände decken beim Schlesiertreffen traditionell ein breites politisches Spektrum ab, das etwa von der „Gesellschaft für deutsch-polnische Verständigung“ des Apostolischen Visitators Breslau bis zu der Zeitung „Der Schlesier“ reicht.

Unter den Angeboten war wie auch schon vor zwei Jahren ein Stand des Bund Junges Ostpreußen. Dem wurde dieses Mal als gewissermaßen „ostpreußische Bastion“ großes landsmannschaftlich übergreifendes Interesse entgegengebracht. Für das leibliche Wohl in der Halle sorgten der bekannte schlesische Streuselkuchen sowie später natürlich auch der „Stonsdorfer“. Schlesische Wurstwaren fanden traditionell reißenden Absatz. Der Bunzlauer Keramik war natürlich auch ein eigener Stand gewidmet.

»Eine ostpreußische Bastion in Hannover«

Bei der offiziellen Eröffnung des Schlesiertreffens am Sonnabendmorgen in der Münchener Halle der Messe würdigte der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann den Wiederaufbau Niedersachsens nach dem Kriege, der zu einem erheblichen Teil auch den Schlesiern zu verdanken sei. Er stellte heraus, daß sich die Landesregierung vorgenommen habe, das ostdeutsche Kulturgut der Heimatstuben, sofern diese aus Personalgründen nicht mehr weitergeführt werden könnten, zentral in der Gedenkstätte in Friedland zu sammeln und zu katalogisieren. Somit solle dieses Kulturerbe erhalten und insbesondere auch der jungen Generation nahegebracht werden.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, bedankte sich bei der niedersächsischen Landesregierung, daß sie es wieder möglich gemacht habe, das Treffen in Hannover abzuhalten. Er bemängelte allerdings die mangelnde finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand insgesamt.

Fehlende finanzielle Unterstützung

Pawelka sprach auch die Probleme im deutsch-polnischen Verhältnis an, darunter auch die Lage der großen deutschen Volksgruppe in Oberschlesien. Er bemängelte, daß 15 Jahre nach dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag die dortigen Zusagen in bezug auf die Volksgruppen nicht ansatzweise eingehalten worden seien. Die vereinbarten deutschen Orts- und Straßenschilder in überwiegend von Deutschen bewohnten Orten sowie die offizielle Anerkennung von Deutsch als Hilfssprache in diesen Gebieten seien ausgeblieben. Pawelka mahnte an, daß Brücken von beiden Seiten gebaut würden. Er kritisierte, daß immer noch die polnischen Vertreibungsverbrechen von offiziellen polnischen Stellen sowie von polnischen Historikern geleugnet würden. Der Bundesvorsitzende bekräftigte, daß auch die noch offenen völkerrechtlichen Fragen gelöst werden müßten.

Bei der traditionellen politischen Großkundgebung ließ es sich der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff nicht nehmen, selbst das Wort an die Schlesier zu richten. Vorher erhielt allerdings der Limburger Weihbischof Gerhard Pieschl, ein in der katholischen Kirche inzwischen deutlich herausragender Streiter für das offene Wort und die Anliegen der Vertriebenen, die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft Schlesien, den Schlesierschild.

Wulff legte in seiner Rede zunächst das Schwergewicht auf die Integration der Vertriebenen nach dem Krieg. Er griff sodann die Kritik an der geplanten sächsischen Kreisreform, die die Tilgung des Namens „Niederschlesische Oberlausitz“ und damit des Namenszuges „Schlesien“ aus allen offiziellen Ortsbezeichnungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Folge hätte, vorsichtig auf und appellierte an das Bundesland Sachsen, diese Entscheidung zu überdenken. Wulff sagte zu, sich dafür einzusetzen, das Thema Flucht und Vertreibung mehr in den Unterricht in den Schulen einfließen zu lassen. Der Ministerpräsident lobte die Vertriebenen insbesondere für ihre Brückenfunktion in die Heimatgebiete.

Im Hinblick auf das Zentrum gegen Vertreibungen kritisierte Pawelka das Parteiengezänk um dessen Errichtung und Inhalt. Auch von der katholischen Kirche sei er enttäuscht worden: Er erinnerte an die Verstrickung der polnischen katholischen Kirche in die Vertreibung der Deutschen und verurteilte die ablehnende Haltung Kardinal Lehmanns und des Berliner Erzbischofs Sterzinsky gegenüber dem geplanten Zentrum.

Mit Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis benannte er erneut die mangelnde Bereitschaft der polnischen Seite, ihre Verpflichtungen aus dem Nachbarschaftsvertrag zu erfüllen. Polen habe so gut wie keine deutschen Kulturgüter zurückgegeben. Die alten Bestände der Lemberger Universität befänden sich selbstverständlich in Breslau und würden als Eigentum der polnischen Nation angesehen, während die Bestände der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Breslau mit der Begründung nicht an Deutschland herausgegeben würden, daß sie ja der Stadt Breslau gehörten.

Ein großes Interesse bei der Jugend

Wenn sicherlich die Gastreden der CSU-Politiker auf den vergangenen Treffen in Bayern einem mehr zusagten, so bleibt doch vor allem das große Interesse der Jugend als Erinnerung an dieses Treffen haften.



Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, war unter den geladenen Gästen.
Foto: privat

Elche, Elche über alles

Die Schutzgemeinschaft Deutsches Wild hat das ostpreußische Wappentier zum »Tier des Jahres« gekürt

Von Heinz J. Will

An allen Ecken findet man sie nicht, oft muß man stundenlang, manchmal auch tagelang nach ihnen suchen, doch ein Erfolg ist trotz aller Anstrengungen und Mühen nicht garantiert, und auch die größte Ausdauer bei der Spurensuche zeigt nicht das so sehr gewünschte Ergebnis. Das ist wohl jedem Jäger mit Büchse oder Kamera durch eigene Erlebnisse bekannt, der auf die Pirsch geht, um durch Wildbret für das Essen der Sippe zu sorgen, oder der eine gewaltige Elchschaufel als Jagdtrophäe ersehnt oder der solch phantastische und dramatische Fotos mit der Kamera „schießen“ möchte, wie es Martin Kakies gelang.

Aber plötzlich steht einer der gesuchten Kolosse dann doch vor dir, aufgetaucht aus dem schieren Nichts, ohne daß du es gemerkt hättest, und schaut dich ruhig, stumm und starr an, so als wollte er dir die nötige Zeit lassen, ihn in deine wirbelnde Gedankenwelt aufzunehmen, seinen Kinnbart zu bemerken und die gewaltigen Geweihschaufeln zu bewundern. Was gerade in seinem ramsnasigen Kopf vor sich geht, kannst du nicht wissen, aber du meinst doch, daß er dich studiert. Gerade willst du die Spitzen seiner riesigen Schaufel zählen, da dreht er sich plötzlich um, schreitet in die Büsche, die hinter ihm zuschlagen wie die Tür seines unendlich weitläufigen Hauses unter einem hohen Himmelszelt. Und dann stehst du da und bemerkst zu spät, daß du vergessen hast, den Auslöser deiner neuen, extra für diesen Augenblick gekauften Digitalkamera mit 10 Millionen Pixel zu drücken. Diesen „Elchtest“ wirst du sicherlich nicht vergessen.

Die Elche gab es in Ostpreußen schon, als die Pruzzen noch allein die Wälder durchstreiften und noch keine Ritter des Deutschen Ordens vom Papst den Auftrag hatten, das Christentum in diesem Elchland zu verbreiten. Ins römische Reich waren zwar schon Berichte über ein solches Fabeltier vorgedrungen, doch dieses sollte keine Kniegelenke haben und mußte sich zum Schlafen stehend gegen starke Bäume lehnen. Erst Sebastian Münster hat in seinem Buch „Von den teutschen Landt“ im Jahre 1544, also im Gründungsjahr der Königsberger Universität, mit dieser Mär aufgeräumt und eine verläßliche Beschreibung mit Abbildung veröffentlicht. Im 19. und 20. Jahrhundert waren in Deutschland die Standorte Kurische Nehrung und das Elchrevier, speziell der Ibenhorster Forst, für wild lebende Elche bei Jägern und Touristen berühmt. Es war ja auch in einem Badeort wie Schwarzort oder Sandkrug auf der Kurischen Nehrung ein „Mega-Event“ – wie mancher solch ein ungewöhnliches Ereignis heute zu nennen beliebt –, wenn ein aus Berlin, München oder auch Düsseldorf angereister „Sommerfrischler“ als ersten Badegast einen ausgewachsenen Elch, aus den Fluten steigen sah. Der Elch hat bis heute seine Lebensgewohnheiten beibehalten, auch wenn er nach Kriegsende von Wilderern mit und ohne Uniform fast ausgerottet wurde.

Der Elch hat in Ostpreußen eine starke Ausstrahlung gehabt und dies ist auch heute noch in der Bundesrepublik und darüber hinaus bis in alle Ecken der Erde spürbar. Wenn im Reit- und Pferdesport bei internationalen Turnieren um die ersten Plätze gekämpft wird, sind die Pferde mit der Elchschaufel – die Trakehner – immer dabei und sind somit die beste Werbung für Deutschland im allgemeinen und Ostpreußen im besonderen. Die Elchschaufel ist in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auch zum allgemeinen Symbol für die Ostpreußen und deren Vereine geworden. Unter Philatelisten sind Elchmotive bliebt, nicht nur aus Schweden und Kanada, sondern auch aus Ostpreußen.


Der imposante Elch: Kein Tier steht mehr für Ostpreußen. Foto: ddp

Bei dieser Wertschätzung des Elches konnte es gar nicht ausbleiben, daß er auch als bronzenes Standbild ein Stadtbild schmücken würde. Zuerst war Gumbinnen an der Reihe, wo im Jahre 1912 der von dem Bildhauer L. Vordermayer geschaffene Elch gegenüber dem Hotel Kaiserhof aufgestellt wurde. Der zweite Bronzeelch wurde im Jahre 1928 in Tilsit aufgestellt. Beide Elche wurden zu beliebten Treffpunkten der Bevölkerung, und von den vielen Besuchern dieser Städte wurden die überlebensgroßen Bronzetiere bestaunt. Beiden Elchen erging es wie vielen Ostpreußen selbst, sie wurden bei Kriegsende beschossen, erschossen, verstümmelt, verstoßen, in den Graben geworfen und verschleppt. Sowohl der Tilsiter als auch der Gumbinner Bronzeelch entkamen nur knapp dem Schmelzofen und wurden später in den Königsberger Zoo eingeliefert. Nach über 50 Jahren haben doch viele der jetzigen Einwohner dieser Städte der deutschen Vergangenheit einige positive Aspekte abgewonnen und daraus ist eine echte Bewegung „Wir wollen unseren Elch wiederhaben“ entstanden. Diese Initiative hat so viel Schwung und Energie entwickelt, daß beide Elche in ihre Stadt zurückkehren konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im Rahmen der Patenschaften für Gumbinnen und Goldap in Bielefeld und in Stade aus Erinnerung und Sympathie für die heimatvertriebenen Menschen bronzene Elchdenkmäler aufgestellt.

Der Elch hat auch viele Künstler so sehr beeindruckt, daß sie sich über Jahre mit ihm beschäftigten und manchmal sogar ein ganzes leben lang, wie etwa die Maler Kallmeyer, Friese, Bischoff und Rungius oder die Bildhauer Nebel und Vordermayer. Die durch das Engagement des deutschen Kaisers berühmt gewordene Cadiner Majolikafabrik hat ebenfalls mehrere Elchskulpturen geformt, die heute begehrte und wertvolle Sammlerstücke sind und auf Auktionen Höchstpreise erzielen.

Ich selbst habe mich immer wieder mit dem Elch und seiner Symbolik für Ostpreußen beschäftigt und während des Düsseldorfer Ostpreußentreffens 1994 meinen Elch „PRUZZO“ mit der unverwechselbaren Ostpreußenschaufel vorgestellt. Aber auch Dichter und Komponisten wie Brust, Kudnig und Eichen haben ihre Energie in dieses Thema investiert. Allen zusammen ist es gelungen, den Elch, der ja so stark und groß und mächtig ausschaut, jedoch an dem winzigen Insekt Rachenbremse elendig zugrunde gehen kann, als ostpreußisches Charaktertier darzustellen.

Obwohl heute in Bundesrepublik Deutschland keine Elche mehr in freier Wildbahn leben – auch wenn nach neuesten Berichten vereinzelt Elche westlich der Oder gesehen sein sollen – und nur hier und da in Zoos und Wildgehegen zu finden sind, ist die Erinnerung daran geblieben, daß der Elch zum heimischen Wild gehörte, denn zwischen Aalen, Reutlingen und Stuttgart in Württemberg über Berlin, Hamburg, Leipzig in Sachsen oder Fulda in Hessen bis zu vielen Orten in NRW, wie Viersen, Hamm, Dortmund oder Bochum, sind Straßen mit dem Namen „Elchweg“, „Elchdamm“, „Elchgraben“, „Elchbogen“ und „Elchtränke“ zu finden.

Durch die Schutzgemeinschaft „Deutsches Wild“ ist nun dem Elch die Ehre zuteil geworden, ein ganzes Jahr lang als das „Tier des Jahres“ durch die deutschen Lande zu streifen. Dies zeugt davon, daß seine herausragende Stellung unter den Hirscharten anerkannt wird.

Aufs Pferd gekommen

Ausstellung zum Trakehner im Ostpreußischen Landesmuseum

Am Freitag, 13. Juli 2007, um 19.30 Uhr, wird aus Anlaß der 275. Wiederkehr des Gründungsdatums des Hauptgestüts Trakehnen eine große Ausstellung in Lüneburg. Die Ausstellung selbst wird dann in wenige Gehminuten entfernten Ostpreußischen Landesmuseum zu sehen sein.



eröffnet, die die wechselvolle Geschichte der edlen ostpreußischen Warmblutpferde Trakehner Abstammung zeigt.

Die Eröffnungsveranstaltung beginnt im Festsaal der Handwerkskammer, Friedenstraße 6



Die vielfältigen Exponate der Ausstellung unterstreichen die besondere Bedeutung der Trakehner für die Kulturlandschaft Ostpreußen. Foto: OL

Gemeinsam mit dem Deutschen Pferdemuseum in Verden vorbereitet und vom Trakehner Verband unterstützt, kommt die Ausstellung nach einem respektablen Erfolg in Verden nun nach Lüneburg.

Der preußische König Friedrich Wilhelm I. gründete das „Königliche Stutamt Trakehnen" 1732 in einer durch die Pest menschenleer gewordenen Region.

In seiner wechselvollen Geschichte prägten zwei Hauptaufgaben das bedeutendste preußische Gestüt: die Versorgung des Militärs einerseits und der Landwirtschaft andererseits mit hervorragend geeigneten Pferden. Erst im 20. Jahrhundert begann der Pferdesport, heute die wichtigste Verwendung, eine Rolle zu spielen.

Die besondere Faszination des Hauptgestüts veranlaßte die Menschen, Gegenstände zu sammeln, wertvolle Stücke ebenso wie unbedeutende Papiere, wenn sie an das „Paradies der Pferde" erinnerten. Als Souvenirs aus dem fernen Ostpreußen oder als Umzugsgut blieben sie erhalten, längst bevor das Ende Trakehnens auch nur zu ahnen war.

Auf den Fluchtwagen 1944 / 1945 nahmen die Menschen die für sie wichtigsten Dinge mit, und auf diese Weise gelangten wertvolle Erinnerungsstücke in Sicherheit.

Viele davon kamen in die Depots der beiden Museen und werden nun gezeigt. Ergänzt werden sie durch Leihgaben aus zahlreichen privaten Sammlungen, die zum Teil noch niemals zuvor öffentlich präsentiert worden sind.

In einem Rundgang durch die Ausstellung erschließt sich dem Betrachter die Geschichte Trakehnens und der ostpreußischen Warmblutzucht anhand alltäglicher wie herausragender Ereignisse und Persönlichkeiten, bedeutender Pferde und Exponate. Inszenierungen, eine Hörstation mit Zeitzeugen-Interviews und Filmaufnahmen runden diese vielseitige Präsentation ab. *EB*

Die Sonderausstellung „275 Jahre Trakehnen – Mythos im Zeichen der Elchschaufel", läuft vom 14. Juli bis 21. Oktober. Sie kann dienstags bis sonntags jeweils von 10 bis 17 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg (Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 75 99 50, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, besichtigt werden.

Auf Spurensuche

Die Jagd nach Zeugnissen der eigenen Familiengeschichte

Von Renate Dopatka

Die Wiese scheint von Fröschen übersät. Oder sind es Kröten? Unsere Familie ist perplex. Besonders die, die hier geboren und aufgewachsen sind, wundern sich über das, was sich direkt vor ihren Füßen abspielt. Bei jedem Schritt, den wir tun, springen winzige braune Fröschlein aus dem hohen Gras empor, um sich vor unseren Schuhen und Sandalen in Sicherheit zu bringen. Ich blicke um mich und unterdrücke ein Lächeln angesichts der vorsichtig einherstaksenden Verwandtschaft. Man möchte keinen Frosch zertreten, möchte aber auch keinen der glitschigen Gesellen am nackten Bein hängen haben! Wie lange laufen wir schon durch diese grüne Wildnis? Eine halbe Stunde, eine Stunde? Ich habe jedes Gefühl für Zeit und Raum verloren ...

»Über sieben Frösche mußt du gehen«

Es ist Ende Mai. Über uns spannt sich ein zartblauer Frühlingshimmel, an dem einzelne blendendweiße Wölkchen segeln. Am Vorabend hat es noch wie aus Kübeln geschüttet, doch als ich in der Nacht erwachte und ans Fenster tappte, funkelte ein Meer von Sternen am tiefschwarzen Himmel.

Beruhigt legte ich mich wieder schlafen. Unser Ausflug würde nicht ins Wasser fallen! Und jetzt sind wir tatsächlich hier und beschreiten jenes Fleckchen Erde, von dem sich unsere Vorfahren ernährten. Doch nichts erinnert mehr an ihre Existenz. Alle Gebäude sind verschwunden, aus Ackerflächen wurde Wald. Nur die Wiese ist geblieben, auf der jetzt die Kühe der angrenzenden Nachbarn grasen. „Vielleicht sind Bullen darunter?" witzelt Cousin Rudi und reibt sich angesichts meiner roten Bluse skeptisch das Kinn.

Aber die kleine Herde bleibt friedlich, und so zockeln wir weiter durchs Gras auf der Suche nach – ja, nach was eigentlich? Wir wissen es nicht. Es gibt keine markanten Punkte, die einen Wiedererkennungswert haben; kein Haus, in das wir einkehren könnten, selbst vom Fundament ist nichts mehr zu sehen. Für uns Nachgeborene ist es weniger schlimm als für meine Mutter und ihre Geschwister. Die Augen suchen Vertrautes und finden Fremdes. Wo ist die Birke, auf die es sich so gut klettern ließ und deren Äste mit daumendicken grünen Raupen bestückt waren? Wo der Brunnen, aus dem meine Mutter mittels eines an langer Stange befestigten Eimers Wasser schöpfen mußte? Erinnerungen laufen ins Leere ...

Irgendwann geben wir unser reelloses Herumirren auf. Am Ende der Wiese, dort, wo der dunkle Schatten dichten Erlenwaldes aufragt, liegen Überreste gefällter Bäume. Auf ihnen lassen wir uns nieder, kramen Wurst und Brötchen aus dem Proviantkorb hervor und geben uns der Stille hin. Einer tiefen, lautlosen Stille, in welcher der Ruf des Kuckucks fast etwas Mystisches erhält. Die Gedanken kommen zur Ruhe. Wir haben alle Zeit der Welt. Nichts ist so wichtig wie der schweigende Wald und der riesige Himmel über uns.

Später, als wir den Graben entdecken, der das großelterliche Grundstück von dem des Nachbarn trennte, glauben wir die Erklärung für die seltsame Froschinvasion gefunden zu haben. Der Graben ist völlig zugewachsen, so daß das Wasser zur Frühjahrsschmelze nicht mehr abfließt, sondern die Wiese überflutet. Was einst nur Weidegrund war, wird so in schöner Regelmäßigkeit zu einem riesigen Laichgewässer. Auf dem Rückweg erleben wir eine kleine Schrecksekunde. Rudi ist verschwunden! „Er wird sich kurz in die Büsche geschlagen haben", beruhigen wir uns gegenseitig. „Ganz in der Nähe muß doch unser alter Brunnen gestanden haben", glaubt sich meine Mutter erinnern zu können. „Wenn die

Schrecksekunde auf dem Rückweg

Holzwandungen verfault sind und der Brunnen nicht zugeschüttet wurde ..." Und schon beginnt sie zu rufen. „Ruudi!" schallt es dem geheimnisvollen Dunkel des Waldes entgegen. Wir lauschen. Lauschen in die sich wieder ausbreitende Stille hinein, die plötzlich fühlbar geworden ist und uns die absolute Einsamkeit und Abgeschiedenheit dieses Landstrichs erst so richtig ins Bewußtsein brennt. Bange Sekunden vergehen, bis endlich feines Knacken im Unterholz ertönt und zwischen Gestrüpp und Baumstämmen Rudis Gestalt sichtbar wird. Ja, er hat sich in die Büsche geschlagen, ist danach noch ein bißchen rumgelaufen und hat – in Ermangelung von Weg und Steg – nicht gleich den Rückweg gefunden.

Der Tag geht glücklich zu Ende. Und doch ist die Bilanz, die ich abends ziehe, keine ausschließlich heitere. Noch hallen die sich in der Einsamkeit verlierenden Rufe in mir nach, noch spüre ich den stillen, herben Atem des Landes, und mir wird klar, warum der Blick zurück immer auch ein schwermütiger sein wird.

Gewichtseinheit | Märchenvolk in „Gullivers Reisen" | enthaltsam lebende Frau | Fachmediziner (HNO) | achten, anerkennen | verschleißen | wohlschmeckend | ein Balte | Früchte einbringen | wichtig, grundlegend | Vorname Strawinskys | hügelfrei, flach | eine der Gezeiten | griechische Friedensgöttin

Gefäß für Flüssigkeiten und Gase | dehnbares Hohlorgan | räuberisches Insekt

Fluss der Schweiz u. Frankreichs | faul; langsam | Kreuzesinschrift | japanische Hafenstadt

norddeutsch: lebhaft, rege | Omelett | Bildschirm

minus, abzüglich (Math.) | Beweisperson | norweg. Schriftstellerin (Sigrid) | Eingang | eine Ware bestellen | Buch für erste Eintragungen

Verordnung, Erlass | altrömisches Gewand | Zarenname | niedersächsische Stadt | ungebunden | schwerer Sturm

Geräte- oder Bodensportler | Denkvermögen, Einsicht | österr. Dichter (Rainer Maria)

altes nordisches Blasinstrument | wieder | kräftigend | Teil des Mittelmeeres | Begrenzung einer Fläche | Region der Rep. Südafrika | gleichbleibend

Bastfaser | Hohlmaß | Kfz-Zeichen Celle | Lichtspieltheater | feiner Spott

Krieger, Held | auserlesen, auserwählt | Haushaltsplan | Rundfunkgerät

festlicher Einmarsch | Chef e. Sportveranstaltung | Anteil, Anspruch (an einer Mine) | ein Schiff stürmen

Schlagader | Lederpeitsche der Kosaken | nicht sauer, bitter, salzig | Helligkeit | Schopf, Haarbüschel | gepflegt, sauber; hübsch

gemeinschaftsschädlich | Gebälkträger (Baukunst)

spanischer Maler | bestimmter Artikel | Kraftfahrzeug, Wagen | Durchsichtsbild (Kzw.)

Verkehrsstockung | den Inhalt entnehmen | Rückbuchung | Vorrichtung zum Heizen, Kochen | ital. Schauspielerin (Sophia)

Filmhund | Vermerk, kurze Aufzeichnung | ungebetener Gast; Teufel | Nagetier | sehr warm

Stadt in Franken | südamerikanischer Tee

eine Aufgabe bewältigen | Karteikartenkennzeichen | Bad im Spessart | musikalisches Bühnenwerk | Lebenshauch

Metallbolzen | Abkürzung für im Auftrag

Grill | Ansporn, Motivation | Künstler in Zirkus und Varieté

abwertend: reicher Mann | heftiger Unwille | Rauchfang, Schornstein

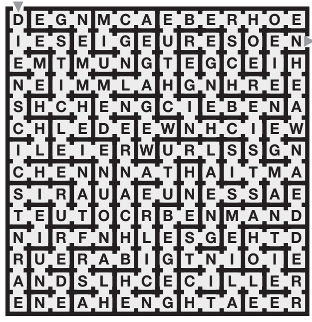
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Packeis, 2. Konzept, 3. Beifall, 4. Agentur, 5. Epistel, 6. Beamter, 7. lapidar – Pointer, Spaniel

Kreiskette: 1. Empore, 2. Treber, 3. Aerger, 4. Leiter, 5. Kleist – Portraetist

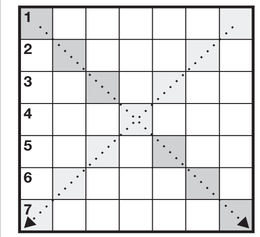
Labyrinth: Die Stimme der Natur laesst sich nicht ueberschreien.

Labyrinth



Kennen Sie das beklemmende Gefühl, wenn man sich in einem Labyrinth verloren sieht? Hier sind es nicht Sie selbst, sondern nur die Buchstaben, die verloren gegangen sind. Eingang und Ausgang des Labyrinths sind durch Pfeile gekennzeichnet. Wenn Sie nun richtig durch das Labyrinth laufen, ergeben die Buchstaben des Weges – hintereinandergelesen und richtig abgeteilt – ein Sprichwort.

Diagonalrätsel



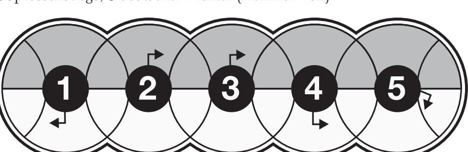
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Hunderassen.

1 Schifffahrtshindernis
2 skizzenhafter Entwurf, Plan
3 Applaus
4 Nachrichtenbüro
5 Apostelbrief
6 Staatsbediensteter
7 kurz und bündig

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Kunstmaler.

1 Kirchengalerie, **2** Brau-, Kelterrückstände, **3** Unwille, Verdrossenheit, **4** Sprossenstiege, **5** deutscher Dichter (Heinrich von)



Kirchberg und Weißenhorn zum Pfand

Vor 500 Jahren verpfändete Kaiser Maximilian I. Jakob Fugger für 50 000 Gulden die Grafschaft und die Herrschaft

Von Rüdiger Ruhnau

Was Geld für eine Macht sein kann, haben die Fugger der Welt gezeigt. Nur ein Fugger konnte es wagen, an den mächtigsten Souverän einer ganzen Epoche, an den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Karl V., einen solchen Brief zu schreiben: »Es ist bekannt und liegt am Tage, daß Eure Majestät die römische Krone ohne meine Hilfe nicht hätte erlangen können, wie ich denn solches mit eigenhändigem Schreiben der Kommissare Eurer Kaiserlichen Majestät beweisen kann.« Es war kein leichter Weg, den die heute noch existierenden fürstlichen und gräflichen Zweige der Fugger zurücklegen mußten, bis der Aufstieg zur modernen Wirtschaft mit Weltgeltungsanspruch gelang.

Der Ahnherr des Hauses Fugger, Hans Fugger, wanderte im Jahre 1367 als handelstreibender Weber nach Augsburg ein. Doch erst in der dritten Generation, unter Jakob Fugger, dem Reichen, dem Jüngeren, begann das große politische Geldgeschäft. Er lieh dem Erzherzog Siegmund von Tirol 23 627 Gulden und ließ sich dafür als Sicherheit einen Teil der Landschaft Tirol und der Tiroler Silbergruben verpfänden. Ein Jahr später gab Jakob Fugger dem Erzherzog ein zweites Darlehen von 150 000 Gulden. Dafür erhielt er die gesamte Silberausbeute der Grazer Bergwerke. Als die Regierung Tirols an den römisch-deutschen König und österreichischen Erzherzog Maximilian überging, wurden die Augsburger Fugger zu Gläubigern des späteren Kaisers.

Kaiser Maximilian I. war ein anderer Herrscher als der schon betagte Vater Ferdinand III. Mitten im Leben stehend, war der Gedanke der Universalmonarchie in ihm lebendig. Kein Kaiser vor ihm hat mit so heißem Herzen um die Machterweiterung des Reiches gerungen. Als er auf dem Reichstage zu Konstanz 1507 vergeblich an die Reichsstände appellierte, Geld für einen neuen Feldzug nach Italien zur Verfügung zu stellen, sprangen die Fugger für den ewig geldbedürftigen Maximilian ein:

Am 27. Juli 1507 verpfändete der Habsburger die Grafschaft Kirchberg und die Stadt Weißenhorn, beide in Schwaben, an den Augsburger Bankier Jakob Fugger, der sich dafür den Grafentitel einhandelte. Grund genug für die heutige Familie Fugger, in Augsburg das Jubiläum „500 Jahre Fugger in Kirchberg und Weißenhorn“ mit einer Reihe von festlichen Veranstaltungen zu begehen.

Seit Jahren schon diente Jakob Fugger der Reiche als Bankier der Römischen Kurie, nebst einer nicht geringen Zahl von Kardinälen und Erzbischöfen. Mit beträchtlichen Summen finanzierte er auch die Wahl Albrechts von Brandenburg zum Erzbischof von Mainz. Es war seinerzeit üblich, daß sich die Söhne regierender Fürsten geistliche Pfründen zu ihrer Versorgung sicherten. Albrecht von Brandenburg-Ansbach, bereits 1511 zum Hochmeister des Deutschen Ordens avanciert, erhielt, natürlich gegen erhebliche Bestechungsgelder, 1514 den Mainzer Bischofstuhl. Aus den regulären Einkünften des Erzbistums konnte er die Rückzahlungsraten der Fugger-Anleihe nicht aufbringen. Man verfiel auf ein dubioses Geschäft. Der Erzbischof ließ sich vom Papst die Einnahmen eines ausgeschriebenen Jubelablasses übertragen. In der Praxis sah das folgendermaßen aus: Den wandernden Ablaßprediger begleitete ständig ein Agent des Hauses Fugger, der den Schlüssel zum Ablaßkasten trug. Die Hälfte des eingegangenen Geldes ging nach Rom, die andere Hälfte wurde auf die bischöflichen Schulden an Jakob Fugger verrechnet. Der Ablaßhandel – „so bald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt“ – war bekanntlich ein Hauptgrund, der Martin Luther veranlaßte, gegen die katholische Kirche vorzugehen. In seinen Schriften schimpfte Luther, man sollte den Augsburgern „einen Zaum ins Maul legen“. Niemand von den reuigen Sündern hat damals wohl geahnt, daß sein Obolus bei den Fuggern landete.

Das größte politische Geschäft Jakob Fuggers war ohne Zweifel die Finanzierung der Kaiserwahl Karls V. Mit weit über einer halben Million Gulden engagierte er sich am Stimmenkauf der Kurfürsten für die Wahl des spanischen Königs zum Kaiser. Karl, ein Enkel Maximilians, war in Spanien aufgewachsen. Er hatte einen Gegenspieler, König Franz von Frankreich, der ebenfalls auf die Kaiserkrone reflektierte und den Kurfürsten großzügige Geldangebote machte. Als Geldgeber für beide kam nur der Fugger in Frage, kein anderer konnte die vielen Hunderttausende aufbringen, welche die Kurfürsten für ihre Stimmen verlangten. Jakob Fugger konnte also wählen. Er entschied sich für den spanischen Habsburger.

Wieder erwies sich der Augsburger als ein genialer Kaufmann. Denn inzwischen waren Berichte von der Entdeckung der Neuen Welt in Europa eingetroffen, wo Berge von Gold nur darauf zu warten schienen, per Schiff nach Spanien transportiert zu werden. Bis zum Ende seiner langen Regierungszeit, die von 1519 bis 1556 dauerte, blieb Karl V. abhängig von der Finanzkraft des Hauses Fugger. Die Augsburger Kaufmannsfamilie beherrschte die Edelmetallmärkte von Rom, Venedig und Antwerpen. In Spanien sicherten sie sich das ertragreiche Quecksilbergeschäft. Ihre Faktoreien standen in Skandinavien, im Baltikum, in Rußland und Portugal, sie rüsteten die erste deutsche Gewürzflotte aus, sie manipulierten die Wechselkurse der Währungen und erzielten zweistellige Renditen. Im Augsburger Handelskontor liefen die Fäden der damaligen Weltwirtschaft zusammen.

Ein halbes Jahrhundert lang bildete Danzig einen wichtigen Umschlagplatz für den Fuggerschen Kupferhandel. Jakob Fugger hatte die Bergwerksrechte der ungarischen Kupfergruben erworben, die Kupferlieferungen erfolgten auf der Weichsel über Krakau, Thorn nach Danzig. Dort wurde das Metall zunächst gelagert und dann weiter per Schiff in die Niederlande transportiert. Ein Teil des Kupfers, die Lieferung erfolgte als Vierkantkupfer, nahmen die einheimischen Messing- und Bronzegießereien ab, die mit Büchsenmachern zusammenarbeiteten. Die heute noch vorhandenen Rechnungs- und Inventarbelege gestatten eine genaue Übersicht der nach dem Westen verschifften Kupfermengen.

Der alte, geadelte Jakob Fugger besaß große Stadthäuser, Landsitze und Schlösser, er war Herr über 100 Dörfer mit 6500 Bauern. Seine Gewinne legte er in Grund und Boden an, die Erben verpflichtete er testamentarisch, diese Besitzungen unter keinen Umständen zu verkaufen. Wenn er auch Geschäfte „um des Gewinns willen“ machte, eine großartige soziale Tat überlebte ihn bis in die Gegenwart. Er errichtete in seiner Heimatstadt die älteste Sozialsiedlung der Welt, die allseits berühmte „Fuggerei“.

Inmitten Augsburgs, anstelle ärmlicher Holzhütten, entstand eine Mustersiedlung mit freundlichen Häusern, sauberen Gassen und Plätzen. Jakob Fugger ließ einen Vertragsbrief entwerfen: „Gott dem Allmächtigen zum Lobe und zur Förderung des eigenen Seelenheils haben wir für arme Bürger zu Augsburg etliche Häuser in Bau genommen und soll der Hauszins im Jahr 1 Gulden betragen“. Als Albrecht Dürer im Jahre 1520 nach Augsburg kam, um Jakob zu malen, führte dieser seinen berühmten Gast selbst in die „Fuggerei“. Über dem Herrentor konnte Dürer auf einer Tafel lesen: „Die Brüder Ulrich, Georg und Jakob Fugger haben aus Frömmigkeit und daß sie ihr Vermögen der Güte Gottes danken, 106 Wohnungen ihren Mitbürgern geschenkt.“

Die Leistungen der späteren Fugger-Generationen lagen vor allem auf kulturellem Gebiet. Aus den geschäftsinnigen Kaufleuten wurden kunstsinnige, ihren Wohlstand auslebende Ästheten, die zu den Mitbegründern der späteren Bayerischen Staatsbibliothek zählten. Ihre Schlösser und Patrizierhäuser künden auch nach fünf Jahrhunderten vom Ruhm und Reichtum des einst mächtigsten deutschen Handelshauses.





Gläubiger und Schuldner: Jakob Fugger der Reiche, der Jüngere (links) und Kaiser Maximilian I. (oben) Foto: Archiv

Informationen über das am 28. dieses Monats beginnende Jubiläumsprogramm „500 Jahre Fugger in Kirchberg und Weißenhorn“ enthält der Internet-Auftritt der Familie unter www.fugger.de/de/l3_veranstaltungen.htm. Dort kann auch ein Prospekt heruntergeladen werden. Eine Alternative besteht darin, sich an die Fürstlich und Gräflich Fuggersche Stiftungs-Administration, Fuggerei 56, 86152 Augsburg, Telefon (08 21) 31 98 81-0, Telefax (08 21) 31 98 81-12, zu wenden.

Sexuelle Aufklärung war ihr Anliegen

Vor 100 Jahren kam die ehemalige Bundesministerin für (Jugend, Familie und) Gesundheit Käte Strobel zur Welt

Von Hans Lody

Käte Strobel gehört zu der Sorte Politiker, die heute kein Mensch mehr mit Namen kennt, aber bei der die Folgen ihres politischen Handelns bis heute noch spürbar sind. Rentenkatastrophe, Kinderarmut, auf dem Kopf stehende Alterspyramide, von der Schließung bedrohte Schulen und der Bevölkerungsexodus in weniger bevorzugten Stadtquartieren sind einige Erscheinungsformen, die unter dem verniedlichenden Begriff „demographischer Wandel“ zusammengefaßt werden. Sie sind das Ergebnis einer verfehlten Familienpolitik, deren Ausgangspunkt einen Namen hat: Käte Strobel.

Am 23. Juli 1907 erblickt die Nürnbergerin als viertes von sieben Kindern des Schuhmachers Friedrich Müller und der vormaligen Köchin Anna in der Arbeitersiedlung Gartenstadt das Licht der Welt. Der Vater engagiert sich bei der politischen Linken, später auch bei deren radikaler Ausprägung, der USPD. So durchläuft auch die Tochter eine entsprechende „Karriere“. Den Weg zur KPD gehen beide jedoch nicht.

1920 tritt sie in die Sozialistische Arbeiterjugend ein. Ab 1923 gehört sie dem Reichsvorstand der SPD-Jugendorganisation „Die Falken“ an. 1925 erfolgt der SPD-Beitritt. Im selben Jahr wird sie Helferin bei den „Kinderfreunden“, einer der Sozialistischen Arbeiterjugend nahestehenden laienpädagogischen Bewegung, und übernimmt dort bald den Vorsitz.

Beruflich ist Käte Strobel ab 1923 als Bürokraft beim bayerischen Landesverband für Obst- und Gemüseanbau tätig. Diese Tätigkeit übt sie bis 1938 aus, als sie ihr erstes Kind Traudel bekommt. 1941 folgt Ilse.

Vater beider Mädchen ist der Schriftsetzer Hans Strobel, mit dem sie seit 1928 verheiratet ist. Er ist wie sie Sozialdemokrat und nach der „Machtergreifung“ kommt er mit der nationalsozialistischen Staatsführung in Konflikt. 1934 wird er wegen Vorbereitung eines Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und später in das Konzentrationslager Dachau überstellt, aus dem er 1937 entlassen wird. Während des Krieges dient er bei einer Bewährungseinheit. 1946 kehrt er aus jugoslawischer Kriegsgefangenschaft zurück. Währenddessen erzieht Käte Strobel die beiden gemeinsamen Töchter.

1949 gehört Käte Strobel zur ersten Garnitur der SPD und zieht in den Deutschen Bundestag ein. 1958 wird sie Abgeordnete des Europaparlaments, aber von einigen frauenpolitischen Aktivitäten abgesehen wird sie nicht auffällig, bringt es aber während ihrer Parlamentszugehörigkeit immerhin bis zur Vizepräsidentin.

Ihr Stunde kommt 1966, als sie bei der Bildung der Großen Koalition das Gesundheitsministerium übernimmt, das nach dem Wechsel von der schwarz-roten Großen zur rotgelben Kleinen Koalition im Jahre 1969 unter ihrer Führung mit dem Ministerium für Jugend und Familie zusammengelegt wird.

Hatten sich Amtsvorgänger wie Franz Josef Wuermeling vor allem für die materielle Besserstellung von Kindern und Familien eingesetzt, waren Käte Strobel andere Sachen wichtig. „Familienplanung“, Antibabypillen, ein Sexualkundeatlas und ein Aufklärungsfilm, „Helga“, lagen ihr am Herzen, wobei die beiden letzten Dinge auch unter Personenkreisen Liebhaber fanden, für die sie nicht gedacht waren. Ähnliches passierte ihrem Parteifreund, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, als vor einigen Jahren für Schulkinder die Broschüre „Let's talk about sex“ aufgelegt wurde, diese dann aber auf den Landratsämtern bei zahlreichen Rentnern reißenden Absatz fand.

Nach der Bundestagswahl 1972 schied Käte Strobel aus der Bundesregierung und dem Bundestag aus und widmete sich dann der Nürnberger Kommunalpolitik. 1978 schied sie auch aus dem Nürnberger Stadtrat aus.

Am 26. März 1996 starb Nürnbergs Ehrenbürgerin in ihrer Heimatstadt. Zwar versucht die SPD mit gelegentlichen Gedenkveranstaltungen ihrer zu gedenken, aber der Erfolg ist eher mäßig. Dabei fiel in ihre Amtsführung ein nicht zu unterschätzender Teil des „demographischen Wandels“, zu dem sie das Ihrige beitrug und unter dessen Folgen wir heute noch leiden.



Käte Strobel Foto: Archiv

MELDUNGEN

Sonnenbrille nicht vergessen

Senden – Bei der sommerlichen Gebirgswanderung ist eine Sonnenbrille mit UV-Schutz Pflicht. An sonnigen Tagen sollten die getönten Gläser allerdings auch im Flachland getragen werden. „Zu viel Sonnenlicht kann ansonsten zu Bindehautreizungen, einer schmerzhaften Verblitzung oder im schlimmsten Fall zu einer Hornhautverletzung führen", sagt Georg Eckert vom Berufsverband der Augenärzte Deutschlands. Wichtig sei die Sonnenbrille vor allem am Meer oder Badesee, da die Wasseroberfläche zusätzlich das Sonnenlicht reflektiert. „Aber auch wer länger in der Stadt spazierengeht, sollte sich vor dem direkten Licht schützen", sagt Eckert. Geeignet seien Sonnenbrillen aus dem Fachhandel, die das CE-Zeichen tragen. Keinesfalls auf eine Sonnenbrille verzichten sollten Menschen, die an hellen Tagen im Freien arbeiten müssen. „Mittelfristig kann zu viel direktes Sonnenlicht zu einer Veränderung der Linse führen und einen grauen Star begünstigen", betont Eckert. Kurzfristig zu viel Sonne macht sich durch Schmerzen, Tränenfluß oder ein Fremdkörpergefühl im Auge bemerkbar. „Hilfe bieten meist Tropfen, die dem natürlichen Tränenfilm entsprechen", sagt Eckert. *ddp*

Märchen, Sagen und Legenden

Bremen – Die „Deutsche Märchenstraße" beweist, daß Deutschland nicht nur im Jahr 2006 ein Sommermärchen war. Die über 600 Kilometer lange Ferienstraße mit über 60 Stationen begeistert schon seit mehr als 30 Jahren ihre Besucher mit Geschichten aus der Welt der Märchen, Sagen und Legenden. Und das Interesse an der Reise ins Märchenland von Bremen bis nach Hanau über Göttingen, Kassel und Marburg wächst.

Nichts für Seekranke

Kreuzfahrten liegen stark im Trend, doch der Reisende sollte vorher einiges bedenken



Eines von vielen neuen Urlaubsdomizilen: Das Kreuzfahrtschiff „AIDAdiva" läuft in den Hamburger Hafen ein. Foto: ddp

Kreuzfahrten boomen, und das Angebot wird ständig größer. Immer mehr Erholungssuchende spielen mit dem Gedanken, im Urlaub einmal auf große Fahrt zu gehen. Wer sich gut informiert, findet schnell die passende Reise und das passende Schiff: Die Auswahl reicht vom Billigkreuzer bis zum Luxusliner.

„Kreuzfahrten sind längst nicht mehr so elitär wie noch vor einigen Jahren", sagt Volker Schmidt von der Internet-Schulungsplattform Cruise Campus. Das gestiegene Angebot habe auch günstigere Preise hervorgebracht. Auf den meisten Schiffen gehe es wesentlich lockerer zu als noch vor Jahren: „Eine normale, sportlichlegere Garderobe ist in der Regel völlig ausreichend. Abendrobe oder Dinnerjacket gehören nur noch auf den Fünf-Sterne-Schiffen zwingend ins Gepäck."

Um herauszufinden, ob ein Urlaub auf See zu den persönlichen Ansprüchen paßt, empfiehlt der Experte es auf einer kurzen Tour auszuprobieren. Vor allem, da eine Kreuzfahrt für viele Menschen immer noch etwas ganz Besonderes ist – und deshalb auch zu speziellen Anlässen unternommen wird. „In solchen Fällen ist die Reise meistens nicht ganz billig. Bevor man viel Geld ausgibt und dann merkt, daß einem das Bordleben nicht zusagt, sollte man sich auf einer Schnupperkreuzfahrt testen", rät Schmidt. Diese dauern vier bis fünf Tage, die Schiffe befahren Routen auf Nord- und Ostsee.

Auch Fährverbindungen nach Schweden oder Norwegen eignen sich zum Ausprobieren. Denn auch das Thema Seekrankheit ist nicht unwichtig: „Manche Menschen werden einfach schnell seekrank. Für sie ist eine Kreuzfahrt vielleicht nicht unbedingt die passende Urlaubsart", mahnt der Kreuzfahrtexperte. Auch wenn es auf großen Schiffen kaum noch schaukelt – etwas Seegang ist meistens zu spüren. Das kann man schon bei der Buchung berücksichtigen: In der unteren Schiffsmitte ist das Schwanken am wenigsten zu spüren.

Die Wahl der Kabine hat auch einen großen Einfluß auf den Preis. Wer hauptsächlich die Angebote des Schiffes nutzen möchte oder meistens an Deck ist, könnte das Geld für die teurere Außenkabine sparen. Wer sich jedoch gerne zurückzieht, für den wäre eine Kabine mit Balkon interessant.

An Bord gibt es in der Regel Vollpension. Extras wie Getränke an der Bar, Wellness-Behandlungen und Ausflüge müssen meistens zusätzlich bezahlt werden. Dazu bekommt man beim Einchecken häufig eine Bordkarte, für die man seine Kreditkarte oder Bargeld hinterlegen muß. „Oft kann man auf der Bordkarte ein Limit festsetzen, damit man den Überblick behält", sagt Schmidt. Um am Ende keine unliebsamen Überraschungen zu erleben, ist es ratsam, vorher zu klären, ob Trinkgelder extra berechnet und automatisch von der Karte abgebucht werden.

Damit die Kreuzfahrt rundum ein gelungener Urlaub wird, sollte man sich fragen, was man an Land gerne macht. Oft genug gebe es dazu ein Gegenstück auf dem Wasser: „Die Bandbreite reicht von den riesigen amerikanischen Cruisern mit Shoppingmall und Casino bis zu den kleinen Expeditionsschiffen." Während die Passagiere der ersteren das Schiff während der Reise kaum verlassen, gelten diejenigen der letzteren als wahre Bordflüchter. Und wer seekrank wird, kann es mit einer ruhigen Flußkreuzfahrt versuchen. *ddp*

Unterwegs auf Himmelswegen

Neue Erlebnisroute in Sachsen-Anhalt um die Himmelsscheibe Nebra

Von Cornelia Höhling

Es scheint, als habe der Tourismus den Himmel entdeckt. Nicht genug, daß neben Astronauten schwerreiche Abenteurer ins All vordringen. Seit neuestem kann jeder Urlauber auf Himmelswegen wandeln. Dabei bedarf es nicht einmal einer Himmelsleiter, wie das Kunstwerk des Magdeburger Bildhauers Heinrich Apel, das die Pforte des Domschatzgewölbes zu Naumburg schmückt, glauben machen könnte. Die doppelchörige Anlage des Naumburger Doms mit den lebensgroßen Stifterfiguren Uta und Ekkehard gilt seit Jahren als die meist besuchte Attraktion an der „Straße der Romanik". Nach dem spektakulären Fund der 3600 Jahre alten Himmelsscheibe von Nebra entstand im südlichen Sachsen-Anhalt eine neue touristische Erlebnisroute.

Die „Himmelswege", die durch das liebliche Saale-Unstrut-Tal führen, verbinden vier Stationen miteinander. Nicht nur Archäologieliebhaber kommen hier auf ihre Kosten, sondern auch Kulturtouristen und Aktivurlauber wie Radler, Wanderer und Kanufahrer, für die der Burgenlandkreis von jeher ein gefragtes Reiseziel ist.

Ganz gleich, ob man mit Auto, Drahtesel, Kanu oder auf Schusters Rappen unterwegs ist – zunächst geht es nach Goseck. Auf halbem Wege zwischen Naumburg und Weißenfels fällt auf freiem Feld eine etwa 2,60 Meter hohe Palisadenanlage von rund 75 Meter Durchmesser ins Auge: das älteste bekannte Sonnenobservatorium Europas, vielleicht sogar der Welt. Die bereits vor 7000 Jahren, also über 2000 Jahre vor dem südenglischen Stonehenge errichtete und in Anlehnung an dieses auch „Woodhenge" genannte steinzeitliche Kultstätte half den Bauern, die Zeit der Aussaat und Ernte zu bestimmen.

In Mitteleuropa gäbe es etwa 200 Anlagen dieser Art, sagt Archäologe Alfred Reichenberger, aber Goseck sei die einzige, die authentisch mit 1675 Eichenpfählen rekonstruiert wurde und heute ein beliebter Platz für Volksfeste ist. Drei Öffnungen im doppelten Palisadenring markieren zur Sommer- und Wintersonnenwende den Sonnenauf- beziehungsweise -untergang. Eine phänomenale Akustik im Inneren des Kreises lasse vermuten, daß hier auch Recht gesprochen worden sei, erklärt er. Nur 15 Minuten Fußweg entfernt werden im benachbarten Schloß Goseck, in dem auch Unterkünfte zur Verfügung stehen, Forschungsergebnisse vermittelt.

Der Besuch bei der „Dolmengöttin" ist ein wenig enttäuschend, wäre da nicht ihr beeindruckendes Alter. Bei Langeneichstädt gleich neben einem mittelalterlichen Wachturm auf einer natürlichen Erhebung trifft man auf die 1,76 Meter lange Stele. Die Menhirstatue gehört zu einem 4500 Jahre alten, jungsteinzeitlichen Großsteingrab. Während die Eichstädter Warte im 15. Jahrhundert mit dem nahe liegenden Galgen an bedeutenden Grenzwegen von Bistümern zur Beobachtung und Signalgebung diente, ging es bei der Dolmengöttin ganz klar um die Fruchtbarkeit für Mensch, Tier und Feldfrüchte.



Altertum: Darstellung der Himmelsscheibe von Nebra Foto: ddp

Im Burgenlandkreis gab es schon früher besonders fruchtbare Böden und große Mengen an Wild. Bereits in vorchristlicher Zeit muß es der „Himmel auf Erden", das Paradies, gewesen sein. Den Beweis für diese Bedeutung als Kernland deutscher und europäischer Geschichte erbrachte nicht zuletzt der Fund der ältesten bisher bekannten Himmelsdarstellung rund 23 Kilometer von Goseck entfernt. Die 32 Zentimeter große und 2,3 Kilo schwere Bronzescheibe mit Sonne, Mond und genau 32 Sternen – 25 Sterne des Nachthimmels und die sieben Plejadensterne – war in einer Zeit ohne Schrift eine möglicherweise verschlüsselte Anleitung zur Ordnung der Zeit und der Jahreszeiten für den Ackerbau.

Ein 30 Meter hoher Aussichtsturm in Form einer überdimensionalen Sonnenuhr markiert die Fundstelle auf dem Mittelberg bei Nebra inmitten eines Naturparks und Landschaftsschutzgebietes. Durch einen Shuttleservice ist er mit dem Besucherzentrum „Arche Nebra" im Ortsteil Wangen verbunden, die malerisch über dem Unstruttal schwebt.

Die multimediale Präsentation der Ausstellung mit Planetarium und Kaspertheater um den Raubfund der Himmelsscheibe informiert spielerisch und macht den Besuch zum Erlebnis für die ganze Familie. Sogar der „Geist" der benachbarten Kaiserpfalz Memleben tritt in Erscheinung und gibt manch wichtige Erklärung.

Komplett werden die „Himmelswege" erst, wenn am 23. Mai 2008 in Halle / Saale das Landesmuseum für Vorgeschichte wieder öffnet und die Originalhimmelsscheibe in der Dauerausstellung zeigt. Aber schon jetzt lohnt sich der Blick in die Sterne, verbindet er uns doch mit den Menschen der Bronzezeit.

Und wer immer noch nicht im siebten Himmel schwebt, dem kann auf der Saale-Unstrut-Weinstraße, dem 664 Hektar großen nördlichsten Qualitätsweinanbaugebiet, mit der Verkostung so manchen guten Tropfens geholfen werden.



SUPER-ABOPRÄMIE

für ein Jahresabo der





3 x Preußen für Sie als Geschenk

Unser wertvolles Preußen-Paket, bestehend aus zwei Büchern und einer DVD.

B. Schrader, Franz Kugler
Friedrich der Große und seine Zeit in Bild und Wort

In diesem Bildband sind die meisterhaften und inzwischen als klassisch zu bezeichnenden Darstellungen von Menzel, Chodowiecki, Rössler, Camphausen, Schadow und anderen Künstlern vereinigt, die mit den Texten des bekannten Historikers Kugler ein facettenreiches Bild der geschichtlichen Größe dieses bedeutendsten Preußenkönigs und seiner Zeit geben.
Geb., 194 Seiten, 90 Tafeln, 124 Abbildungen im Text, Querformat 26,5 x 22,5 cm, traditionelle Fadenbindung

Die Schlacht bei Auerstedt am 14. Oktober 1806

gehört zu den Schicksalsereignissen der deutschen und europäischen Geschichte. Gemeinsam mit der zeitgleich stattfindenden Schlacht bei Jena hat sie sich tief in die Erinnerung der Menschen dieser Region eingegraben.

Etwa 200 Jahre nach der Schlacht ist die vorliegende Produktion der Versuch, dieses historische Ereignis auch aus der Sicht der Auerstedter Landbevölkerung darzustellen. Dazu wurden überlieferte Szenen von 1806 zum Teil an Originalschauplätzen nachgestellt. Mit Hilfe von Spielszenen, animierten Karten, historischen Abbildungen und Texten erzählt dieser Film die Geschichte der Schlacht von Auerstedt.

DVD





Topographisch-militairischer Atlas von dem Königreiche Preußen

Ein beeindruckendes und einzigartiges Kartenwerk von 1810.

Dieser Atlas zeigt einfach alles!
Ein prachtvolles und ergiebiges Werk für jeden Heimat- und Geschichtsfreund! Eine Fundgrube für alle Kartensammler!
Grandios und außergewöhnlich ist seine Genauigkeit!
Auf den bestechend gezeichneten Kartenblättern finden Sie jeden Ort, jede Poststation, jede Straße, Festungen, Vorwerke, Kirchen und Kapellen, Wirtschaftsbetriebe, Brücken und Schleusen, Wiesen und Moore – ja sogar einzelne Häuser und Baumgruppen.
30 faszinierende Detailkarten!
Herausgegeben wurden die außergewöhnlichen Karten von dem berühmten „Geographischen Institut in Weimar".

Lesen Sie die **Preußische Allgemeine Zeitung**

- **Informationen**, die Hintergründe aufzeigen.
- **Themen**, die Sie woanders nicht lesen.
- **Kommentare**, die aussprechen, was andere verschweigen.

ANTWORT COUPON

Einfach absenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Parkallee 84/86
20144 Hamburg
oder am schnellsten per
SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich das Preußen-Paket für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preußischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

✗ Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung und möchte das Geschenk-Paket Preußen

bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung   gegen Rechnung

Name/Vorname:

Straße/ Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

Geldinstitut:

Datum, Unterschrift

Wir stehen in der Verantwortung für Afghanistan

Betr.: „Über das Sterben in Afghanistan“ (PAZ Nr. 26)

Hier denke ich ganz anders, wenn es auch nicht möglich ist, auch nur einen der von Gerd Komossa bedachten Aspekte lupenrein zu widerlegen. Das Leben ist komplex und bleibt es – auch hinsichtlich der Frage unserer Beteiligung am Afghanistan-Einsatz.

Ich setze der Abhandlung folgendes entgegen: Unser Parlament nickt grundsätzlich jedweden Einsatz der Bundeswehr, den die USA verlangen, ab, befürwortet jede Verlängerung und genehmigt die Verwendung unseres militärischen Kontingents als Abteilung des Technischen Hilfswerks mittels Tornado-Einsatz als Kriegsteilnehmer. Wenn auch jeweils wochenlang öffentlich eingeschworen – in den Fragen von Leben und Tod nickt das Parlament. Somit müssen deutliche Worte gefunden werden.

Wie ein Initiator und 19 andere Nationen handeln, enthebt uns nicht der Verantwortung. Und sind wir nicht das Volk der Erde, das am besten weiß, was das ist: ein moderner angelsächsischer Krieg? Müssen wir nicht aus einer Erfahrung und Einsicht handeln, durch die Amerika und England nicht hindurch zu gehen brauchten? (Hier liegt ja auch ein Teil der Erklärung: Sie wissen nicht, was sie tun!) Um Terroristen auszuschalten, ist es doch kein Weg, ganze Länder in Blut, Tränen und Schutt versinken zu lassen. Aber es geht ja auch um Öl, Bodenschätze, Nähe zur chinesischen Grenze (und die sanfte Besetzung ehemaliger Satelliten Rußlands) Das machen wir mit! Das! Nein, wir können nicht warten, bis ein Boß und 19 Mittäter den Rückzug gestatten.

Es schrieb ein Flüchtling, dessen Familie die Rückkehr nach Schlesien an der Grenze verweigert wurde.

Gudrun Schlüter, Münster

Teure Verteidigung am Hindukusch

Betr.: „Der Halbkreis steht für den Tod“ (Nr. 25)

Da hat also unser ehemaliger Kriegsminister Struck 2003 deutsche Soldaten nach Afghanistan geschickt, um am Hindukush die Bundesrepublik zu verteidigen. Wahrscheinlich wußte er gar nicht, wo Afghanistan liegt, oder war vorher längere Zeit in den USA gewesen. Der Durchschnittsamerikaner mit seinen katastrophalen geographischen Kenntnissen weiß das nämlich auch nicht; ein Manko, dem unsere eigene Pisa-Generation stark nacheifert, obwohl mir da bei Struck betreffend Pisageneration aus Altersgründen gewisse Zweifel kommen. Es kam natürlich, wie es kommen mußte: Die ersten deutschen „Gefallenen“ sind zu vermelden! Es ist schon eine infame Konsequenz, die inzwischen auch von Schäuble geteilt wird! Wir verteidigen unsere Sicherheit am Hindukush gegen Terroristen, die es nicht geben würde, wenn wir nicht dort wären. Übrigens, dem damaligen Kriegsminister Struck kosteten die Auslands-Einsätze der Bundeswehr im Jahre 2003 1,4 Milliarden! Jetzt in 2007 berappt der deutsche Steuerzahler allein für Afghanistan 540 Millionen. Das macht aber nichts, solange wir in Deutschland noch ein schröpfbares Rentnerpotential haben, das bei Umstellung der DM um die Hälfte seiner Rente geprellt wurde. Nichtsdestotrotz möchte ich allen unseren Politikern, die sich gerne „Volksvertreter“ nennen, ihnen hier speziell Verrat am deutschen Volk, an der Wahrheit, an deutschen Interessen und vor allem am Grundgesetz vorwerfen und ihnen ein Gedicht ins Gedächtnis (so sie eins haben) rufen von Fontane, deutscher Dichter und Schriftleiter der „Vossischen Zeitung“ 1819 bis 1827.

B. Jordan, Landstuhl

Zur Rechenschaft

Betr.: „Das linke Opfer-Design“ (Nr. 24)

Nehm hätte sehr wohl erkennen können, was er da anrichtet. Findet sich kein mutiger Jurist, der versucht ihn zur Rechenschaft zu ziehen?

Der Schaden, den der Mann angerichtet hat, ist beachtlich.

Klaus Gröbig, Berlin

Strippenzieher

Betr.: „Staatsdiener mit mächtigen Feinden“ (Nr. 25)

Es ist zu hoffen, daß der Abstand und der Tod zu mächtiger Geschichtsfälscher und die Reinigung eines verkommenen Zeitgeistes Waldheim die Ehre zurückgeben, die ihm immer zugestanden hat.

Es dürfte einmal zu untersuchen sein, wie die Kampagne gegen den verdienten UN-Generalsekretär Waldheim gelaufen ist und wer die Strippen gezogen hat. Es erschreckt, wie Mitmenschen durch verlogene Kampagnen nahezu vernichtet werden können.

Anton Pieber, Köln



Markt in der Millionenstadt Mazar-i-Sharif in Afghanistan: Das nahegelegene Camp Marmal ist das größte Lager der Bundeswehr in Afghanistan. Die dort stationierten Soldaten wagen sich aber kaum noch in das Menschengetümmel der Stadt. Foto: ddp

Glocke wieder da

Betr.: „Dreister Diebstahl“ (Nr. 23)

Die Glocke, die vom Gelände der Ost- und Westpreußenstiftung gestohlen wurde – die *Preußische Allgemeine* berichtete in Nr. 23 – ist entdeckt worden.

Ein Altmetallhändler – zuerst hieß es aus Thüringen, dann aus dem Allgäu – hatte sie von einem Metallhändler in Bad Wörishofen erworben, der angegeben habe, sie sei bei ihm abgestellt worden. Diese Nachricht soll auch eine Agenturmeldung sein, und zwar von dpa.

Bernhardt Arendt, München

»Von der Rolle«

Betr.: Grundsatzprogramm

„Der Islam ist mit unserem Rechtstaat vereinbar“ soll im neuen CDU-Grundsatzprogramm stehen. Angesichts des weltweiten, teils auch von Geistlichen gebilligten islamistischen Terrors würde ein derart pauschaler Freispruch zeigen, daß auch die CDU arg „von der Rolle“ wäre!

Ulrich Motte, München

Die USA haben die Macht

Betr.: „Alles in Butter mit Attac, Herr Geißler?“ (Nr. 23)

Als Jugendlicher – nun, Sie wissen schon wo – lernte ich den Refrain eines Liedes: „... denn die Falschheit herrscht und die Hinterlist bei dem feigen Menschengeschlechte.“ Seither begleitet mich dieser Satz, denn ich finde ihn bestätigt durch das Geschehen im nahen und weiten Umfeld; so neulich auch durch das Treffen der Polit-Schauspieler in Heiligendamm, wo die scheinheiligen Repräsentanten der sieben Industrie-Staaten und Rußlands erneut die übliche Schau abzogen, grandios moderiert von unserer Bundes-Pfarrerin, der FdJ-lerin Ändschi.

Und die gekauften Medien machten uns vor, es ginge diesen Gutmenschen nur um das Klima, die Rettung Afrikas und die selbstlose Erlösung der Rest-Welt, indem dort die Demokratie, also die Narrenfreiheit, durchgesetzt wird. Dabei geht es den nur von hehrstem Christentum gelenkten Interessenvertretern des Weltkapitals, vor allem den Imperialisten aus USA und dem United Kingdom, nur darum, die letzten Barrieren wegzuräumen, die sie an der Ausbeutung der Naturressourcen hindern. Das ist nun einmal die Aufgabe des Weltkapitals, einer auserwählten Menschheit das Leben bequemer zu machen. „Ein Weniger wäre mehr“, wie es in kommunistischen Ländern versucht wurde, bringt die Geldhaie zur Raserei. Wenn die Weltbevölkerung weiter so zunimmt, gibt es um 2080 zwölf Milliarden Bewohner, und das erträgt die Erde nicht, die Ressourcen, vor allem Wasser, reichen nicht aus. Wenn also die menschliche Rasse überleben will, muß die Erdbevölkerung auf höchstens zwei Milliarden reduziert werden.

Wenn Prof. Markl vom Max-Plank-Institut schon so denkt, so können Sie sicher sein, im Pentagon ist das längst schon Gewißheit und man handelt dementsprechend. Also bleibt den schlauen Menschen, um zu überleben, nichts anderes übrig, als den Dirigenten der kapitalen Staaten, wie USA, Great Britain, in den Arsch zu kriechen, um am Ende der Zeiten zu den Auserwählten zu gehören, die auf die Festung Zion wandern dürfen. Diese Erkenntnis meinen Enkeln zu vermitteln hielt ich für meine Christenpflicht – mit dem Resultat: Einer arbeitet bei J.P. Morgan, ein anderer bei WalMart und der jüngste studiert in USA. Nichts für ungut!

Wilhelm Müller, Friedrichsdorf

Ehrenmal versteckt im Labyrinth

Betr.: „Der Halbkreis steht für den Tod“ (Nr. 25)

Der Bericht von Markus Schleusener über das geplante Bundeswehr-Ehrenmal wäre mit Sicherheit anders ausgefallen, wenn der Verfasser des Artikels gewußt hätte, daß schon seit der Adenauer-Zeit ein Ehrenmal für deutsche Soldaten ganz offiziell besteht, das aber der Öffentlichkeit nicht nur schamhaft über Jahrzehnte verschwiegen, sondern auch absichtlich versteckt angelegt wurde, um jeden Ärger mit den neuen Machthabern zu vermeiden (was auch grandios gelungen ist).

Wer das Ehrenmal für die gefallenen Soldaten besichtigen will, muß nach Koblenz fahren und sich auf die andere Rheinseite begeben, genauer: zu Fuß, mit dem Lift oder mit dem Auto zur Festung Ehrenbreitstein.

Im labyrinthartigen Festungsbereich muß man schon zwischen den alten Ringwällen suchen, um die Gedenkstätte zu finden.

(Anmerkung: Gemeint ist das „Ehrenmal des Deutschen Heeres“, im Jahre 1972 errichtet vor der Nordseite der Festung Ehrenbreitstein.)

Alfons Kuhn, Kassel

Türkische Studenten pochten darauf, daß ihnen das erlaubt sei

Betr.: „Speerspitzen des Islam“ (Nr. 24)

Auf meinen Vorhalt jungen türkischen Studenten gegenüber, man solle erst den Kirchenbau und die freie Religionsausübung in der Türkei gestatten, bevor über den Bau der Moschee in Köln (2300 Moscheen bestehen bereits in Deutschland) entschieden werden soll, kam eine verblüffende, aber leider wahre Entgegnung: Was interessiert uns die Türkei, das Land in dem unsere Großeltern geboren wurden? Wir haben einen deutschen Paß, sind deutsche Staatsangehörige, haben laut Grundgesetz die selben Rechte wie Ihr Christen, und wenn Eure Kirchtürme zum Ruhme Eures Gottes in den Himmel ragen, können dies unsere Minarette zum Ruhme Allahs auch, und wenn uns das Gebimmel Eurer Kirchenglocken auf die Nerven geht und wir das hinnehmen müssen, dann müßt auch Ihr hinnehmen, daß unsere Vorbeter uns zum Gebet rufen.

Unsere rechtliche Situation gibt leider diesen türkischen Studenten „Recht“ und jede anderslautende Entscheidung eines Gerichts wird dann vom Verfassungsgericht aufgehoben, auch wenn die Politiker zum Schein vorgeben, die Rechtslage sei anders.

Und diese türkischen Studenten setzten noch einen drauf, indem sie meinten: Diese Gesetze haben Eure Parlamente gemacht, und dort sitzen ausschließlich Abgeordnete, die Ihr selbst gewählt habt, Ihr braucht Euch also gar nicht aufzuregen.

Die Politiker hatten uns vorher ihre Ziele nur verschlüsselt und verschleiert mitgeteilt, aber die planmäßig vernebelten und verbohrten Wähler waren nicht in der Lage, die Bedeutung der Politikerworte zu verstehen. Nur ein Beispiel, was der damalige Bundesinnenminister Otto Schily beim Festakt zum Tag der deutschen Heimatvertriebenen im Berliner Dom Ende Mai 1999 verkündete (dpa-Meldung vom 30. Mai 1999): „Der Glaube an die friedensstiftende Funktion homogener Nationalstaaten hat sich ebenso als schrecklicher Irrtum erwiesen wie das abstrakte Modell des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“ Damit hat er ganz klar gesagt, das Vorhandensein homogener (kulturell einheitlicher) Einzelstaaten ist „schrecklich“. Also löst man sie besser auf (durch das Hereinholen anderer Kulturen). Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist auch nicht besser, also muß es abgeschafft werden (indem die Politiker den Wählerwillen ignorieren).

Die Zerstörung und der Untergang des christlichen Abendlandes sind das verschleiert erklärte Ziel dieser Politiker.

Prüfen Sie bitteschön einmal die Frage, wer die ärgsten Feinde unseres Deutschlands sind, eines Deutschlands, wie wir uns dieses vorstellen, und nicht eines Deutschlands nach dem Wunschtraum dieser Zerstörer (klammern Sie bei dieser Prüfung aber nicht unsere politischen Parteien und deren Vertreter aus).

Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen

Verstoß gegen europäisches und internationales Recht

Betr.: „Rückgabe erschwert“ (Nr. 24)

Mit einem Sondergesetz will Polens Senat den Entschädigungsklagen deutscher Vertriebener die prozessuale Grundlage entziehen. Der Entwurf sieht die Manipulation von Grundbucheintragungen im derzeitigen polnischen Machtbereich vor.

Wo noch deutsche Eigentümer aufgelistet sind, soll der Eintrag zugunsten des Staatlichen Schatzamtes geändert werden. Damit will man deutschen Immobilien-Eigentümern die Möglichkeit nehmen, sich auf Grundbucheintragungen zu berufen:

Mit diesem Gesetz verstößt der polnische Staat eklatant gegen europäisches und internationales Recht. Er hat aber signalisiert bekommen, daß sich weder die deutsche Bundesregierung noch die Europäische Kommission gegen die grundbuchliche Enteignung wehren wird, solange nur Deutsche betroffen sind.

In Tschechien kündigte der Landwirtschaftsminister an, den Verkauf von Ackerboden an tschechische Bauern beschleunigen zu wollen. Der „staatliche“ Boden gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg zum Teil Deutschen und Ungarn, die 1945 durch die „Benesch-Dekrete“ enteignet wurden.

Friedrich Kurreck, Offenbach / Main

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Wenn die CSU wollte, könnte sie

Betr.: „Zeigen, wo es lang geht“ (Nr. 25)

Zwar erfreut sich die Union im Gegensatz zur SPD relativ positiver Umfragewerte, aber wir kennen niemanden, der sie denn aus innerer Überzeugung heraus wählen würde. Sie ist nach links gerutscht, Merkel hat dem konservativen und nationalbewußten Deutschen nichts zu bieten, die Stammwähler sind abgelöst von Bürgern, die aus der Augenblickseinschätzung heraus ihre Stimme abgeben.

Die CSU könnte den rechten Flügel des Bundesadlers abdecken, wenn sie denn wollte und den Mut dazu hätte, zu dem auch gehörte, sich von der Union zu lösen und in allen Bundesländern anzutreten. Zwei befreundete Parteien könnten mehr Bürger hinter ihren Zielen versammeln, als das die gegenwärtige Union vermag (wir haben drei linke Parteien!).

Mir ist Beckstein unsympathisch, nicht nur vom Äußeren, auch von der Bandbreite seines politischen Handelns. Ausstrahlungskraft Null. Er erscheint mir nicht als Hoffnungsträger deutscher Konservativer. Schade! **Dieter Pfeiffer, Berlin**

Abgeordnete nicken alles immer nur ab

Betr.: „Am Ende einer Epoche?“ (Nr. 26)

Ich stimme dem Artikel von Friedrich C. Albrecht begeistert zu. Nur glaube ich nicht mehr an den Weihnachtsmann. Erst wird Deutschland von unseren Parteien an die Wand gefahren, ehe sich etwas ändert. Die Parteienvorstände bestimmen die Richtung. Die Parlamentsabgeordneten haben nur zu nicken und nicht zu überwachen. Wie war es doch gleich mit der D-Mark? Herr Kohl beschloß, sie abzuschaffen, und kein Abgeordneter hat sich getraut, dagegen zu stimmen. Dabei war das eine Währungsreform und sonst gar nichts. Man sehe sich nur die Schulden-Uhr an, statt eine Billion fünfhundertzwei Milliarden neunundneunzig Millionen fünfhundertvierzig Tausend und fünfhundertzehn Euro wären die Schulden etwa doppelt so hoch. Alles von unseren Parteien verursacht, schuld ist selbstverständlich das Volk! Aber vielleicht erleben wir ja noch ein Wunder, wie heißt das so schön: Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Dieter Wolff, Köln

Witzfigur Gysi

Betr.: „Gegen das ‚System‘“ (Nr. 25)

Autonome und die zusammengeschlossene Linke sind der politische Bodensatz unserer Gesellschaft, in dem sich sammelt, was sich in den Gegebenheiten eines demokratischen Gemeinwesens, das ja auch seine Schwächen hat, nicht zurechtfindet oder überhaupt Gesetz und Recht, Ordnung und Toleranz ablehnt.

Fehlgeleitete Idealisten dürften eher selten sein, Kriminelle in Wort und Tat weitaus häufiger.

Eigentlich doch Witzfiguren die Leithammel Lafontaine und Gysi, der eine kräht, daß der Sozialismus die Freiheit bringe, der andere, daß die Wiedervereinigung erst mit der Vereinigung von SED und Kommunisten in ihren diversen Tarnanzügen vollendet sei. Wie dumm muß man sein, um diesen Unsinn zu glauben?

Constanze Meder, Springe



Von CSU-Granden umzingelt: Angela Merkel mit Günther Beckstein, Horst Seehofer und Edmund Stoiber (v.l.) Foto: ddp

Mutlose Deutsche

Betr.: „Der ‚Zwillingsflüsterer‘ sucht die Konfrontation“ (Nr. 25)

Die Polen haben sich eine Regierung ausgesucht, die auch ihnen selbst auf Dauer wohl wenig Freude machen wird.

Die größenwahnsinnigen Zwillinge leben von Lügen und bauen auf ein Geschichtsbild, das sie selber und vor allem Deutschlands politisch Korrekte vorgeben („korrekt“ als Negativbegriff).

Heute las ich, daß Polen seine Kriegstoten dazu nutzt, um seinen Einfluß in der EU zu vergrößern. Auf deutscher Seite ist niemand da, der den Mut hätte, Polen darauf aufmerksam zu machen, daß sie am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kräftig mitgewirkt haben, daß sie so gern siegreich in Berlin einmarschiert wären und die Oder-Neiße-Grenze schon längst vor Kriegsbeginn gefordert haben. **Max Dancke, Freising**

Die USA tun das alles für die internationale Sicherheit

Betr: „Der große Bluff“ (Nr. 24)

Dieser Artikel von Herrn Voss ist in den meisten darin geäußerten Ansichten unbedingt richtig. Nur in einem Punkt bedarf er, wie so viele europäische Fehleinschätzungen amerikanischer Wähler vorher, einer Berichtigung.

In diesem Artikel werden beide Länder, Rußland wie die USA, eines „Machtanspruchs“ beschuldigt. Das trifft im Falle Rußlands zu. Bei Amerikanern aber wäre das weitgehend zu kraß ausgedrückt. Es gibt genügend Beispiele der Geschichte, in denen sich Amerika aus gewonnenen Kriegen heraus übermäßig hätte bereichern können. In vielen, wenn nicht gar in den meisten Fällen haben die USA im Gegensatz zu Rußland ehemaligen Feinden die Hand zur Freundschaft gereicht und ihnen mit materieller Hilfe zur Seite gestanden.

Man muß also gerechterweise hier zwischen „Machtgelüsten“ Putins und legitimem Verlangen nach „Sicherheiten“ der Amerikaner gegenüber offensichtlich feindlich eingestellten Staaten unterscheiden. Daher hat die Absicht der USA, Abwehrraketen in Europa zum Schutze des Westens aufzustellen, kaum etwas mit „Machtgelüsten“ zu tun. Diese Absicht besteht nur, um unsere Sicherheit und die unserer befreundeten Nationen gegenüber einem unzurechnungsfähigen Feind im Nahen Osten zu garantieren. Genauso ist Amerikas Unterstützung gegen russische Übergriffe in die interne Politik baltischer Staaten keine Bedrohung für Rußland, solange sich dieses als ehemalige Kolonialmacht aus internen Angelegenheiten der Balten heraushält.

Der größte Teil der Bevölkerung in den USA ist schon aus tiefen religiösen Gefühlen heraus gegen jegliche Kriege eingestellt. Trotzdem mußten US-Politiker die Amerikaner wiederholt mit allen Mitteln von der Notwendigkeit eines Krieges überzeugen, da entsetzliche Geschehen in Asien und Europa wiederholt dieses Land aus seinem naiven, friedlichen Schlummer erweckten, um die menschliche und damit auch kommerzielle Freiheit in der Welt zu verteidigen.

Das heißt nicht etwa, daß amerikanische Bürger schuldlos sind, aber wenn man dieses Land mit anderen Großmächten der menschlichen Geschichte vergleicht, ist es weit mehr dem Frieden und Wohlstand der Menschheit gewidmet als dem Krieg oder der Vernichtung. **Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA**

Diese Art von Toleranz ist dumm

Betr.: „Die verschwiegene Gewalt“ (Nr. 26)

Ich habe in meinem Leben in vier verschiedenen Ländern gelebt. Ein ehemaliger Agnes-Miegel-Mittelschul-Klassenkamerad schickt mir die *PAZ* regelmäßig zu mir ins Ausland. Die Artikel sind sehr interessant. Eines kann ich nicht verstehen: Was mit meiner Heimat gemacht wird. Ich habe gelernt (Jahrgang 1930) Diziplin, Respekt, Ordnung. In der Türkei kennt man dies wohl nicht, und die Politiker in Deutschland kommen mir wie Hampelmänner vor, die wohl Ja und Amen sagen, um ihre Positionen in der Regierung nicht in Gefahr zu bringen. Wenn Türken oder andere Ausländer in Deutschland leben, müssen sie sich der Ordnung, den Sitten und Gebräuchen fügen. Basta!

Man sollte Gesetze verabschieden nach denen man gesetzbrechende Ausländer in ihre Heimat abschiebt. Warum lassen sich Deutsche Politiker von Politikern in der Türkei beeinflussen? Wie viele christliche Kirchen hat man in den letzten 20 Jahren in der Türkei gebaut? Hier kann man die dumme Toleranz deutscher Politiker sehen. Abwählen! **F. Nachtigal, Woodland Park, USA**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4831**

Ich mag überhaupt keine Extremisten, aber ...

Betr.: „Das linke Opfer-Design“ (Nr. 24)

Nach so viel linksextremer Gewalt in Heiligendamm war es ja dringlich, daß das Publikum merkte, daß es auch noch schlimmere Rechtsextreme gibt, wofür eine Gruppe von Schauspielern herhalten mußte, die mit sogenannten Rechtsextremen in Halberstadt in körperliche Auseinandersetzung geraten war, wobei wir nicht erfahren haben, wie es dazu kam und ob nicht möglicherweise die Schauspieler den Streit vom Zaun gebrochen haben.

Ich mag überhaupt keine Extremisten, aber auch keine Presse, für die immer die Rechten die Schuldigen sind.

Wolfgang Markus, Riesa

Das Thema Klimawandel ist uralt

Betr.: „Am deutschen Wesen, soll das Klima genesen“ (Nr. 24)

Als ständiger *PAZ*-Leser möchte ich Ihnen sagen, daß mich Ihre Artikel über die sogenannte „Klimakatastrophe“ und den Klimawandel sehr interessieren (beispielsweise die Artikel von Wolfgang Thüne und anderen Autoren, so „Angst vor dem Schwarzen Mann“, „Blinde Modellhörigkeit“, „Das gab es schon mal“). Ich habe diese – soweit es mir möglich war – „multipliziert“. Eigentlich hätten Sie auf den Schreibtisch unserer Kanzlerin gehört, die doch Dipl.-Physikerin gelernt hat.

In der Pfingst-Ausgabe unserer Kreiszeitung „Dewezet“ (Deister- und Weserzeitung, Hameln) war ein Interview mit dem Geophysiker G. Delisle von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) abgedrückt. Delisle ist Geologischer Direktor der BGR und ein ausgewiesener Fachmann. Es ging um Klimawandel. Delisle vertritt eine durch wissenschaftliche Fakten und Daten gut und solide fundierte Position. Er hat den Mut, sich aus guten Gründen gegen die breite Mehrheitsmeinung zu stellen – wobei er sein wissenschaftliches Ansehen in die Waagschale legt. Seine Gegenthesen:

– Es gibt keine Klimakatastrophe, wohl aber einen Klimawandel.

– Die Menschheit hat sich schon immer diesem Klimawandel anpassen müssen. Das Thema Klimawandel ist uralt.

– Die Antarktis erwärmt sich nicht. Sie hat sich sogar in den letzten Jahren abgekühlt.

– Zum Abschmelzen des Grönlandeises: Nimmt man die heutige (gelinde) Schmelzrate, so wird es mehrere 10 000 Jahre dauern, bis Grönland enteist ist. Das etwaige starke Ansteigen des Meeresspiegels hält er für außerhalb der Realität.

– Aus Bohrkernen der Antarktis mit sehr altem Material ist eindeutig zu ersehen, daß sich in den zurückliegenden hundertausenden von Jahren sehr systematische Zyklen von Kalt- und Warmzeiten ereignet haben. Alle rund 100 000 Jahre gab es eine Warmzeit. Der Anstieg der Treibhausgase folgte dem Anstieg der Temperatur, nicht umgekehrt.

– Die Aktivitätsschwankungen der Sonne in den vergangenen 1000 Jahren sind der Fachwissenschaft bekannt, entsprechend hat auch das Klima geschwankt.

Der Geophysiker Delise hält sich an Daten, Forschungs- und Untersuchungsergebnisse, die voll wissenschaftlichem Fachstandard entsprechen. Sie können mit sachlichen Argumenten kaum angefochten oder gar widerlegt werden.

Meines Erachtens will er niemanden manipulieren. Warum sollte er das auch tun? Darauf darf gefolgert werden: Ist die vielbeschworene Gegenposition („Klimakatastrophe“) überhaupt haltbar?

Bernhard Hartz, Salzhemmendorf

Ohne Einsatz

Betr.: „Das Ende der Reformen“ (Nr. 25)

In der Koalition sind die Sozialdemokraten die Dummen, gegenwärtig wollen nur 25 Prozent der Bürger sie noch wählen. Mir erscheint das ungerecht, weil ich die Union unter Frau Merkel nicht als wesentlich besser zu erkennen vermag.

Ich meine, beide Parteien taugen für die Belange der Deutschen nicht viel, nur daß Frau Merkel von ihrem Amt profitiert. Neuwahlen würden wohl derzeit wenig bringen, weil keine der Parteien die Deutschen durch Leistung und Einsatz überzeugen kann.

So wird halt weitergewurstelt, wobei jede Partei versuchen wird, bei den Bürgern besser anzukommen; aber das bringt dem Gemeinwohl nichts.

Reformen? Irgendwann!

Niklas Wackenröder, Rheine

MELDUNGEN

»Rumänien und Bulgarien Gelder streichen«

Brüssel – Der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber hat gefordert, die EU-Zuschüsse an Rumänien und Bulgarien zu blockieren. Das Management des Agrarfonds vor Ort funktioniere nicht, sagte er dem „Focus“. Statt ihrer deutlichen Kritik, etwa auch an der fortdauernden Korruption und Geldschlamperei in den beiden Staaten, Sanktionen folgen zu lassen, beschränke sich die EU jedoch aufs Verfassen von Berichten, kritisiert Weber.

EU-Kommissar warnt Paris

Brüssel – Der Erweiterungskommissar der EU, Olli Rehn, hat Frankreich davor gewarnt, den Beitrittsprozeß der Türkei zu blockieren. Die Ablehnung der Türkei durch die EU könne das Land destabilisieren, sagte Rehn. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hatte im Wahlkampf angekündigt, die laufenden Beitrittsverhandlungen mit seinem Veto aufzuhalten.

ZUR PERSON

Auf dem Pulverfaß



Pro-westlich, gemäßigt, weltlich – so bezeichnen ihn westliche Medien. Der pakistanische Staatschef, General **Pervez Musharraf**, der sich 1999 unblutig an die Macht putschte, ist seit seiner Machtübernahme um gute Kontakte zum Westen bemüht, und, dort bemüht man sich um ihn.

Die Atommacht Pakistan benötigt aus westlicher Sicht einen starken Mann mit Distanz zur „Achse des Bösen“, deren Ausläufer die Welt seit 2001 nebenan in Afghanistan ausmacht. Musharraf hilft beim Kampf gegen Taliban und Mullahterror in der Region.

Doch Musharrafs Stärke ist abhängig von der Stabilität im eigenen Land. Und um die ist es nicht gut bestellt. Wie wenig der 1943 im indischen Delhi geborene Pervez Musharraf sein Land im Griff hat, konnte die Welt dieser Tage verfolgen. Die Taliban treiben in den öden Regionen der pakistanischen Provinz ihr Unwesen, und weitere große Teile Pakistans gelten als radikalislamisch beherrschtes Gebiet. Mushharraf übt nur in knapp der Hälfte seines Landes das Gewaltmonopol aus.

Nun aber hatte der General die gewalttätigen Islamisten sogar in der Hauptstadt am Hals. Dazu auch noch jede Menge innenpolitische Querelen um gefeuerte Richter, geschaßte Minister und ein Volk, das sich zunehmend zum radikalen Islam bekennt.

Die in Teheran ausgemachte atomare Bedrohung durch Islamisten erscheint mit Blick auf die Atommacht Pakistan, deren Waffensysteme eine Reichweite von bis zu 4000 Kilometer haben, beinahe theoretisch. Eine viel akutere Bedrohung würde ein von Islamisten beherrschtes Pakistan darstellen, wenn Musharraf stürzen sollte. Die USA aber reden von dieser Gefahr nicht öffentlich, um ihren Gewährsmann in Islamabad nicht zu desavouieren, und beschränken sich auf den Iran. *M.A.*



Zeichnung: Greser & Lenz / Frankfurter Allgemeine

Vollkommen nutzlos

Wählen ist langweilig, unsere Politiker sind arme Schlucker, Kohlen-Gabi riecht nicht gut, und der Hitzetod fühlt sich ganz schön kalt an / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wählen gehen hat früher richtig Spaß gemacht. Beim Ankreuzen umwehte uns ein Hauch von Macht: Heute sind wir mal dran mit Entscheiden! Kraftvoll setzten wir unser Zeichen in der Kabine und fühlten uns dabei wie stolze Soldaten, die am Tage der Entscheidungsschlacht ihren Schuß abgeben. Abends erfuhren wir dann, ob wir oder die Bösen gewonnen hatten und unsere Feldherren bedankten sich artig bei uns, ihren Recken „draußen im Land“. Danach konnten wir eine Nacht nicht schlafen, entweder aus Hochgefühl oder aus Wut über das blöde Volk und die Verschlagenheit der unverdienten Gewinner.

Alles zu Ende, alles vorbei. Heute werfen wir unsere Stimmen wie Jetons auf ein verworrenes Parteienspielfeld, auf dem undurchsichtige Croupiers damit kreuz und quer herumkoalitionieren. Bald liegt unser Einsatz in irgendeinem bunten Haufen, in den wir nie hineinwollten. Und Danke sagt auch keiner mehr, sondern, wie nach Abschluß der Großen Koalition: „Der Wähler hat uns keine andere Wahl gelassen.“ So setzen sie uns keck auf die Anklagebank jenes Gerichts, das eigentlich ihre Handlungen beurteilen soll.

Im Reigen der Parteien geht es dabei zu wie auf schlüpfrigen Partnertausch-Feten. Jede macht's mit – fast – jedem. So haben sich erschütterte Bürger das lüsterne Treiben in den berüchtigten „Kommunen“ der späten 60er vorgestellt: Während die Union noch auf Ehe mit der SPD macht und künftige Zweisamkeit mit den Liberalen als ihre Wunschpartie verkündet, zwinkert sie bereits den Grünen zu. Die wollen eigentlich mit der SPD, lassen die Union aber dennoch ein bißchen näherkommen. Die SPD spielt schlecht gelaunt mit und gibt mit der Union den Schwank „Schlechte Ehen sind die solidesten“, während sie unverdrossen das grüne Händchen tätschelt und sich unterm Tisch vorsichtig der Linkspartei zum Füßeln entgegenstreckt – „aber nur auf Länderebene“. Ja, ja.

Die Liberalen finden sich in dem Kuddelmuddel am wenigsten zurecht. Früher wurden sie für ihre Freizügigkeit bei der Partnerwahl beneidet und verachtet zugleich. Heute macht „es“ nicht nur jeder, die anderen übertreffen die Freidemokraten sogar noch um Längen in ihrer Bündnis-Promiskuität.

Wie soll man sich da noch herausstellen? Im Hause Westerwelle herrscht Ratlosigkeit, die Liberalen haben ihre schillernde Aura eingebüßt. Übrigens auch was ihre Repräsentanten angeht. Als bekannt wurde, daß die „Nebeneinkünfte“ der Abgeordneten veröffentlicht würden, hatten wir gerade von den Blaugelben sagenhafte Enthüllungen erhofft – Verbindungen in die internationale Bankenszene, schrödernde Russengeschäfte, irgendwas Halbseidenes mit Ölscheichs oder so in der Richtung.

> Hunde, Katzen, Einbauküchen: Das sind die sagenhaften Geldquellen unserer Abgeordneten?

Nichts von dem, die Wirklichkeit ist zum Heulen wurstig: Ex-FDP-Chef Wolfgang Gerhardt etwa hat sich etwas nebenbei verdient als Redner bei einer Firma für Einbauküchen. Sein Mitliberaler Patrick Döring sitzt im Vorstand eines Unternehmens, das Krankenversicherungen für Hunde und Katzen feilbietet. Du liebe Güte! Oder wie der Ami sagt: Wau! Von ein paar Ausnahmen abgesehen fielen die Enthüllungen über das Finanznetzwerk der Volksvertreter ziemlich mager aus; wer auf lauter Ackermänner mit Millionengehalt gehofft hatte, erlebte eine Woche der Enttäuschung.

Die Koalitionen beliebig, die Politiker langweilig – wen sollte es da wundern, daß die Wahlkabinen auf immer mehr Deutsche kaum noch Reiz ausüben? Aber das ist gefährlich für die Demokratie, sagt man. Also müssen wir etwas tun, damit Politik wieder attraktiver wird.

Die EU hat sich da etwas Spritziges einfallen lassen und ein Porno-Potpourri produziert, um auf ihr segensreiches Wirken aufmerksam zu machen. Das nur 44sekündige Schmacht-Streifchen wirbt für die EU-Filmförderung und hat eingeschlagen wie eine Bombe. Hunderttausende waren pikiert und ließen keinen Moment verstreichen, um den Skandalfilm im Internet mit eigenen Augen unter die beschlagene Lupe zu nehmen. Ein bißchen doppelmoralisch, nicht wahr? Aber so ist das eben bei solchen Sachen.

Ja, wirklich? Die Jugend haßt Heuchelei. Sie wendet sich daher ab und lieber dem Schicksal der Welt zu. Waren sie nicht schick anzusehen, die von der Klimaerwärmung wachgeschwitzten Weltstars in ihren mächtigen Mercedes-Limousinen? Leider war es in Hamburg viel zu kalt, um sich für das Klima zu erwärmen und zu naß, um gegen die Ausbreitung der Wüsten anzusingen. Deshalb kamen nicht so viele.

Solche Sorgen hatten die Veranstalter in Rio de Janeiro nicht, im Gegenteil: Weil die Rettung der Menschheit unterm Zuckerhut keinen Eintritt kostete wie an der Elbe, befürchteten die Sicherheitskräfte einen Massenauflauf samt Panik, Mord und Totschlag und erwogen, das Spektakel abzusagen. Das aber wäre eine Beleidigung für ganz Lateinamerika geworden.

Vielleicht hätte man von vornherein einen etwas ruhigeren Ort wählen sollen als das brodelnde Rio, Buenos Aires zum Beispiel. Dort wäre der Sängerstreit gegen die Erderwärmung beinahe zusammengefallen mit einem Wetterereignis, das tatsächlich zu denken gibt: der erste Schnee seit 1918. Das wäre mal ein Bild gewesen, wie Popstar Lenny Kravitz unter den verschneiten Palmen Argentiniens in Wollschal und Pudelmütze vor den tropfenden Nasen seiner schlotternden Fans gegen den globalen Hitzetod anrockt! Was Wunder, daß die Jugend solche Auftritte viel spannender findet als das öde Gefummel ihrer Politiker.

Die Staatslenker nervt ihr schlechtes Image, sie wären gern selbst die gefeierten Gurus der Bewegung zur Rettung der Welt. Umweltminister Sigmar Gabriel gehört ja eigentlich schon von Amts wegen zu den Guten und empfiehlt sich als Anti-Atom-Sigi dem aufgeschreckten Jungvolk als standhafter Anführer. Nach und nach aber bemerken selbst die treuesten Atomgegner, die ja auch allesamt Klimafreunde sind, daß der Sigi eigenartig riecht, wie ein alter Brikettofen nämlich.

Der arme Minister ist in ein schwarzes Loch gefallen, die sogenannte "Versorgungslücke". Um all die schrecklichen Kernkraftwerke abzustellen, müßten in Deutschland rund 30 neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Nun tauchte ein Plan auf, wo die errichtet werden sollen. Der blitzblanke Anti-Atom-Sigi verwandelte sich unter den Augen seiner entsetzten Bewunderer in die rußschwarze Kohlen-Gabi.

Und von solchen Leuten sollen wir uns regieren lassen? Eigentlich unannehmbar. Das meinen auch der Ausländerbeirat und diverse muslimische Organisationen und haben für alle Fälle schon mal so eine Art Über-Bundestag ersonnen – und gleich selbst die Plätze eingenommen. Sie sind nicht bereit, das geplante neue Zuwanderungsgesetz des alten, ganz und gar unislamischen Bundestages hinzunehmen. Ihre Wortwahl macht klar, daß sie sich selbst mindestens als gesetzgeberische Veto-Macht ansehen, wenn nicht mehr.

Vor allem wenden sie sich dagegen, daß außerhalb Deutschlands lebende ausländische Ehefrauen künftig erst 18 werden sollen, bevor sie „nachziehen“ dürfen und zudem 200 bis 300 Wörter der deutschen Sprache beherrschen müssen. Die Frauen wären dann ja alle volljährig und könnten selbstständig nach dem Weg fragen. Offenbar fürchten die Islam-Lobbyisten, daß das Weibervolk mit solchen Möglichkeiten nur Dummheiten anstellt, vor denen sie es beschützen müssen.

Sprachprobleme können andererseits Mißverständnisse auslösen. Manche Wörter klingen in der einen wie der anderen Zunge gleich, bedeuten aber etwas ganz unterschiedliches. Wenn der Ausländerbeirat von „Integration“ spricht, meint er die Integration der Zuwanderer in seine Gruppierungen. Das schließt die Integration in die deutsche Gemeinschaft natürlich aus, denn dann wäre der Integrierte ja kein Ausländer mehr – und für den Beirat vollkommen nutzlos.

ZITATE

Frank Schirrmacher, *Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“, sieht Verlogenheit im* **Drehverbot** *für einen* **Stauffenberg-Film** *im Berliner Bendlerblock, das verhängt wurde, weil der US-Hauptdarsteller* **Tom Cruise** *Scientologe ist:*

„Der wahre Stauffenberg dürfte heute Stauffenberg nicht spielen aus ideologischen und gesinnungsethischen Gründen. Man will einen Mann ohne Hintergründe, ohne Irrationalitäten, ohne Erdenrest.“

Die linke „taz“ vom 9. Juli reibt sich an ein paar **Ungereimtheiten** *beim Hamburger* **„Live-Earth-Konzert“** *gegen den „Klimawandel“:*

„Einweg- statt Pfandbecher, triefende Rinderhacksteaks statt zarter Gemüseburger – und die groß angekündigte Flotte aus Smarts steht brav auf dem Parkplatz rum, während die abreisenden Stars in großformatige Limousinen des gleichen Autokonzerns steigen. Um zu Hause direkt ein paar Glühbirnen auszuwechseln.“

In der N24-Sendung „Was erlauben Strunz“ hat Brandenburgs Innenminister **Jörg Schönbohm** *die Denkanstöße von Bundesinnenminister* **Wolfgang Schäuble** *(beide CDU) zur zeitgemäßen Terrorbekämpfung* **verteidigt:**

„Auf die veränderte Bedrohungslage muß es eine rechtsstaatlich einwandfreie Antwort geben. Schäuble hat auf einen Sachverhalt hingewiesen, und diese Frage müssen wir beantworten. Wir drücken uns vor der Frage (nach dem Umgang mit Gefährdern und potentiellen Terroristen), weil wir hoffen, daß andere die Drecksarbeit für uns machen.“

Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** *(SPD) gesteht: Er leidet mit dem Bundeshaushalt genauso* **wie ein Normalbürger** *mit seinem Privatbudget:*

„Das schöne Gefühl, Geld zu haben, ist nicht so intensiv wie das unangenehme Gefühl, kein Geld zu haben. Das geht auch einem Minister so.“

Das Vorbild

Wegen der Moschee, der roten,
Lehranstalt für Taliban,
gab es Zoff, doch trotz der Toten
war es fast wie im Roman:

Denn zur Flucht aus
Kampfeswogen
hat ein Ober-Mullah schlau
eine Burka angezogen,
Ehrenkleid der Muselfrau!

Leider nützte nichts dem
Frommen
dieses Tugend-Requisit,
und er wurde festgenommen,
weil kein echter Transvestit.

Aber wo in heil'ger Zone
hatte er den Fummel her?
Blieb ein Mädel oben ohne?
Solch Vergehen wiegt gar schwer!

Wird sie wohl gesteinigt werden,
recht und billig scheint das nur –
Männerseelen zu gefährden
ist ja wider die Natur.

Und es muß auch uns erheben,
daß am Weg zum Paradies
dort ein Lehrer gottergeben
seinen Schülern Vortritt ließ!

Pannonicus